Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Konsolidierte Rechnung Bund

Finanzbericht

2009

Impressum

Redaktion
Eidg. Finanzverwaltung
Internet: www.efv.admin.ch

Vertrieb
BBL, Verkauf Bundespublikationen, CH-3003 Bern
www.bbl.admin.ch/bundespublikationen
Art.-Nr. 601.303.09d

Bericht zur Konsolidierten Rechnung Bund

		Seite
1	**Einführung**	**5**
11	Einleitung	5
12	Finanzpolitische Würdigung	6
13	Strukturelle Unterschiede zu Bundesrechnung und Finanzstatistik	8
2	**Zahlen im Überblick**	**9**
3	**Jahresrechnung**	**11**
31	Erfolgsrechnung	11
32	Bilanz	12
33	Geldflussrechnung	13
34	Eigenkapitalnachweis	15
4	**Anhang zur Jahresrechnung**	**17**
41	Allgemeine Grundlagen	17
1	Grundlagen	17
2	Rechnungslegungsgrundsätze	18
3	Risikosituation und Risikomanagement	25
42	Erläuterungen zur konsolidierten Jahresrechnung	26
	Positionen der Erfolgsrechnung	
1	Fiskalertrag	26
2	Dienstleistungsertrag	28
3	Übriger Ertrag	29
4	Personalaufwand	30
5	Sachaufwand	31
6	Transferaufwand	32
7	Finanzertrag	34
8	Finanzaufwand	35
	Bilanzpositionen	
9	Flüssige Mittel	35
10	Forderungen	36
11	Finanzanlagen	37
12	Vorräte	39
13	Aktive Rechnungsabgrenzungen	39
14	Sachanlagen und immaterielles Anlagevermögen	40
15	Darlehen	42
16	Beteiligungen	44
17	Laufende Verbindlichkeiten	46
18	Finanzverbindlichkeiten	47
19	Passive Rechnungsabgrenzungen	48
20	Rückstellungen	49
21	Übrige Verbindlichkeiten	51
43	Weitere Erläuterungen	52
1	Segmentberichterstattung	52
2	Schulden (Brutto- und Nettoverschuldung)	54
3	Eventualverbindlichkeiten	55

		Seite
4	Verpflichtungsrahmen SERV	59
5	Eventualforderungen	59
6	Nahestehende Personen	60
7	Umrechnungskurse	61
8	Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	61
5	**Verhältnis zum Stammhaus**	**63**
51	Transferaufwand	63
52	Schulden	64
53	Übersicht der konsolidierten Einheiten	65

11 Einleitung

Ziel der konsolidierten Rechnung

Der Bundesrat legt den eidgenössischen Räten gleichzeitig mit der Beratung der Staatsrechnung die gemäss Art. 55 des Finanzhaushaltgesetzes (FHG; SR *611.0*) erstellte *Konsolidierte Rechnung Bund* zur Kenntnisnahme vor. Die vorliegende Finanzberichterstattung ist für den Bund die erste dieser Art. Sie ist nicht Teil der Staatsrechnung. Da diese Rechnung vom Parlament nicht genehmigt werden muss, ist keine Prüfung durch die Finanzkontrolle vorgesehen. Die konsolidierte Rechnung unterliegt keinen kreditrechtlichen Anforderungen. Auf die Erstellung von konsolidierten Budgets, Finanzplänen und Prognoserechnungen wird verzichtet.

Ziel der Konsolidierten Rechnung Bund ist eine umfassende Darstellung der finanziellen Lage des Bereichs «Öffentliche Verwaltung Bund». Die Rechnung vermittelt einen Überblick über die Vermögens-, die Finanz- und die Ertragslage der von der Aufgabenerfüllung her der Verwaltungsebene Bund zurechenbaren Einheiten und Organisationen. Durch die gegenseitigen Transaktionen und durch Sonderregelungen ist die Aussagekraft der Einzelabschlüsse zum Teil eingeschränkt. Für die Erstellung der konsolidierten Rechnung ist nicht von Bedeutung, ob die Aufgaben von der zentralen Bundesverwaltung (Stammhaus) wahrgenommen werden oder von einer ausgelagerten Organisationseinheit der dezentralen Bundesverwaltung.

Die konsolidierte Rechnung soll einen Einblick in die Tragweite der in den erfassten Einheiten getätigten Investitionen und eingegangenen finanziellen Engagements ermöglichen. Dadurch wird die finanzielle Risikolage für den Bereich «Öffentliche Verwaltung Bund» besser abschätzbar. Aus der konsolidierten Bilanz sind neben der Gesamtheit der Vermögenswerte auch das gesamte Verschuldungsvolumen des Bundes und der ausgelagerten Einheiten gegenüber Dritten ersichtlich – eine Information, die aus der Rechnung des Stammhauses nicht hervorgeht. Neu kann die längerfristige Entwicklung der für die Beurteilung der Finanzlage des Bundes relevanten Grössen verfolgt werden und es lassen sich aufgrund verlässlicher, nach anerkannten und gleich bleibenden Grundsätzen erstellten Unterlagen Aussagen über Tendenzen machen. Die konsolidierte Rechnung hat somit einerseits einen Innenzweck, indem sie die Führung, das heisst die Planung, Steuerung und Kontrolle (des «Konzerns») unterstützen soll und anderseits einen Aussenzweck, indem Informationen aus der konsolidierten Rechnung aussenstehenden Personen (Dritten) als Informations- und Entscheidungsgrundlage zur Verfügung gestellt werden.

Die Konsolidierte Rechnung Bund folgt dem in der Privatwirtschaft gebräuchlichen Rechnungsaufbau mit Erfolgsrechnung, Bilanz, Geldflussrechnung, Eigenkapitalnachweis und Anhang zur Jahresrechnung. Es gelten die gleichen Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze wie für die *Bundesrechnung* (Staatsrechnung, Band 1). Innenbeziehungen wie konzerninterne Umsätze und Schuld- bzw. Forderungsverhältnisse werden dabei eliminiert. Beispielsweise werden die Tresorerievorschüsse des Bundes mit dem entsprechenden Schuldenausweis in der Bilanz des Fonds für die Eisenbahngrossprojekte (FEG) heraus konsolidiert. In gleicher Weise erfolgt die Eliminierung des Finanzierungsbeitrages des Bundes an den ETH-Bereich mit den entsprechenden Einnahmen in der Rechnung des ETH-Bereichs.

Konsolidierungskreis

Der Mehrwert der Konsolidierten Rechnung Bund hängt direkt mit dem Umfang des Konsolidierungskreises zusammen. Der Bundesrat hat in diesem Zusammenhang – in Absprache mit den Finanzkommissionen – ein pragmatisches Vorgehen gewählt und den Konsolidierungskreis in einem ersten Schritt eher eng ausgelegt. Der gewählte Kreis entspricht den Mindestanforderungen des FHG nach Art. 55 Abs. 1 (Stammhaus, Sonderrechnungen, Einheiten der dezentralen Bundesverwaltung mit eigener Rechnung). Dem Bundesrat steht es offen, durch Verordnung weitere Organisationen in die Vollkonsolidierung einzubeziehen (Art. 55 Abs. 2 Bst. b FHG), wenn sie öffentlichrechtliche Aufgaben erfüllen und mit dem Bundeshaushalt eng verflochten sind. Hier wäre z.B. an die Sozialversicherungen mit eigener Rechnung (Ausgleichsfonds der AHV und der AlV), die Schweizerischen Bundesbahnen SBB oder die Post zu denken. Angesichts der Höhe der Vermögenswerte (u.a. Schieneninfrastruktur, Liegenschaften, flüssige Mittel und Anlagen) und der zukünftigen Finanzierungsrisiken (u.a. Unterhalt und Ausbau der Infrastruktur, Alterung der Gesellschaft) könnte ein erweiterter Konsolidierungskreis wertvolle Zusatzinformationen bieten. Der Bundesrat wird deshalb in einem zweiten Schritt – längstens vier Jahre nach der erstmaligen Erstellung der konsolidierten Rechnung – den Konsolidierungskreis aber auch die angewandte Konsolidierungsmethode für die namhaften Beteiligungen überprüfen und den Finanzkommissionen beider Räte einen entsprechenden Vorschlag unterbreiten.

Der Konsolidierungskreis umfasst gemäss Art. 55 Abs. 1 FHG die folgenden Einheiten:

Stammhaus Bund
In der Bundesrechnung erfasste Institutionen und Verwaltungseinheiten (Art. 2 FHG):

- die Bundesversammlung einschliesslich ihrer Parlamentsdienste
- die eidgenössischen Gerichte
- der Bundesrat
- die Departemente, Generalsekretariate und Bundeskanzlei
- die Gruppen und Ämter
- die Verwaltungseinheiten der dezentralen Bundesverwaltung, die keine eigene Rechnung führen (u.a. Bundesanwaltschaft; Kommunikationskommission; Eidg. Datenschutzbeauftragter; Eidg. Finanzkontrolle; Wettbewerbskommission)

Sonderrechnungen
Die Rechnungen von Verwaltungseinheiten der dezentralen Bundesverwaltung und der Fonds des Bundes, die eine eigene Rechnung führen, wobei diese durch die Bundesversammlung zu genehmigen ist (Art. 5 Bst. b FHG):

- Bereich der Eidg. Technischen Hochschulen (ETH)
- Eidg. Alkoholverwaltung (EAV)
- Fonds für die Eisenbahngrossprojekte (FEG)
- Infrastrukturfonds für den Agglomerationsverkehr und das Nationalstrassennetz (IF)

Verwaltungseinheiten der dezentralen Bundesverwaltung mit eigener Rechnung

- Eidg. Finanzmarktaufsicht (FINMA)
- Eidg. Hochschulinstitut für Berufsbildung (EHB)
- Eidg. Nuklear-Sicherheitsinspektorat (ENSI)
- Eidg. Institut für Geistiges Eigentum (IGE)
- Eidg. Revisionsaufsichtsbehörde (RAB)
- Schweiz. Exportrisikoversicherung (SERV)
- Swissmedic

Die Verwaltungseinheiten der dezentralen Bundesverwaltung mit eigener Rechnung werden grundsätzlich vollständig in die Konsolidierung aufgenommen. Der Bundesrat kann jedoch nach Art. 55 Abs. 2 Bst. a Verwaltungseinheiten der dezentralen Bundesverwaltung mit eigener Rechnung von der Vollkonsolidierung ausnehmen. Ausgenommen werden nur Einheiten, die die grundlegenden Kriterien der Beherrschung nicht erfüllen. Dies trifft beim Bund für die *Publica* zu. Diese wird – wie alle Pensionskassen in der Schweiz – paritätisch verwaltet und kann deshalb nicht als vom Bund kontrolliert bezeichnet werden. Allfällige mit Publica zusammenhängende finanzielle Risiken werden in der konsolidierten Rechnung im Anhang offen gelegt.

Namhafte Beteiligungen

Beteiligungen, an denen der Bund eine Kapitalmehrheit hält, werden mit ihrem anteiligen Eigenkapital (Equity-Wert) statt nach der von IPSAS vorgesehenen Methode der Vollkonsolidierung in der Konsolidierten Rechnung Bund eingestellt. Namhafte Beteiligungen hat der Bund an den folgenden Unternehmen:

- Die Schweizerische Post
- Schweizerische Bundesbahnen SBB
- Swisscom AG
- RUAG Holding AG
- BLS Netz AG
- Skyguide AG
- SAPOMP Wohnbau AG

Anpassungen am Konsolidierungskreis 2009

Im Berichtsjahr 2009 waren nur innerhalb des Konsolidierungskreises Änderungen zu verzeichnen. So wurden die Eidg. Bankenkommission (EBK), das Bundesamt für Privatversicherungen (BPV) sowie die Kontrollstelle für die Bekämpfung der Geldwäscherei (Kst GWG) in der Eidg. Finanzmarktaufsicht (FINMA) zusammengeführt. Weiter wurde die Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen (HSK) verselbständigt und in das neu geschaffene Eidg. Nuklear-Sicherheitsinspektorat (ENSI) ausgelagert. Diese Änderungen hatten lediglich einen Wechsel vom Stammhaus Bund in eigenständige Organisationseinheiten der dezentralen Verwaltung zur Folge. Der Vergleich mit den Vorjahreszahlen ist daher uneingeschränkt möglich.

12 Finanzpolitische Würdigung

Allgemeines

Auf Grund des gewählten Konsolidierungskreises dominiert das Stammhaus Bund die Zahlen der konsolidierten Rechnung (vgl. Tabelle). Dieses Ergebnis entspricht den Erwartungen, da es sich bei den konsolidierten Einheiten – mit Ausnahme von Stammhaus, ETH-Bereich, Fonds für Eisenbahngrossprojekte (FEG) und Infrastrukturfonds (IF) – eher um kleinere Organisationen handelt, die schwergewichtig *Dienstleistungen mit Monopolcharakter* und *Aufgaben der Wirtschafts- und der Sicherheitsaufsicht* wahrnehmen und daher wenig kapital- und finanzierungslastig sind. Etwas überraschender ist der Umstand, dass auch der ETH-Bereich und die beiden Fonds in der konsolidierten Rechnung nur unwesentlich neue Akzente im Vergleich zur Stammhausrechnung setzen, da die meisten grösseren Positionen durch die gegenseitige Elimination verrechnet werden. Dies ist darauf

Grössenordnungen der konsolidierten Einheiten - Überblick

2009 Einheiten	Jahres- ergebnis Mio. CHF	Verbindlich- keiten Mio. CHF	Eigenkapital Mio. CHF	Mitarbeitende FTE
Zentrale Bundesverwaltung (Stammhaus Bund)	**7 291**	**134 089**	**-33 869**	**33 056**
Dezentrale Bundesverwaltung	**284**	**8 723**	**-587**	**15 777**
– Bereich der Eidg. Technischen Hochschulen	48	1 001	994	14 412
– Fonds für die Eisenbahngrossprojekte	-149	7 453	-7 388	–
– Infrastrukturfonds	29	11	2 927	–
– Übrige Einheiten	356	258	2 880	1 365
Subtotal	7 575	142 812	-34 456	48 833
Konsolidierungsbuchungen	-297	-12 343	-2 582	
Konsolidierte Rechnung Bund	**7 278**	**130 469**	**-37 038**	**48 833**

zurückzuführen, dass die beiden Fonds ausschliesslich und der ETH-Bereich schwergewichtig über das Stammhaus finanziert werden. Neben der Geldaufnahme werden auch die Geldanlagen im Wesentlichen von der Bundestresorerie vorgenommen. Damit können die Liquiditätsschwankungen der Einheiten zumindest teilweise ausgeglichen werden, was die Tresoreriereserve und die damit verbundenen Kosten tief hält. Ausserdem wird damit auch eine gegenseitige Konkurrenzierung auf dem Geld- und Kapitalmarkt ausgeschlossen.

Der Nutzen einer konsolidierten Betrachtung des Bereichs «Öffentliche Verwaltung Bund» liegt darin, dass damit erstmals die finanziellen Verflechtungen zwischen dem Stammhaus und den konsolidierten Einheiten des Bundes offengelegt werden. Die Tatsache, dass das Ergebnis der Konsolidierung den Erwartungen entspricht, ist vor diesem Hintergrund als Erfolg zu werten.

Kommentar zu wichtigen Positionen

Das Jahresergebnis der konsolidierten *Erfolgsrechnung* fällt mit 7,3 Milliarden beinahe gleich hoch aus wie im Stammhaus (-13 Mio.). Bei näherer Betrachtung der konsolidierten Zahlen zeigt sich, dass die höheren Teilergebnisse (operatives Ergebnis: +0,3 Mrd.; Finanzergebnis: +0,5 Mrd.) im Wesentlichen auf Transaktionen zurückzuführen sind, welche im Stammhaus ausserordentlich verbucht wurden (ausserordentl. Ergebnis im Stammhaus: +0,9 Mrd.). Die konsolidierte Rechnung kennt keine ausserordentlichen Positionen.

Die konsolidierte *Bilanz*summe (93,4 Mrd.) ist um 6,8 Milliarden kleiner als diejenige des Stammhauses. Die Bilanzverkürzung resultiert aus der Elimination der gegenseitigen Forderungen und Verpflichtungen zwischen dem Stammhaus und den übrigen Einheiten. Im Vergleich zum Stammhaus verringern sich die Verpflichtungen dadurch um 3,6 Milliarden (insb. IF 1,8 Mrd. und SERV 1,7 Mrd.). Andererseits fällt das negative konsolidierte Eigenkapital um 3,2 Milliarden tiefer aus, hauptsächlich weil das positive Eigenkapital des IF (2,9 Mrd.) und der SERV (2,3 Mrd.) das negative Eigenkapital des FEG (-7,4 Mrd.) nur teilweise kompensieren können. Insgesamt ist das Verhältnis zwischen Vermögen und Verbindlichkeiten nach der konsolidierten Sicht somit etwas ungünstiger als im Stammhaus.

Bei den Schulden zeigt sich eine gegenläufige Entwicklung (vgl. Ziff. 52). Die konsolidierten *Bruttoschulden* fallen mit 108,7 Milliarden um 2,2 Milliarden tiefer aus als beim Stammhaus, bedingt durch die Verrechnung von Verbindlichkeiten des Stammhauses mit den entsprechenden Forderungen der dezentralen Einheiten (insb. SERV 1,7 Mrd. und EAV 0,3 Mrd.). Andererseits ist die *Nettoverschuldung* mit 89,1 Milliarden um 4,1 Milliarden höher als beim Stammhaus, da das frei verfügbare Vermögen in der konsolidierten Sicht um 6,3 Milliarden tiefer ausfällt. Unter anderem wird das Tresoreriedarlehen des Stammhauses an den FEG (7,5 Mrd.) eliminiert während die Forderungen der SERV (0,8 Mrd.) neu hinzukommen.

Die konsolidierte *Geldflussrechnung* zeigt die Herkunft und Verwendung der flüssigen Mittel im vergangenen Jahr. Insgesamt resultierten Geldzuflüsse aus der *operativen Tätigkeit* (+7,4 Mrd.) und aus der *Investitionstätigkeit (*+3,2 Mrd.) von 10,6 Milliarden. Diese Geldzuflüsse wurden hauptsächlich dazu verwendet, die Finanzverbindlichkeiten abzubauen (Geldabfluss aus *Finanzierungstätigkeit* -10,1 Mrd.) und entsprechend die Schulden zu senken. Ein Vergleich zwischen der konsolidierten Geldflussrechnung und der Finanzierungs- und Mittelflussrechnung (FMFR) des Stammhauses ist nicht sinnvoll, da die beiden Rechnungen unterschiedliche Zwecke verfolgen. Ihnen liegen deshalb unterschiedliche definierte Fonds (Bilanzgrössen) zugrunde. Während die konsolidierte Geldflussrechnung die Veränderung der Liquidität (Fonds «Flüssige Mittel») zeigt, richtet sich der Fonds des Stammhauses nach dem erweiterten Einnahmen- und Ausgabenbegriff des FHG. Zusätzlich werden deshalb die Veränderungen der Forderungen (debitorische Gutschriften) und der laufenden Verbindlichkeiten (kreditorische Belastungen) berücksichtigt. Eine derart ausgestattete Rechnung ist unter anderem aus *konjunkturpolitischer Sicht* von Interesse: Im Stammhaus dient die Veränderung des ordentlichen Finanzierungsergebnisses als Indikator für die Wirkung des Haushaltes auf die Konjunktur. Eine analoge Interpretation ist bei der konsolidierten Geldflussrechnung nicht möglich, da sie die konjunkturell wirksamen Veränderungen der Forderungen und Verbindlichkeiten nicht berücksichtigt.

Im Hinblick auf *mögliche zukünftige Finanzierungsrisiken für den Bundeshaushalt* sind die Rückstellungen und Eventualverbindlichkeiten von Interesse. Es zeigt sich, dass die konsolidierten *Rückstellungen* kaum höher sind als beim Stammhaus (13,8 Mrd.; +0,3 Mrd.). Die Differenz ist im Wesentlichen durch die Rückstellung für unverdiente Versicherungsprämien der SERV (0,2 Mrd.) und für die Entsorgung von radioaktiven Beschleunigerabfällen beim Paul Scherrer Institut (PSI) bedingt. Bei den ausserhalb der Bilanz geführten *Eventualverbindlichkeiten* fallen die Vorsorgeverpflichtungen zugunsten der Arbeitnehmenden ins Gewicht. In der konsolidierten Rechnung sind sie mit 3,3 Milliarden etwas höher (+0,4 Mrd.) als beim Stammhaus. Dies ist jedoch angesichts des bedeutend höheren Personalbestandes (+15 777 FTE), hauptsächlich bedingt durch den ETH-Bereich, nicht überraschend. Abschliessend sind an dieser Stelle die per Ende 2009 eingegangenen *Versicherungsverpflichtungen der SERV* von 8,7 Milliarden zu nennen. Diesem Betrag steht das Eigenkapital der SERV von 2,3 Milliarden gegenüber.

13 Strukturelle Unterschiede zu Bundesrechnung und Finanzstatistik

Vergleich zur Bundesrechnung

Erfolgsrechnung
Sowohl die Bundesrechnung als auch die Konsolidierte Rechnung Bund basieren auf der periodengerechten Erfassung der Geschäftsvorfälle («accrual accounting»). Dabei gilt das Realisationsprinzip. Dies bedeutet, dass die Finanzvorfälle zum Zeitpunkt des Entstehens der Verpflichtungen oder der Forderungen erfasst werden und nicht dann, wenn die Zahlungen erfolgen.

Im Unterschied zur Bundesrechnung weist die konsolidierte Rechnung keine ausserordentlichen Aufwände und Erträge aus, da die Vorgaben der Schuldenbremse nicht zum Tragen kommen. Die ausserordentlichen Aufwände und Erträge werden in der konsolidierten Rechnung deshalb dem ordentlichen Ergebnis zugewiesen. Dadurch können wesentliche Abweichungen in den dargestellten Konten entstehen.

Bilanz
Die Aktiven der Bundesrechnung werden aus finanzhaushaltrechtlichen Gründen in das Finanz- und das Verwaltungsvermögen gegliedert. Dadurch wird ersichtlich, welche Aktiven der Geld- und Kapitalanlage dienen (Finanzvermögen) und welche Aktiven der Bund für die Erfüllung seiner Aufgaben benötigt (Verwaltungsvermögen) – eine wichtige Information für die Beschlussfassung über den Voranschlag durch das Parlament. Die konsolidierte Bilanz macht diese Unterscheidung nicht, sondern gliedert die Vermögenswerte – im Einklang mit den angewandten Rechnungslegungsstandards (IPSAS) – nach der Fristigkeit in Umlauf- und Anlagevermögen.

Geldflussrechnung
In der Bundesrechnung wird die Geldflussrechnung als Finanzierungs- und Mittelflussrechnung (FMFR) bezeichnet. Für die Gesamtsteuerung des Bundeshaushalts nach finanzpolitischen Gesichtspunkten unterscheidet die FMFR zwischen ordentlichen und ausserordentlichen Transaktionen und weist die Ergebnisse der Mittelflüsse aus Finanzanlagen und Fremdfinanzierung nach. Die konsolidierte Geldflussrechnung kennt dagegen analog zur konsolidierten Erfolgsrechnung keine ausserordentlichen Positionen, sondern gliedert sich in einen dreistufigen Ausweis nach operativer Geschäftstätigkeit, Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit.

Im Weiteren unterscheidet sich die vorliegende Geldflussrechnung von der FMFR in Bezug auf den Inhalt der zugrundeliegenden Bestandesgrösse («Fonds»): Die Geldflussrechnung weist den Fonds an flüssigen Mittel nach. Bei der FMFR umfasst der «Fonds Bund» neben den flüssigen Mitteln auch debitorische Gutschriften (Forderungen) sowie kreditorische Belastungen (laufende Verbindlichkeiten).

Verhältnis zum Stammhaus Bund
Ein zahlenmässiger Vergleich des Transferaufwandes sowie der Schulden zwischen der konsolidierten Rechnung und der Bundesrechnung erfolgt in Ziffer 5.

Vergleich zur Finanzstatistik

Unterschiedliche Fragestellung
Grundsätzlich behandeln die beiden Berichte unterschiedliche Fragestellungen. Die Konsolidierte Rechnung Bund hebt aus betriebswirtschaftlicher (mikroökonomischer) Sicht die Steuerung hervor, wogegen die Finanzstatistik die Vergleichbarkeit aus volkswirtschaftlicher (makroökonomischer) Sicht betont.

Unterschiedlicher Konsolidierungskreis
In der Finanzstatistik werden die in den Sektor «Staat» zu integrierenden Einheiten nach den Kriterien des Europäischen Systems der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG95) bestimmt. Der Sektor «Staat» enthält unter anderem den Teilsektor «Bund», der mit dem Konsolidierungskreis der Konsolidierten Rechnung Bund vergleichbar aber nicht identisch ist.

Das Konsolidierungskriterium der Finanzstatistik richtet sich nach der Finanzierungsquelle (sog. «50 %-Regel»). Die unten aufgelisteten konsolidierten Verwaltungseinheiten der dezentralen Bundesverwaltung mit eigener Rechnung werden von der Finanzstatistik nicht erfasst, da sie mehr als 50 Prozent der Produktionskosten durch Umsätze mit Dritten (u.a. Verkaufserlöse, Gebühreneinnahmen) decken und die ESVG95-Kriterien somit nicht erfüllen.

- Eidg. Finanzmarktaufsicht (FINMA)
- Eidg. Nuklear-Sicherheitsinspektorat (ENSI)
- Eidg. Institut für Geistiges Eigentum (IGE)
- Eidg. Revisionsaufsichtsbehörde (RAB)
- Schweiz. Exportrisikoversicherung (SERV)
- Swissmedic

Dagegen umfasst der Teilsektor «Bund» zusätzlich den Schweizerischen Nationalfonds und die Kulturstiftung Pro Helvetia. Diese beiden Einheiten gehören gemäss Art. 55 Abs. 1 FHG nicht zum Konsolidierungskreis Bund.

Unterschiedliche Bewertung
Das so genannte «FS-Modell» der Finanzstatistik widerspiegelt die nationale Sicht und ist in der Bewertung vergleichbar mit den Grundsätzen des neuen Rechnungsmodells (NRM) in der Bundesrechnung. Für die internationale Sicht gemäss «GFS-Modell» verlangen die Buchungsvorschriften des Internationalen Währungsfonds (IWF) hingegen die Bewertung aller Forderungen und Verpflichtungen zu Marktwerten.

02 ZAHLEN IM ÜBERBLICK

Mio. CHF	Rechnung 2008	Rechnung 2009
Erfolgsrechnung		
Operativer Ertrag	62 149	62 004
Operativer Aufwand	53 931	54 997
Operatives Ergebnis	**8 218**	**7 007**
Finanzertrag	888	1 566
Finanzaufwand	4 225	3 469
Finanzergebnis	**-3 337**	**-1 903**
Ertrag aus Equity-Beteiligung	1 807	2 179
Aufwand aus Equity-Beteiligung	7	5
Ergebnis aus Equity-Beteiligung	**1 800**	**2 174**
Jahresergebnis	**6 681**	**7 278**
Bilanz		
Umlaufvermögen	19 278	15 279
Anlagevermögen	79 474	78 152
Fremdkapital	143 117	130 469
Eigenkapital	-44 365	-37 038
Geldflussrechnung		
Geldfluss aus operativer Tätigkeit	7 899	7 447
Geldfluss aus Investitionstätigkeit	-5 791	3 200
Geldfluss aus Finanzierungstätigkeit	-869	-10 143
Total Geldfluss	**1 239**	**504**
Schulden		
Bruttoverschuldung	120 378	108 742
Nettoverschuldung	98 358	89 070
Personal		
Anzahl Mitarbeitende in Vollzeitstellen	46 549	48 833

31 Erfolgsrechnung

Mio. CHF	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Differenz zu R2008 absolut	Differenz zu R2008 %	Ziffer im Anhang
Jahresergebnis	**6 681**	**7 278**	**597**	**8,9**	
Operatives Ergebnis	**8 218**	**7 007**	**-1 211**	**-14,7**	
Operativer Ertrag	**62 149**	**62 004**	**-145**	**-0,2**	
Fiskalertrag	58 587	57 298	-1 289	-2,2	1
Dienstleistungsertrag	2 204	2 141	-63	-2,9	2
Übriger Ertrag	1 358	2 565	1 207	88,9	3
Operativer Aufwand	**53 931**	**54 997**	**1 066**	**2,0**	
Personalaufwand	7 163	6 766	-397	-5,5	4
Sachaufwand	5 786	6 021	235	4,1	5
Abschreibungen	2 050	2 144	94	4,6	14
Transferaufwand	38 932	40 066	1 134	2,9	6
Finanzergebnis	**-3 337**	**-1 903**	**1 434**	**-43,0**	
Finanzertrag	888	1 566	678	76,4	7
Finanzaufwand	4 225	3 469	-756	-17,9	8
Ergebnis aus Equity-Beteiligung	**1 800**	**2 174**	**374**	**20,8**	
Ertrag aus Equity-Beteiligung	1 807	2 179	372	20,6	16
Aufwand aus Equity-Beteiligung	7	5	-2	-28,6	16
Jahresergebnis	**6 681**	**7 278**	**597**	**8,9**	
Anteil Bund	6 680	7 276			
Minderheitsanteile (Kantone an Swissmedic)	1	2			

Die Erfolgsrechnung schliesst mit einem hohen *Ertragsüberschuss* von 7,3 Milliarden ab, wobei 7,0 Milliarden aus dem operativen Ergebnis, -1,9 Milliarden aus dem Finanzergebnis und 2,2 Milliarden aus dem Ergebnis aus Equity-Beteiligung beigesteuert werden.

Das *operative Ergebnis* liegt um 1,2 Milliarden unter dem Vorjahreswert, bewegt sich aber nach wie vor auf sehr hohem Niveau. Die Veränderung zum Vorjahr lässt sich hauptsächlich anhand folgender drei Faktoren erklären:

- Die Fiskalerträge fallen infolge verminderter Wirtschaftsleistung um 1,3 Milliarden tiefer aus. Insbesondere die Mehrwertsteuererträge (-0,7 Mrd.) sind unmittelbar von der Rezession betroffen. Die Erträge aus der Verrechnungssteuer fallen zwar auch um 0,5 Milliarden tiefer aus, liegen mit 5,3 Milliarden aber immer noch deutlich über dem langjährigen Erfahrungswert von 3 Milliarden.

- Die im Berichtsjahr erstmals vorgenommene Aktivierung von Kantonsanteilen der in Betrieb genommenen Nationalstrassen im Umfang von 1,0 Milliarden führt zu höheren übrigen Erträgen.

- Der Transferaufwand liegt mit 40,1 Milliarden um 1,1 Milliarden über dem Vorjahreswert. Die Zunahme ist hauptsächlich bei den Beiträgen an Sozialversicherungen (+0,7 Mrd.) und den Beiträgen an Dritte (+0,6 Mrd.; Finanzausgleich, Internationale Organisationen und Übrige) entstanden.

Das *Finanzergebnis* fällt aufgrund des hohen Zinsaufwandes für die verzinslichen Schulden negativ aus. Mit -1,9 Milliarden resultiert trotzdem ein um 1,4 Milliarden besseres Ergebnis als im Vorjahr. Massgeblich zur Verbesserung beigetragen hat der Verkauf der Pflichtwandelanleihe UBS, aus welchem ein Gewinn von 1,2 Milliarden resultierte.

Im *Ergebnis aus Equity-Beteiligung* (2,2 Mrd.) werden die Buchgewinne auf namhaften Beteiligungen ausgewiesen. Dank den guten Ergebniszahlen der bundeseigenen Unternehmen konnten auf den Beteiligungen Post (0,9 Mrd), Swisscom (0,9 Mrd.) und SBB (0,4 Mrd.) ansehnliche Erträge verbucht werden.

32 Bilanz

Mio. CHF	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Differenz zu R2008 absolut	Differenz zu R2008 %	Ziffer im Anhang
Aktiven	**98 752**	**93 431**	**-5 321**	**-5,4**	
Umlaufvermögen	**19 278**	**15 279**	**-3 999**	**-20,7**	
Flüssige Mittel	2 686	3 190	504	18,8	9
Forderungen	6 856	6 072	-784	-11,4	10
Kurzfristige Finanzanlagen	7 747	4 260	-3 487	-45,0	11
Vorräte	250	321	71	28,4	12
Aktive Rechnungsabgrenzungen	1 739	1 436	-303	-17,4	13
Anlagevermögen	**79 474**	**78 152**	**-1 322**	**-1,7**	
Sachanlagen	48 907	50 468	1 561	3,2	14
Immaterielle Anlagen	102	140	38	37,3	14
Darlehen	14 047	9 548	-4 499	-32,0	15
Beteiligungen	16 189	17 918	1 729	10,7	16
Langfristige Finanzanlagen	229	78	-151	-65,9	11
Passiven	**98 752**	**93 431**	**-5 321**	**-5,4**	
Kurzfristige Verbindlichkeiten	**34 831**	**29 195**	**-5 636**	**-16,2**	
Laufende Verbindlichkeiten	13 674	12 218	-1 456	-10,6	17
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	14 200	10 330	-3 870	-27,3	18
Passive Rechnungsabgrenzungen	6 442	6 156	-286	-4,4	19
Kurzfristige Rückstellungen	515	491	-24	-4,7	20
Langfristige Verbindlichkeiten	**108 286**	**101 274**	**-7 012**	**-6,5**	
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	92 504	86 194	-6 310	-6,8	18
Langfristige Rückstellungen	14 180	13 353	-827	-5,8	20
Übrige Verbindlichkeiten	1 602	1 727	125	7,8	21
Eigenkapital	**-44 365**	**-37 038**	**7 327**	**-16,5**	
Minderheitsanteile (Kantone an Swissmedic)	18	20	2	11,1	
Eigenkapital Bund	-44 383	-37 058	7 325	-16,5	
Fonds im Eigenkapital	6 250	6 100	-150	-2,4	
Übriges Eigenkapital	1 672	1 711	39	2,3	
Bilanzüberschuss (+) / Bilanzfehlbetrag (-)	-52 305	-44 869	7 436	-14,2	

Die Bilanzsumme beträgt 93,4 Milliarden. Das *Umlaufvermögen* hat um 4,0 Milliarden abgenommen. Dies ist auf die Verminderung von Festgeldern bei den kurzfristigen Finanzanlagen (-3,5 Mrd.) sowie auf tiefere Forderungen (-0,8 Mrd.) zurückzuführen. Umgekehrt nahmen die Flüssigen Mittel zu (+0,5 Mrd.), da per Jahresende nicht mehr alle Mittel am Markt platziert werden konnten. Das *Anlagevermögen* reduzierte sich um 1,3 Milliarden, was das Ergebnis von gegenläufigen Bewegungen ist: Zum einen erhöhten sich die Bilanzwerte der Nationalstrassen (1,4 Mrd.), der Darlehen an die Arbeitslosenversicherung (1,5 Mrd.) sowie der namhaften Beteiligungen (1,7 Mrd.), zum anderen führte der Verkauf der Pflichtwandelanleihe UBS zu einer Abnahme bei den Darlehen (-5,9 Mrd.).

Die *kurzfristigen Verbindlichkeiten* haben sich um total 5,6 Milliarden vermindert. Dies erklärt sich primär mit der Reduktion von Geldmarktbuchforderungen (-3,7 Mrd.) sowie dem Abbau bei den laufenden Verbindlichkeiten (-1,5 Mrd.). Die Abnahme bei den *langfristigen Verbindlichkeiten* um 7,0 Milliarden begründet sich mit der Rückzahlung von Eidgenössischen Anleihen (-6,3 Mrd.) sowie dem Abbau der Rückstellung für mutmasslich noch zu erwartende Rückerstattungsforderungen aus der Verrechnungssteuer (-0,9 Mrd.).

Das negative *Eigenkapital* bzw. der Bilanzfehlbetrag verringerte sich aufgrund des positiven Jahresergebnisses um über 7 Milliarden.

33 Geldflussrechnung

Mio. CHF	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Differenz zu R2008 absolut	Differenz zu R2008 %	Ziffer im Anhang
Total Geldfluss	**1 239**	**504**	**-735**	**-59,3**	
Geldfluss aus operativer Tätigkeit	**7 899**	**7 447**	**-452**	**-5,7**	
Jahresergebnis	6 681	7 278	597	8,9	
Abschreibungen	2 050	2 144	94	4,6	14
Veränderungen Rückstellungen	-1 180	-851	329	-27,9	20
Erfolg aus Veräusserungen	12	-1	-13	-108,3	
Übrige nicht liquiditätswirksame Transaktionen	806	-397	-1 203	-149,3	
Zunahme/Abnahme von Forderungen	530	784	254	47,9	10
Zunahme/Abnahme von Vorräten	-8	-71	-63	787,5	12
Zunahme/Abnahme von Aktiven Rechnungsabgrenzungen	-99	303	402	-406,1	13
Zunahme/Abnahme von laufenden Verbindlichkeiten	1 624	-1 456	-3 080	-189,7	17
Zunahme/Abnahme von Passiven Rechnungsabgrenzungen	-2 517	-286	2 231	-88,6	19
Geldfluss aus Investitionstätigkeit	**-5 791**	**3 200**	**8 991**	**-155,3**	
Investitionen Sachanlagen	-2 716	-3 791	-1 075	39,6	14
Desinvestitionen Sachanlagen	62	113	51	82,3	14
Investitionen immaterielle Anlagen	-56	-64	-8	14,3	14
Zunahme langfristige Darlehen	-7 263	-2 427	4 836	-66,6	15
Abnahme langfristige Darlehen	839	6 108	5 269	628,0	15
Zunahme Beteiligungen	-31	-365	-334	1 077,4	16
Abnahme Beteiligungen	4	8	4	100,0	16
Zunahme Finanzanlagen	-80	-556	-476	595,0	11
Abnahme Finanzanlagen	3 450	4 174	724	21,0	11
Geldfluss aus Finanzierungstätigkeit	**-869**	**-10 143**	**-9 274**	**1 067,2**	
Zunahme kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	38 768	37 035	-1 733	-4,5	18
Abnahme kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	-36 649	-40 870	-4 221	11,5	18
Zunahme langfristige Finanzverbindlichkeiten	2 117	3 872	1 755	82,9	18
Abnahme langfristige Finanzverbindlichkeiten	-5 840	-10 182	-4 342	74,3	18
Veränderung Spezialfonds	761	29	-732	-96,2	
Gewinnausschüttungen	-26	-27	-1	3,8	

Nachweis Fonds Geld

Mio. CHF	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Differenz zu R 2008 absolut	Differenz zu R 2008 %	Ziffer im Anhang
Stand Flüssige Mittel per 01.01.	**1 447**	**2 686**	**1 239**	**85,6**	**9**
Zunahme / Abnahme	1 239	504	-735	-59,3	9
Stand Flüssige Mittel per 31.12.	**2 686**	**3 190**	**504**	**18,8**	**9**

Zusatzinformationen

Mio. CHF	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Differenz zu R 2008 absolut	Differenz zu R 2008 %	Ziffer im Anhang
Bezahlte Zinsen	-3 118	-2 831	287	-9,2	
Erhaltene Zinsen	486	800	314	64,6	

Die Geldflussrechnung zeigt die Veränderung des Fonds «Flüssige Mittel». Wie in der Privatwirtschaft üblich wird sie nach der indirekten Methode dargestellt, d.h. der Geldfluss aus operativer Tätigkeit wird aus dem Jahresergebnis abgeleitet.

Der *Geldfluss aus operativer Tätigkeit* liegt mit 7,4 Milliarden im Rahmen des Vorjahres (7,9 Mrd.). Zu diesem Ergebnis hat massgeblich der Jahresgewinn (7,3 Mrd.) beigetragen. Unter den «übrigen nicht liquiditätswirksamen Transaktionen» (-0,4 Mrd.) sind folgende Positionen enthalten: Die erfolgswirksame Veränderung des Equitywertes der namhaften Beteiligungen (-1,4 Mrd.), die buchmässigen Korrekturen auf den Darlehen (+0,8 Mrd.) sowie die Veränderung der zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital (+0,1 Mrd.). Die Abnahme der laufenden Verbindlichkeiten (-1,5 Mrd.) ist unter anderem die Folge der raschen Bezahlung der Kreditorenrechnungen zur Stabilisierung der Wirtschaft. Dies wirkt sich negativ auf den operativen Geldfluss aus. Im Vorjahr verzeichnete die gleiche Position eine NFA-bedingte Zunahme um 1,6 Milliarden. Die Veränderung der passiven Rechnungsabgrenzungen wird primär von der Verrechnungssteuer beeinflusst. Im Vorjahr war auf Grund der ausserordent-

lich hohen Abgrenzungen 2007 eine Abnahme von 2,5 Milliarden zu verzeichnen. Demgegenüber blieb der Bestand in diesem Jahr praktisch stabil (-0,3 Mrd.).

Aus der *Investitionstätigkeit* resultiert ein Geldzufluss von 3,2 Milliarden (Vorjahr: Geldabfluss von 5,8 Mrd.). Das Ergebnis sowie die Veränderung zum Vorjahr sind geprägt durch die Pflichtwandelanleihe UBS. Während sich im Vorjahr der Kauf der Pflichtwandelanleihe negativ auf den Geldfluss auswirkte (vgl. Zunahme langfristige Darlehen), führt im Berichtsjahr der Verkauf (Abgang zum Buchwert von 5,9 Mrd.) zu einem positiven Resultat. Der Veräusserungsgewinn (1,2 Mrd.) ist im Geldfluss aus operativer Tätigkeit enthalten. Unter den Investitionen in Sachanlagen sind die aktivierten Kantonsanteile für in Betrieb genommene Nationalstrassen ausgewiesen (1,0 Mrd.). Dabei handelt es sich nicht um eine Investition im herkömmlichen Sinne, weil sie von Dritten finanziert wurde.

Der *Geldfluss aus Finanzierungstätigkeit* beläuft sich auf minus 10,1 Milliarden (Vorjahr: -0,9 Mrd.). Die aus der operativen Tätigkeit und der Investitionstätigkeit erwirtschafteten Mittel konnten zur Reduktion der Finanzverbindlichkeiten und somit zum Schuldenabbau verwendet werden.

Unter dem Strich resultiert eine Zunahme der Flüssigen Mittel um 0,5 Milliarden auf 3,2 Milliarden.

34 Eigenkapitalnachweis

Mio. CHF	Total Eigen-kapital	Kapitalanteil Minderheiten	Eigen-kapital Bund	Fonds im Eigenkapital	Übriges Eigenkapital	Bilanzüber-schuss / -fehlbetrag
Stand 1. Januar 2008	**-52 107**	**17**	**-52 124**	**5 285**	**2 295**	**-59 704**
Umbuchungen im Eigenkapital	–	–	–	-105	-626	731
Veränderung Spezialfonds	761	–	761	771	–	-10
Bewertungsveränderungen	-5	–	-5	–	-5	–
Total im Eigenkapital erfasste Positionen	**756**	**–**	**756**	**666**	**-631**	**721**
Jahresergebnis	6 681	1	6 680	–	–	6 680
Total erfasste Gewinne und Verluste	**7 437**	**1**	**7 436**	**666**	**-631**	**7 401**
Gewinnausschüttungen	-26	–	-26	–	–	-26
Veränderung der Reserven	36	–	36	4	8	24
Sonstige Transaktionen	295	–	295	295	–	–
Stand 31. Dezember 2008	**-44 365**	**18**	**-44 383**	**6 250**	**1 672**	**-52 305**
Umbuchungen im Eigenkapital	–	–	–	-176	36	140
Veränderung Spezialfonds	29	–	29	26	–	3
Bewertungsveränderungen	8	–	8	–	3	5
Total im Eigenkapital erfasste Positionen	**37**	**–**	**37**	**-150**	**39**	**148**
Jahresergebnis	7 278	2	7 276	–	–	7 276
Total erfasste Gewinne und Verluste	**7 315**	**2**	**7 313**	**-150**	**39**	**7 424**
Gewinnausschüttungen	-27	–	-27	–	–	-27
Veränderung der Reserven	7	–	7	–	–	7
Sonstige Transaktionen	32	–	32	–	–	32
Stand 31. Dezember 2009	**-37 038**	**20**	**-37 058**	**6 100**	**1 711**	**-44 869**

Der Eigenkapitalnachweis gibt Auskunft über die vermögensmässigen Auswirkungen der in der Berichtsperiode erfassten Finanzvorfälle. Insbesondere wird transparent dargelegt, welche Aufwand- und Ertragspositionen nicht in der Erfolgsrechnung, sondern direkt im Eigenkapital erfasst worden sind und wie sich Veränderungen von Reserven und zweckgebundenen Mitteln im Eigenkapital niederschlagen. Die *direkt im Eigenkapital erfassten Positionen* belaufen sich im Berichtsjahr auf 37 Millionen. Dieser tiefe Wert zeigt auf, dass Vermögensanpassungen nur im Ausnahmefall und nur in Übereinstimmung mit den Rechnungslegungsgrundsätzen direkt im Eigenkapital erfasst werden. Der höhere Wert im Vorjahr begründet sich vor allem mit einer einmaligen Nachaktivierung der Darlehen aus dem Fonds für Regionalentwicklung (784 Mio.).

Fonds im Eigenkapital
Die Fonds im Eigenkapital beinhalten Spezialfonds sowie zweckgebundene Fonds. Einnahmen und Ausgaben der Spezialfonds werden beim Stammhaus Bund direkt über die Bilanz verbucht. Dagegen werden bei den zweckgebundenen Fonds (Spezialfinanzierungen) die Einnahmen und Ausgaben in der Erfolgsrechnung erfasst und der Einnahmenüberschuss (Ausgabenüberschuss) buchmässig dem Fonds gutgeschrieben (belastet). Gleiches gilt für die Spezialfonds des ETH-Bereichs.

Die Mittel der *Zweckgebundenen Fonds* haben im Berichtsjahr um 176 Millionen auf 4717 Millionen abgenommen. Aus der Spezialfinanzierung Strassenverkehr (Bundesgesetz vom 23.3.1985 über die Verwendung der zweckgebundenen Mineralölsteuer; MinVG, SR *725.116.2*; Art. 5) resultiert in der konsolidierten Betrachtung ein Ausgabenüberschuss von 169 Millionen, im Stammhaus hingegen ein Einnahmenüberschuss von 126 Millionen. Die Differenz ist das Resultat aus der Elimination der Einlage in den Infrastrukturfonds (990 Mio.) und den effektiv getätigten Ausgaben des Infrastrukturfonds (1285 Mio.). Im Weiteren wurden aufgrund einer Bereinigungsaktion im ETH-Bereich 7 Millionen aus den zweckgebundenen Fonds in den Bilanzfehlbetrag umgebucht.

Das Vermögen der *Spezialfonds* hat im Berichtsjahr netto um 26 Millionen auf 1383 Millionen zugenommen. Ein Teil der Spezialfonds im Eigenkapital steht per 31.12.2009 als flüssige Mittel auf Sicht zur Zahlung zur Verfügung (637 Mio.), 6 Millionen sind bei der Bundestresorerie angelegt. Die restlichen 740 Millionen entfallen auf rückzahlbare Darlehen des Fonds für Regionalentwicklung.

Die wichtigsten Veränderungen bei den Spezialfonds betreffen:

- Da die bilanzierten Darlehen aus dem Fonds für Regionalentwicklung grösstenteils unverzinslich sind und Laufzeiten bis zu 30 Jahren aufweisen, werden sie gestützt auf die einschlägigen Bewertungsvorschriften mit 3 Prozent abdiskontiert. Der Barwert beträgt 740 Millionen. Die Veränderung der Wertberichtigung auf den Darlehen wird gegen das Eigenkapital erfasst. Das ausgewiesene Fondsvermögen hat 2009 netto um 40 Millionen zugenommen: Geleistete A-fonds-perdu-Beiträge in der Höhe von 32 Millionen, sowie

ausbezahlte aber nicht aktivierte Darlehen (64 Mio.) nach dem neuen Bundesgesetz über Regionalpolitik (SR *901.0*) reduzieren das Fondsvermögen. Auf der anderen Seite führte die Auflösung der Wertberichtigungen auf den Darlehen (11 Mio.), die Alimentierung mit ordentlichen Budgetmitteln (25 Mio.) sowie insbesondere die im Rahmen des zweiten Stabilisierungsprogramms gesprochenen zusätzlichen Mittel in der Höhe von 100 Millionen zu einer Erhöhung des Fondsbestandes.

- Der Tabakpräventionsfonds in der Höhe von 16 Millionen finanziert Massnahmen zur Reduktion des Tabakkonsums. Die neu geschaffene Möglichkeit, wonach Hersteller und Importeure von Tabakfabrikaten ein zugelassenes Steuerlager beantragen können, wirkt sich im Berichtsjahr negativ auf die zweckgebundene Tabaksteuer zu Gunsten des Fonds aus, was zu einer Reduktion der Fondsmittel um 10 Millionen führt. Dieser Einnahmenausfall hat einmaligen Charakter.

Übriges Eigenkapital
Das übrige Eigenkapital hat im Berichtsjahr netto um 39 Millionen zugenommen. Diese Veränderung ist das Resultat gegenläufiger Entwicklungen:

- FLAG-Verwaltungseinheiten haben die Möglichkeit, Reserven zu bilden und diese später zur Finanzierung von Aktivitäten zu verwenden, die im Einklang mit den Zielsetzungen ihrer Leistungsaufträge stehen. Die Bildung bzw. Verwendung von FLAG-Reserven erfolgt über den Bilanzfehlbetrag, vergleichbar einer Ergebnisverwendung in einem Unternehmen. Im Jahre 2009 erhöhten sich die Reserven aus Globalbudget um 33 Millionen auf 111 Millionen (Saldo aus Einlagen abzüglich Entnahmen).

- Bei der Schweizerischen Exportrisikoversicherung (SERV) wurden die Erhöhung des Kernkapitals (33 Mio.) sowie die Reduktion des risikotragenden Kapitals (13 Mio.) direkt gegen den Bilanzfehlbetrag gebucht. Neu belaufen sich diese Positionen auf 323 Millionen respektive 1164 Millionen.

- Auf Grund einer Bereinigungsaktion beim ETH-Bereich wurden insgesamt 17 Millionen aus dem übrigen Eigenkapital in den Bilanzfehlbetrag umgebucht. Umgekehrt resultierte auf den Wertschriften Wertaufholungen von 3 Millionen (ausgewiesen unter *Bewertungsveränderungen*), welche im Berichtsjahr direkt über das Eigenkapital gebucht wurden.

Der Saldo des Betriebsfonds bei der Eidg. Alkoholverwaltung (EAV) blieb unverändert auf 110 Millionen.

Bilanzfehlbetrag
Der Ertragsüberschuss von 7276 Millionen, die bereits bei den anderen Eigenkapitalpositionen beschriebenen *Umbuchungen im Eigenkapital* von netto 140 Millionen, die Abnahme der Spezialfonds im ETH-Bereich von 3 Millionen, eine Bewertungskorrektur auf einer zu hoch dotierten Rückstellung (5 Mio.) sowie die Übernahme des Sachanlageinventars des Institut de Microtechniqe in der Höhe von 6 Millionen durch die ETH Lausanne (EPFL) bewirken einen Abbau des Bilanzfehlbetrages. Im Zusammenhang mit dem Rückbau von Beschleunigeranlagen im Paul Scherrer Institut (PSI) ist in der Eröffnungsbilanz per 1.1.2008 eine Rückstellung von 70 Millionen enthalten, welche gegen das Eigenkapital gebildet wurde. Im 2009 wurden Rückbaukosten von 32 Millionen nachaktiviert und ebenfalls gegen das Eigenkapital erfasst. Dieser Betrag entspricht jenem Anteil an den gesamten Rückbaukosten, welcher auf Grund der geschätzten Nutzungsdauer in Zukunft noch anfallen wird. Die Kosten werden fortan periodisiert als Abschreibungen ausgewiesen. Dieser Geschäftsvorfall wirkte sich ebenfalls reduzierend auf den Bilanzfehlbetrag aus. Umgekehrt erhöht sich der Bilanzfehlbetrag durch die Kantonsanteile an der Gewinnausschüttung der EAV von 27 Millionen.

Kapitalanteil Minderheiten
Der Minderheitsanteil von 34,5 Prozent am Eigenkapital der Swissmedic hat sich gegenüber dem Vorjahr aufgrund des positiven Jahresergebnisses der Swissmedic um 2 Millionen auf 20 Millionen erhöht.

41 Allgemeine Grundlagen

1 Grundlagen

Rechtsgrundlagen

Die Konsolidierte Rechnung Bund stützt sich nebst den jeweiligen Rechtsgrundlagen der Konsolidierungseinheiten auf die folgenden spezifischen Rechtsgrundlagen:

- Bundesgesetz vom 7.10.2005 über den eidg. Finanzhaushalt (namentlich Art. 55 FHG; SR *611.0*)
- Finanzhaushaltverordnung vom 5.4.2006 (namentlich Art. 64a – 64d FHV; SR *611.01*)
- Regierungs- und Verwaltungsorganisationsverordnung vom 25.11.1998 (namentlich Anhang zur RVOV; SR *172.010.1*)
- Organisationsverordnung für das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement (namentlich Art. 15a – 15b OV-EVD)

Rechnungslegung

Die Rechnungslegung richtet sich nach den «International Public Sector Accounting Standards» (IPSAS). Der Nutzen einheitlicher Regeln ist für die Transparenz und Kontinuität der Rechnungslegung und der finanziellen Berichterstattung unbestritten. Die Kompatibilität von IPSAS mit den in der Privatwirtschaft angewendeten «International Financial Reporting Standards» (IFRS) erleichtert die Beurteilung der konsolidierten Rechnung. Abweichungen zu den IPSAS werden im Anhang der Jahresrechnung offen gelegt und begründet.

Allgemeines

Die konsolidierte Jahresrechnung basiert auf den nach einheitlichen Richtlinien (Handbuch Konsolidierung; HBK) erstellten Einzelabschlüssen der im Konsolidierungskreis zusammengefassten Einheiten per 31. Dezember. Einzige Ausnahme ist das Institut für Geistiges Eigentum, das seine Bücher per 30. Juni abschliesst. Für die konsolidierte Rechnung erstellt sie auf den Abschlussstichtag per 31. Dezember einen Zwischenabschluss.

Schätzungen

Die Konsolidierte Rechnung Bund enthält Annahmen und Schätzungen, welche einen Einfluss auf die dargestellte Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben. Diese Annahmen und Schätzungen wurden nach bestem Wissen der im Zeitpunkt zur Verfügung stehenden Informationen gemacht. Unsicherheiten bezüglich dieser Schätzungen und Annahmen können dazu führen, dass in zukünftigen Perioden Anpassungen der betroffenen Vermögenswerten oder Verbindlichkeiten notwendig sein werden. Den grössten Einfluss auf die konsolidierte Rechnung haben Schätzungen in Bezug auf Rückstellungen.

Rückstellungen werden gebildet, wenn eine Verpflichtung gegenüber Dritten besteht, die auf einem Ereignis in der Vergangenheit beruht und die zuverlässig geschätzt werden kann. Rückstellungen werden für eine Vielzahl von möglichen Ereignissen gebildet. Wesentliche Rückstellungen sind im Anhang erläutert. Sie beinhalten per Definition einen höheren Grad an Schätzung als andere Bilanzposten, da die Höhe der Verpflichtung von der zukünftigen Entwicklung abhängig ist.

Konsolidierungsmethode

Alle Einheiten des Konsolidierungskreises (ausser den namhaften Beteiligungen) werden nach der *Methode der Vollkonsolidierung* in die Konzernrechnung einbezogen. Aktiven und Passiven sowie Aufwand und Ertrag werden somit vollständig erfasst. Der Anteil von Minderheiten am Nettovermögen und am Ergebnis wird in der Bilanz und in der Erfolgsrechnung separat ausgewiesen. Verbindlichkeiten, Guthaben, Aufwendungen und Erträge zwischen den konsolidierten Einheiten werden miteinander verrechnet. Unrealisierte Zwischengewinne auf Vorräten oder Anlagevermögen werden im Rahmen der Konsolidierung ergebniswirksam eliminiert.

Namhafte Beteiligungen werden nach der *Equity-Methode* zum anteiligen Eigenkapital in der konsolidierten Jahresrechnung erfasst.

Die konsolidierte Jahresrechnung wird in Schweizer Franken (CHF) erstellt und die Werte sind auf Millionen gerundet.

2 Rechnungslegungsgrundsätze

Grundsätze der Rechnungslegung

Die ordnungsmässige Rechnungslegung beruht auf zwei Grundsätzen:

- *Periodengerechtigkeit*: Nach dem Grundsatz der Periodengerechtigkeit (Accrual Basis) sind Aufwand und Ertrag jener Rechnungsperiode zuzuordnen, in welcher sie verursacht werden. Massgebend ist der Zeitpunkt des Bezugs oder der Erbringung von Lieferungen und Leistungen. Die periodengerechte Abgrenzung hat nach der Sache und der Zeit zu erfolgen.

- *Fortführung der Verwaltungs- oder Unternehmenstätigkeit*: Bei der Rechnungslegung wird davon ausgegangen, dass die Tätigkeit des Bundes und seiner zu konsolidierenden Organisationen fortbestehen. Somit ist die Bilanzierung grundsätzlich zu Fortführungswerten und nicht zu Veräusserungswerten vorzunehmen.

Weiter gelten folgende Grundsätze der Rechnungslegung:

a. *Wesentlichkeit*: Es sind sämtliche Informationen offen zu legen, die für eine umfassende Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage notwendig sind.

b. *Verständlichkeit*: Die Informationen müssen klar und nachvollziehbar sein.

c. *Stetigkeit*: Die Grundsätze der Buchführung und Rechnungslegung sollen soweit als möglich über einen längeren Zeitraum unverändert bleiben.

d. *Bruttodarstellung*: Der Grundsatz der Bruttodarstellung verlangt, dass Aktiven und Passiven sowie Aufwände und Erträge nicht miteinander verrechnet werden.

Die Rechnungslegung der Konsolidierten Rechnung Bund richtet sich nach den IPSAS (International Public Sector Accounting Standards, Art. 64c Abs. 1 FHV). In begründeten Fällen kann von den Bestimmungen der IPSAS abgewichen werden. Diese Abweichungen sind im Anhang 3 der FHV offen gelegt.

Sämtliche Abweichungen von den IPSAS werden im Folgenden ausgewiesen und begründet.

Abweichungen von IPSAS

Abweichung: Geleistete Anzahlungen für Waren, Rüstungsmaterialien und Dienstleistungen werden nicht als Bilanztransaktion, sondern als Aufwand verbucht.

Begründung: Aus kreditrechtlichen Gründen werden Anzahlungen über die Erfolgsrechnung verbucht.

Auswirkung: Es erfolgt keine periodengerechte Verbuchung der Geschäftsvorfälle. Der Aufwand wird bereits bei der Vorauszahlung in der Erfolgsrechnung ausgewiesen und nicht erst bei der Leistungserbringung.

Abweichung: Die Erträge aus der direkten Bundessteuer werden zum Zeitpunkt der Ablieferung der Bundesanteile durch die Kantone verbucht (Cash Accounting).

Begründung: Zum Zeitpunkt des Abschlusses der Jahresrechnung stehen die notwendigen Informationen für eine Verbuchung nach Accrual Accounting nicht zur Verfügung.

Auswirkung: Keine periodengerechte Verbuchung möglich.

Abweichung: Die Erträge aus der Wehrpflichtersatzabgabe werden zum Zeitpunkt der Ablieferung durch die Kantone verbucht (Cash Accounting).

Begründung: Zum Zeitpunkt des Abschlusses der Jahresrechnung stehen die notwendigen Informationen für eine Verbuchung nach Accrual Accounting nicht zur Verfügung.

Auswirkung: Keine periodengerechte Verbuchung möglich.

Abweichung: In Abweichung zu IPSAS 25 erfolgt eine Offenlegung der bilanzierungspflichtigen Auswirkungen der Vorsorgeverpflichtungen und anderen langfristig fälligen Leistungen für Arbeitnehmende im Anhang der Jahresrechnung als Eventualverbindlichkeit.

Begründung: Wegen offener Fragen im Zusammenhang mit der Ausfinanzierung von verschiedenen Pensionskassen von Anstalten und Unternehmungen des Bundes wird auf eine Bilanzierung der Vorsorgeverpflichtungen verzichtet.

Auswirkung: Keine Erfassung der Veränderungen von Vorsorgeverpflichtungen und von anderen langfristig fälligen Leistungen für Arbeitnehmende in der Erfolgsrechnung. In der Bilanz fehlt die entsprechende Verpflichtung, weshalb der Bilanzfehlbetrag zu tief ausgeweisen wird.

Abweichung: Die Verbuchung des der Schweiz zustehenden Entgeltes aus dem EU-Steuerrückbehalt erfolgt nach dem Kassaprinzip (Cash Accounting).

Begründung: Zum Zeitpunkt des Abschlusses der Jahresrechnung stehen die notwendigen Informationen für eine Verbuchung nach Accrual Accounting nicht zur Verfügung.

Auswirkung: Keine periodengerechte Verbuchung möglich.

Abweichung: Agio und Disagio von Bundesanleihen werden miteinander verrechnet und als Aufwand oder Aufwandminderung dargestellt.

Begründung: Auf Grund der schwierigen Budgetierbarkeit erfolgt die Erfassung in der Erfolgsrechnung netto.

Auswirkung: In der Erfolgsrechnung werden die Veränderungen von Agio und Disagio nicht brutto ausgewiesen. In der Bilanz werden Agio und Disagio hingegen brutto dargestellt.

Abweichung: Keine Aktivierung von Rüstungsmaterial, welches die definierten Bilanzierungskriterien erfüllt.

Begründung: Im Gegensatz zu den militärischen Bauten wird das Rüstungsmaterial nicht aktiviert. Die Lösung orientiert sich dabei am Regelwerk des IWF (GFSM2001).

Auswirkung: Der Aufwand für das Rüstungsmaterial fällt im Zeitpunkt der Beschaffung an und wird nicht über die Nutzungsdauer periodisiert.

Abweichung: In der Segmentberichterstattung wird auf einen Ausweis der Bilanzwerte nach Aufgabengebieten verzichtet.

Begründung: Bestandteil der Segmentberichterstattung sind sowohl die Bilanz als auch die Erfolgsrechnung. Eine Aufteilung der Bilanz auf die Segmente der Aufgabengebiete ist im Transferhaushalt nicht sinnvoll.

Auswirkung: Kein Ausweis der anteiligen Aktiven und Verbindlichkeiten pro Aufgabengebiet.

Abweichung: Der Konsolidierungskreis ist nicht nach dem Beherrschungskriterium definiert.

Begründung: Die Definition der nach der Methode der Vollkonsolidierung berücksichtigten Einheiten richtet sich nach Artikel 55 FHG. Namhafte Beteiligungen, an denen der Bund eine Kapitalmehrheit hält, werden nach der Equity-Methode (anteiliges Eigenkapital) in die Konsolidierung einbezogen.

Auswirkung: Einige an sich beherrschte Einheiten werden nicht voll konsolidiert.

Abweichung: Die Equity-Werte der namhaften Beteiligungen basieren auf den Einzelabschlüssen gemäss den jeweiligen Rechnungslegungsstandards und nicht auf den Rechnungslegungsgrundsätzen der Konsolidierten Rechnung Bund.

Begründung: Es wird davon abgesehen, die namhaften Beteiligungen in der Bundesrechnung und der Konsolidierten Rechnung Bund unterschiedlich zu bewerten.

Auswirkung: Der ausgewiesene Wert der namhaften Beteiligungen entspricht nicht dem Wert der bilanziert würde, wenn er nach den Rechnungslegungsgrundsätzen der Konsolidierten Rechnung Bund berechnet worden wäre.

Weitere Bemerkungen
Einige Geschäftsvorfälle können aufgrund der zur Verfügung stehenden Informationen nicht vollständig periodengerecht erfasst werden, weil die für eine zeitliche Abgrenzung hinreichend sicheren Grundlagen fehlen. Entsprechend findet sich zu den nachfolgenden Fällen auch keine Position in der Bilanz:

- *MwSt-Ertrag:* Die Monate Oktober bis Dezember werden jeweils im Folgejahr abgerechnet und vereinnahmt. In der Erfolgsrechnung sind zwar 12 Monate erfasst; diese sind jedoch nicht kongruent mit dem Kalenderjahr.

- *Entwicklungszusammenarbeit:* Der Bund kann sich zur finanziellen Beteiligung an Entwicklungsprojekten über mehrere Jahre hinweg verpflichten. Der gesamte zur Realisierung eines mehrjährigen Projektes erforderliche Kreditbedarf wird für die Periode beantragt, in welcher die Verpflichtung eingegangen wird. Somit wird der Finanzierungsbeitrag im ersten Jahr vollumfänglich aufwandwirksam erfasst. Die jährlich beanspruchten Tranchen (effektiver Wertverzehr) werden über die Bilanz abgewickelt.

- *Auslandvertretungen:* Die Auslandvertretungen haben bis 2008 die Bücher per 30. September abgeschlossen. In der Erfolgsrechnung waren zwar 12 Monate erfasst; sie stimmten jedoch nicht mit dem Kalenderjahr überein. Mit der Umstellung auf FINEDA-ONLINE per 1.10.2009 ist das EDA – dank der Online-Verfügbarkeit der Daten – in der Lage, die Jahresrechnung neu per 31. Dezember abzuschliessen. Für das Übergangsjahr 2009 werden deshalb einmalig 15 Monate in der Rechnung erfasst (1. Oktober 2008 bis 31. Dezember 2009).

Ergänzende Standards

Soweit die IPSAS keine Regelungen enthalten, werden die folgenden ergänzenden Standards eingesetzt (Anhang 3 FHV, SR *611.01*):

Gegenstand: Bewertung der Finanzinstrumente im Allgemeinen.

Standard: Richtlinien der Eidgenössischen Bankenkommission (heute FINMA) zu den Rechnungslegungsvorschriften der Art. 23 bis 27 BankV vom 14.12.1994 (RRV-EBK), Stand: 25.3.2004.

Standard: International Accounting Standards (IAS) 39, Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung, Stand: 1. Januar 2005.

Gegenstand: Strategische Positionen im Bereich der derivativen Finanzinstrumente.

Standard: Ziffer 23 b RRV-EBK, Stand: 31.12.1996.

Standard: International Accounting Standards (IAS) 39, Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung, Stand: 1. Januar 2005.

Gegenstand: Bewertung der immateriellen Anlagen.

Standard: International Accounting Standards (IAS) 38, Immaterielle Vermögenswerte, Stand: 31.3.2004.

Veröffentlichte, aber noch nicht angewendete Standards

Bis zum Bilanzstichtag sind neue IPSAS-Vorschriften publiziert worden, die erst zu einem späteren Zeitpunkt in Kraft treten:

- IPSAS 4 überarbeitet – *The Effects of Changes in Foreign Exchange Rates* (Auswirkungen von Änderungen der Wechselkurse). Der angepasste Standard, welcher ab dem 1. Januar 2010 anzuwenden ist, regelt monetäre Positionen, die dem wirtschaftlichen Gehalt nach Teil der Nettoinvestitionen in einen ausländischen Betrieb sind. Aus heutiger Sicht wird diese Änderung keinen Einfluss auf die konsolidierte Rechnung haben.

- IPSAS 26 neu – *Impairment of Cash-Generating Assets* (Wertminderung zahlungsmittelgenerierender Vermögenswerte). Der neue Standard, welcher auf den 1. Januar 2010 in Kraft tritt, basiert auf IAS 36. Er enthält unter anderem Anforderungen zur Identifizierung von wertgeminderten Vermögenswerten. Da im öffentlichen Sektor die meisten Vermögenswerte nicht Zahlungsmittel generierend sind, dürfte dieser Standard keinen grossen Einfluss auf die konsolidierte Rechnung haben.

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Von den Rechnungslegungsgrundsätzen abgeleitet sind die nachfolgend erläuterten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze.

Fremdwährungen
Die konsolidierte Jahresrechnung wird in Schweizer Franken (CHF) dargestellt.

Auf Fremdwährungen lautende monetäre Vermögenswerte und Verbindlichkeiten werden zum Schlusskurs am Bilanzstichtag umgerechnet und die Umrechnungsdifferenzen über die Erfolgsrechnung gebucht.

Erfassung von Erträgen
Die Erträge werden im Zeitpunkt der Lieferung oder Leistungserbringung verbucht.

Wenn die Leistung über den Abschlusszeitpunkt hinaus erbracht wird, erfolgt eine Rechnungsabgrenzung. Ist ein Zeitpunkt massgebend (z.B. Verfügung, Bewilligung), wird der Ertrag verbucht, wenn die Leistung erbracht ist bzw. wenn die Verfügung rechtskräftig wird.

Erfassung von Fiskalerträgen
Die direkte Bundessteuer wird auf Grund der im Rechnungsjahr abgelieferten Steuerbeträge nach dem Kassaprinzip verbucht. Sie wird brutto verbucht in dem Sinne, dass der Rohertrag vor Kantonsanteilen eingebucht wird und die Kantonsanteile separat als Aufwand erfasst werden. Für die in den Jahren nach einer hypothetischen Abschaffung der direkten Bundessteuer noch zu erwartenden Eingänge wird eine Eventualforderung ausgewiesen.

Der Mehrwertsteuerertrag wird auf Grund der im Rechnungsjahr gebuchten Forderungen aus Abrechnungen (inkl. Ergänzungsabrechnungen, Gutschriftenanzeigen etc.) ermittelt.

Die Stempelabgaben werden anhand der im Rechnungsjahr eingegangenen Deklarationen verbucht.

Die Verrechnungssteuer wird anhand der Erhebungsdeklarationen, der ausgestellten Rechnungen und der Rückerstattungsanträge ermittelt. Rückerstattungsanträge, welche bis zum 10. Januar des Folgejahres eingehen oder bis zu diesem Zeitpunkt aufgrund der Einzelanalyse von Fällen über 100 Millionen mit Sicherheit zu erwarten sind, werden zeitlich abgegrenzt und vermindern dadurch die Erträge. Im Gegenzug werden bis zum 10. Januar des Folgejahres eingehende sowie sicher zu erwartende aber noch nicht eingetroffene Erhebungsdeklarationen über 100 Millionen debitorisch erfasst. Für die per Ende Jahr noch ausstehenden Rückerstattungsanträge wird zudem eine Rückstellung gebildet.

Die Erträge aus Mineralölsteuern, Tabaksteuer, Automobilsteuer, Einfuhrzölle, LSVA (ausländische Fahrzeuge) und PSVA (pauschale Schwerverkehrsabgabe) werden auf den wirtschaftlich zu versteuernden Vorgängen periodengerecht verbucht.

Die Erträge aus der Biersteuer werden aufgrund der eingehenden Deklarationen verbucht.

Die Erträge aus Nationalstrassenabgabe und LSVA (inländische Fahrzeuge) werden bei Eingang der Abrechnungen verbucht.

Die Erträge aus den Lenkungsabgaben (VOC, Heizöl «Extraleicht», schwefelhaltiges Benzin und Dieselöl, Altlastenabgabe, CO_2-Abgabe auf Brennstoffe) und der Spielbankenabgabe werden durch Einlagen in die Fonds im Fremdkapital erfolgsmässig neutralisiert.

Abgrenzungen Subventionsbereich
Im Subventionsbereich werden Abgrenzungen vorgenommen, wenn die Subvention in einer Rechtsform nach Art. 16 des Bundesgesetzes vom 5. Oktober 1990 über Finanzhilfen und Abgeltungen (Subventionsgesetz [SuG], SR 616.1) verbindlich gewährt worden ist, das heisst in der Regel durch Verfügung oder Vertrag, und der Subventionsempfänger die subventionsberechtigte Leistung (oder Teile davon) erbracht hat.

Zeitliche Abgrenzungen sind dann erforderlich, wenn die Zahlung in einer späteren Rechnungsperiode erfolgt als derjenigen, in welcher die beiden vorgenannten Voraussetzungen kumulativ erfüllt sind («nachschüssig»).

Flüssige Mittel
Diese umfassen Geld und geldnahe Mittel mit ursprünglichen Laufzeiten von drei Monaten oder weniger (inkl. Festgelder und Finanzanlagen), die jederzeit in Bargeld umwandelbare Geldanlagen darstellen. Sie werden zum Nennwert bewertet.

Forderungen
Der ausgewiesene Wert entspricht den fakturierten Beträgen abzüglich Wertberichtigungen für zweifelhafte Forderungen, Rückvergütungen und Skonti. Diese Wertberichtigungen werden auf Grund der Differenz zwischen dem Nennwert der Forderungen und dem geschätzten einbringbaren Nettobetrag ermittelt.

Langfristige unverzinsliche Forderungen mit einem Betrag von mehr als 100 Millionen pro Fall werden abdiskontiert und zum Barwert bilanziert. Die Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft der Schweiz. Exportrisikoversicherung (SERV) werden nach einem versicherungsmathematischen Modell bewertet.

Finanzanlagen
Finanzanlagen mit einer fixen Fälligkeit, bei denen die Möglichkeit und die Absicht besteht, diese bis zur Endfälligkeit zu halten, werden als «bis Endverfall gehalten» klassifiziert und zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Verwendung der Effektivzinsmethode bilanziert. Die Effektivzinsmethode verteilt die Differenz zwischen Anschaffungs- und Rückzahlungswert (Agio/Disagio) anhand der Barwertmethode über die Laufzeit der entsprechenden Anlage, damit eine konstante Verzinsung bis zum Endverfall resultiert.

Finanzanlagen, die mit dem Ziel erworben werden, kurzfristige Gewinne durch die gezielte Ausnutzung von Marktpreisfluktuationen zu erzielen, werden als Finanzanlagen zum Marktwert bewertet, d.h. sie sind in der Kategorie «Handelsbestand» zugeordnet. Die Veränderung des Marktwertes wird in dieser Kategorie über die Erfolgsrechnung verbucht.

Die übrigen Finanzanlagen, die auf unbestimmte Zeit gehalten werden und jederzeit aus Liquiditätsgründen oder als Reaktion auf Änderungen von Marktbedingungen verkauft werden können, werden als «zur Veräusserung verfügbar» klassifiziert. Diese Anlagen werden nach dem Niederstwertprinzip bewertet. Die Bilanzierung erfolgt demnach zu Anschaffungswerten oder aber zu tieferen Marktwerten. Änderungen des Marktwertes unter dem Anschaffungswert werden erfolgswirksam verbucht. Änderungen des Marktwertes über dem Anschaffungswert werden nicht berücksichtigt.

Derivative Finanzinstrumente
Derivative Finanzinstrumente können für drei verschiedene Zwecke eingesetzt werden: Handel, Absicherung (Hedging) und strategische Positionen.

Die Handelsgeschäftspositionen werden zum Marktwert bewertet und bilanziert. Änderungen des Marktwertes fliessen in die Erfolgsrechnung ein. Wenn keine liquiden Marktpreise bestehen, kommen Bewertungsmodelle zum Einsatz.

Absicherungsgeschäfte im Fremdwährungsbereich (Termingeschäfte und Optionen) werden nach Hedge Accounting verbucht. In der Bilanz werden diese derivativen Finanzinstrumente zum Marktwert dargestellt. Qualifizieren sich Absicherungsgeschäfte nicht für ein Hedge Accounting, werden sie als Handelsgeschäft betrachtet. Überhedges (sog. overhedge) werden ebenfalls wie Handelsgeschäfte verbucht.

Derivative Finanzinstrumente können als strategische Position verbucht werden. Sie werden in der Bilanz zum Marktwert dargestellt. Die Verbuchung der Zinszahlungen erfolgt pro rata temporis in den einzelnen Rechnungsperioden. Für die strategischen derivativen Finanzinstrumente (z.Z. CHF Interest Rate Swaps) kommt das Niederstwertprinzip zur Erfassung der Marktwertveränderungen zur Anwendung. Marktwertveränderungen, welche aus Marktpreisschwankungen über dem Anschaffungswert verursacht werden, werden in der Bilanz ausgewiesen. Marktwertveränderungen, welche aus Marktpreisschwankungen unter dem Anschaffungswert verursacht werden, werden direkt in die Erfolgsrechnung verbucht (Vorsichtsprinzip). Bei frühzeitigem Glattstellen bzw. Verkauf sowie bei Verfall des derivativen Finanzinstrumentes fliessen der eventuelle Veräusserungserfolg sowie die Marktwertveränderungen aus früheren Rechnungsperioden (der Saldo des Ausgleichskontos) direkt in die Erfolgsrechnung. Die nicht vollständig abgegrenzten Marktwertveränderungen der früheren Rechnungsperioden werden zusammengelegt und über die ursprüngliche Laufzeit des Derivats abgegrenzt.

Vorräte
Die Vorräte werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellkosten (inkl. Produktionsgemeinkosten) oder dem tieferen Nettoveräusserungswert bewertet. Die Anschaffungs- bzw. Herstellkosten werden bei den wesentlichen Vorratspositionen nach der gleitenden Durchschnittsmethode ermittelt. Standardpreise werden verwendet, wenn diese den tatsächlichen Anschaffungs-/ Herstellkosten nahe kommen. Bei schwer verkäuflichen Vorräten werden Wertberichtigungen vorgenommen.

Angefangene Arbeiten im Bereich von Dienstleistungen
Angefangene Arbeiten im Bereich von Dienstleistungen und Forschungsaufträgen werden ihrem Realisierungsgrad entsprechend verbucht.

Für wesentliche Arbeiten, bei welchen ein klar definiertes und einforderbares Ergebnis geschuldet ist, wird der gesamte vereinbarte Projektertrag entsprechend dem jährlich zu ermittelnden Fertigstellungsgrad auf die Kalenderjahre verteilt. Der Aufwand wird in derjenigen Periode verbucht, in der er effektiv anfällt. Dadurch wird in jeder Periode ein anteiliger Gewinn ermittelt und in der Erfolgsrechnung ergebniswirksam realisiert. Ein absehbarer Verlust wird in der Periode verbucht, in welcher er erkannt wurde.

Für wesentliche Arbeiten, bei welchen der Drittmittelgeber einem zweckbestimmten Verzehr von Drittmitteln zustimmt und keine äquivalente Gegenleistung erwartet, wird der Projektertrag als Verbindlichkeit gebucht. Der in jedem Jahr aufgelaufene Aufwand wird laufend über die Erfolgsrechnung verbucht. Am Jahresende wird durch eine Entnahme aus dem Projektabrechnungskonto der Aufwand erfolgsmässig neutralisiert. Ein allfälliger Gewinn wird erst bei Projektende erfolgswirksam. Ein absehbarer Verlust wird in der Periode verbucht, in welcher er erkannt wurde.

Drittmittelprojekte und Kofinanzierungen des Stammhauses Bund im Zusammenhang mit laufenden Kosten werden in der Regel über die Erfolgsrechnung verbucht. Im Falle von Investitionen, wird der Drittmittelzufluss als Verbindlichkeit bilanziert und anteilsmässig über die Nutzungsdauer der damit finanzierten Anlage ertragswirksam aufgelöst. Alternativ können, sofern die Kriterien gemäss Art. 63 FHV erfüllt sind und einem entsprechenden Antrag stattgegeben wurde, Drittmittel und Kofinanzierungen ausschliesslich über die Bilanz abgewickelt werden.

Darlehen zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben
Darlehen, welche zur Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe gehalten werden, sind zu Nominalwerten bzw. tieferen Verkehrswerten bewertet.

Für Darlehen zur Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe ohne Verkehrswert werden die Wertberichtigungen jährlich über Schätzverfahren nach den Kriterien Bonität, Werthaltigkeit der Sicherheiten und Rückzahlungskonditionen ermittelt.

Bedingt rückzahlbare Darlehen zur Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe werden zum Zeitpunkt der Gewährung zu 100 Prozent wertberichtigt und im Finanzaufwand ausgewiesen.

Darlehen zur Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe, welche in Bezug auf die Verzinsung von den am Markt erzielbaren Konditionen abweichen, werden abdiskontiert und um diesen Betrag wertberechtigt, sofern sie eine Laufzeit von mehr als fünf Jahren und einen Nominalwert von über 100 Millionen haben.

Investitionsbeiträge
Investitionsbeiträge an Dritte werden nicht bilanziert und bewertet. Im Jahr der Gewährung werden sie über den Transferaufwand wertberichtigt.

Beteiligungen
Die namhaften Beteiligungen werden zu Equitywerten bewertet. Als namhaft gilt eine Beteiligung, wenn ihr Equitywert mehr als 100 Millionen beträgt und der Bund zu 20 Prozent oder mehr beteiligt ist. Bei Anzeichen einer Überbewertung wird auf Basis der künftig aus der Nutzung und der möglichen Verwertung erwarteten Mittelflüsse der Marktwert abzüglich eventueller Veräusserungskosten ermittelt. Übersteigt der Buchwert den Nettoveräusserungserlös und Nutzungswert, wird eine Wertminderung in Höhe der Differenz als Aufwand verbucht. Die ausgewiesenen Equitywerte basieren auf den jeweiligen Abschlüssen per 30. September. Dabei weichen die Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze der namhaften Beteiligungen teilweise von den Grundsätzen der Konsolidierten Rechnung Bund ab. So werden beispielsweise die Verpflichtungen aus Vorsorgeleistungen bei der konsolidierten Rechnung im Anhang unter den Eventualverbindlichkeiten ausgewiesen, während sie in den Jahresrechnungen der namhaften Beteiligungen bilanziert sind. Eine weitere Abweichung ist bei den Anlagen gegeben. Nebst marktwirtschaftlichen Kriterien ist bei der Konsolidierten Rechnung Bund für die Bewertung der Anlagen auch die öffentliche Aufgabenerfüllung zu berücksichtigen (Service Potential). Einen solchen Bewertungsansatz kennen die namhaften Beteiligungen nicht.

Die übrigen Beteiligungen werden zu Anschaffungswerten abzüglich notwendiger Wertberichtigung bilanziert. Die Ermittlung der Wertberichtigung kann auf dem Substanz- oder Ertragswert basieren.

Übrige Beteiligungen, welche in den Einzelabschlüssen zu Equitywerten bewertet sind, werden für die Konsolidierte Rechnung Bund nicht umbewertet. Vorhandene Subkonsolidierungskreise bei den Einheiten der Konsolidierten Rechnung Bund werden übernommen.

Sachanlagen
Sachanlagen werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet und linear über die geschätzte Nutzungsdauer zulasten der Erfolgsrechnung abgeschrieben:

Grundstücke	keine
Gebäude, Nationalstrassen	10 – 50 Jahre
Betriebs- / Lagereinrichtungen, Maschinen	4 – 10 Jahre
Mobiliar, Fahrzeuge	4 – 12 Jahre
EDV-Anlagen	3 – 7 Jahre

Wird eine Liegenschaft vollständig durch Dritte genutzt, so wird sie als nicht selbstgenutzt klassifiziert. Die Bewertung von nicht selbst genutzten marktfähigen Gebäuden erfolgt zum Marktwert, jene von nicht selbst genutzten nicht marktfähigen Gebäuden zu einem Wert von null. Bei den nicht selbst genutzten nicht marktfähigen Gebäuden handelt es sich hauptsächlich um Gebäude im Dispositionsbestand der armasuisse Immobilien, welche auf Grund der Armeereform nicht mehr benötigt werden.

Aktivierte Mieterausbauten und Installationen in gemieteten Räumlichkeiten werden über die geschätzte Nutzungsdauer oder die kürzere Mietvertragsdauer abgeschrieben.

Gebäude, die sich aus Komponenten mit unterschiedlicher Nutzungsdauer zusammensetzen, werden nicht getrennt erfasst und abgeschrieben. Bei der Festlegung der Abschreibungsdauer wird dies berücksichtigt.

Zusätzliche Investitionen, welche den wirtschaftlichen Nutzen einer Sachanlage verlängern, werden aktiviert. Reine Reparatur- und Instandhaltungsaufwendungen werden als Aufwand erfasst.

Die Vermögenswerte werden jährlich bezüglich ihrer Werthaltigkeit überprüft. Liegen Indikatoren für Werteinbussen vor, werden Werthaltigkeitsrechnungen durchgeführt und gegebenenfalls Sonderabschreibungen zulasten der Erfolgsrechnung vorgenommen.

Immaterielle Anlagen
Erworbene und selbst hergestellte immaterielle Anlagen werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet und auf Grund der geschätzten Nutzungsdauer über folgende Zeiträume linear zu Lasten der Erfolgsrechnung abgeschrieben:

Software (Kauf, Lizenzen, Eigenentwicklungen)	Laufzeit oder vertragliche Nutzungsdauer
Lizenzen, Patente, Rechte	Vertragliche Nutzungsdauer

Die Werthaltigkeit von immateriellen Anlagen wird immer dann überprüft, wenn auf Grund veränderter Umstände oder Ereignisse eine Überbewertung der Buchwerte möglich scheint.

Leasing
Aktiven, die aufgrund von Leasingverträgen erworben werden, wobei Nutzen und Schaden aus Eigentum auf den Leasingnehmer übergehen (Finanzleasing), werden entsprechend der Eigenschaft der geleasten Sache als Anlagevermögen ausgewiesen. Dabei erfolgt die erstmalige Bilanzierung von Anlagen im Finanzleasing zum Marktwert der geleasten Sache oder dem tieferen Netto-Barwert der zukünftigen, unkündbaren Leasingzahlungen zu Beginn des Leasingvertrags. Derselbe Betrag wird als Verbindlichkeit aus Finanzleasing erfasst. Die Abschreibung des Leasinggutes erfolgt über die wirtschaftliche Nutzungsdauer oder falls der Eigentumsübergang zum Ende der Leasingdauer nicht sicher ist, über die kürzere Vertragsdauer.

Leasinggeschäfte, bei welchen Nutzen und Schaden aus Eigentum nicht oder nur teilweise auf den Leasingnehmer übergehen, gelten als operatives Leasing. Der daraus entstehende Aufwand wird direkt in der Erfolgsrechnung erfasst.

Wertminderungen (ausserplanmässige Abschreibungen und Wertberichtigungen)
Die Werthaltigkeit von Sachanlagen und immateriellen Anlagen wird immer dann überprüft, wenn auf Grund veränderter Umstände oder Ereignisse eine Überbewertung möglich scheint. Bei Vorliegen von Anzeichen einer Überbewertung wird auf Basis der künftig aus der Nutzung und der letztendlichen Verwertung erwarteten Mittelflüsse der Marktwert abzüglich eventueller Veräusserungskosten ermittelt.

Übersteigt der Buchwert den Nettoveräusserungserlös oder Nutzungswert, wird eine Wertminderung in Höhe der Differenz als Aufwand verbucht.

Rückstellungen
Rückstellungen werden gebildet, wenn aus einem Ereignis in der Vergangenheit eine Verpflichtung entsteht, der Abfluss von Ressourcen zur Erfüllung der Verpflichtung wahrscheinlich ist und eine zuverlässige Schätzung der Höhe der Verpflichtung vorgenommen werden kann (z.B. Umweltsanierungen, Altlasten). Ist der Abfluss von Ressourcen nicht wahrscheinlich (< 50 %) oder kann er nicht zuverlässig geschätzt werden, wird der Sachverhalt als Eventualverbindlichkeit ausgewiesen.

Restrukturierungsrückstellungen werden erst nach Vorlage eines detaillierten Planes, nach erfolgter Kommunikation und wenn deren Höhe mit ausreichender Zuverlässigkeit geschätzt werden kann, gebildet.

Der Bund (Stammhaus) ist Selbstversicherer. Es werden nur erwartete Aufwendungen aus eingetretenen Schadenfällen zurückgestellt. Rückstellungen für potentielle zukünftige Schadenfälle werden keine gebildet.

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen
Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen werden zum Nominalwert ausgewiesen.

Finanzverbindlichkeiten
Die Finanzverbindlichkeiten bestehen aus Verpflichtungen aus Geldmarktpapieren, Verpflichtungen gegenüber Banken, Verpflichtungen gegenüber anderen Parteien, Anleihen und negativen Wiederbeschaffungswerten der Derivate.

Die Bewertung erfolgt grundsätzlich zum Nominalwert, mit Ausnahme der negativen Wiederbeschaffungswerte der Derivate, welche zu Marktwerten bewertet werden.

Zweckgebundene Fonds
Die zweckgebundenen Fonds werden zu Nominalwerten bewertet. Sie werden nach ihrem Charakter und wirtschaftlichen Gehalt dem Fremd- oder Eigenkapital zugeordnet.

Im Eigenkapital werden zweckgebundene Fonds ausgewiesen, wenn das Gesetz für die Art oder den Zeitpunkt der Verwendung ausdrücklich einen Handlungsspielraum gewährt. Die übrigen zweckgebundenen Fonds werden im Fremdkapital ausgewiesen.

Aufwand und Ertrag der zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital werden in der Erfolgsrechnung verbucht. Am Jahresende werden Ertrag und Aufwand der zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital durch Einlagen bzw. Entnahmen erfolgsmässig neutralisiert. Bei den zweckgebundenen Fonds im Eigenkapital wird am Jahresende kein Ausgleich vorgenommen. Die Belastung bzw. Gutschrift erfolgt durch eine Umbuchung innerhalb des Eigenkapitals.

Spezialfonds
Spezialfonds sind Vermögen, die der Eidgenossenschaft von Dritten mit bestimmten Auflagen zugewendet wurden, oder die auf Grund gesetzlicher Bestimmungen aus Voranschlagskrediten stammen. Der Bundesrat ordnet ihre Verwaltung im Rahmen dieser Auflagen.

Der Aufwand und Ertrag der Spezialfonds wird mit Ausnahme des ETH-Bereichs nicht in der Erfolgsrechnung verbucht.

Reserven aus Globalbudget
FLAG-Verwaltungseinheiten haben die Möglichkeit Reserven zu bilden und diese später zur Finanzierung von Aktivitäten zu verwenden, sofern diese im Einklang mit den Zielsetzungen ihrer Leistungsaufträge stehen (Art. 46 FHG).

Die Bildung zweckgebundener Reserven wird ermöglicht, wenn Kredite wegen projektbedingter Verzögerungen zunächst nicht oder nicht vollständig beansprucht werden. Solche Reserven dürfen nur für Vorhaben verwendet werden, die zur Reservenbildung Anlass gegeben haben.

FLAG-Verwaltungseinheiten können allgemeine Reserven bilden, wenn sie unter Einhaltung der Leistungsziele durch die Erbringung zusätzlicher, nicht budgetierter Leistungen einen Nettomehrertrag erzielen oder den budgetierten Aufwand unterschreiten.

Die Reservenbildung und -verwendung erfolgt mit Buchungen innerhalb des Eigenkapitals.

Risikotragendes Kapital und Kernkapital (SERV)
Das risikotragende Kapital dient zur Deckung der versicherungstechnischen Risiken der Schweiz. Exportrisikoversicherung. Das Kernkapital dient als Risikopuffer für eine mögliche Verschlechterung der Portfolioqualität der SERV und soll die Geschäftsausweitung ermöglichen.

Neubewertungsreserve
Ist ein Vermögenswert zu Marktwerten bewertet, wird die Vermögensposition periodisch auf deren Wert überprüft. Allfällige Wertdifferenzen werden über die Neubewertungsreserve verbucht (Erhöhung oder Verringerung).

Sinkt der Wert, wird zuerst eine allfällig vorhandene Neubewertungsreserve verringert. Ist diese vollständig aufgelöst, erfolgt die erfolgswirksame Verbuchung.

Vorsorgeverpflichtungen und andere langfristig fällige Leistungen für Arbeitnehmende
Der Begriff «Vorsorgeverpflichtungen und andere langfristig fällige Leistungen für Arbeitnehmende» umfasst Renten, Austrittsleistungen sowie anwartschaftlich erworbene Treueprämien. Die Bewertung erfolgt nach dem Grundsatz von IPSAS 25. Im Unterschied zur statischen Bilanzierung der Vorsorgeverpflichtungen nach schweizerischem Vorsorgerecht werden bei der wirtschaftlichen Betrachtungsweise nach IPSAS 25 die erworbenen Vorsorgeleistungsansprüche unter Berücksichtigung zukünftiger Lohn- und Rentenentwicklungen ermittelt.

Für die Bewertung werden versicherungstechnische Annahmen berücksichtigt, welche die demographische Entwicklung der Anspruchsberechtigten widerspiegeln wie die Sterblichkeit, die Invalidität, die Austrittswahrscheinlichkeit oder der technische Zinssatz.

In Abweichung zu IPSAS 25 erfolgt eine Offenlegung der buchungspflichtigen Auswirkungen der Verpflichtungen für Vorsorgeleistungen sowie für andere langfristig fällige Leistungen für Arbeitnehmende im Anhang der Jahresrechnung als Eventualverbindlichkeit.

Für aufgelaufene, aber noch nicht bezogene Ferienguthaben, Tagesguthaben aus Treueprämien, Ruhetage und andere Tagesguthaben sowie noch nicht bezogene Gleitzeit, Überzeit und andere Zeitguthaben werden Ende Jahr Rückstellungen gebildet.

3 Risikosituation und Risikomanagement

Die konsolidierten Einheiten des Bundes sind vielseitigen Risiken ausgesetzt. Die zunehmende Vernetzung und Komplexität des Umfeldes, die Forderung nach erhöhter Effizienz und Effektivität bei der Erbringung von Dienstleistungen, die Anforderungen an eine verantwortungsbewusste Verwaltungsführung, der vielfältige Aufgabenkatalog sowie finanzpolitische Restriktionen stellen die zentrale und dezentrale Bundesverwaltung vor zusätzliche Herausforderungen. Die Risikopolitik stellt die Grundlage für das Risikomanagement dar. Sie legt den systematischen und konsequenten Umgang mit den Risiken fest und beschreibt die Instrumente und Massnahmen zur Erfassung, Bewertung, Bewältigung und Überwachung der Risikopotenziale. Im Vordergrund stehen dabei die finanziellen Auswirkungen der Risiken.

Risikosituation

Die Risiken der einzelnen Einheiten sind unmittelbar oder mittelbar mit den ihnen durch Verfassung und Gesetze übertragenen Aufgaben und Tätigkeiten verbunden. Dadurch kann einerseits Schaden an eigenen Vermögenswerten entstehen. Wie in der Privatwirtschaft spielen dabei Liquiditäts- oder einzelne Marktrisiken eine bedeutende Rolle. Anderseits können auch Risiken aus Haftungsverhältnissen gegenüber Dritten durch die Erfüllung öffentlich-rechtlicher Aufgaben erwachsen.

Die zentrale und dezentrale Bundesverwaltung haftet für Schäden, die Personen verursachen, welche unmittelbar mit öffentlich-rechtlichen Aufgaben betraut sind (z.B. Bundesangestellte). Darunter fallen auch Ersatzbegehren wegen Verletzung von Aufsichtspflichten. Als weitere Risiken können beispielsweise genannt werden: Schäden aus Elementarereignissen, Informatiksicherheit oder politische Risiken.

Umgang mit Risiken

Die Risiken werden nach Ursachen und Auswirkungen erfasst. Die Risikobewertung erfolgt nach den finanziellen Auswirkungen (potenzielle Schadenhöhe) sowie der Eintrittswahrscheinlichkeit. Die einzelnen konsolidierten Einheiten setzen die Risikopolitik selbstständig um. Die Hauptverantwortung für das Risikomanagement trägt der Bundesrat sowie die Geschäftsleitungen der ausgegliederten Einheiten.

Das Reporting – insbesondere des Stammhauses – wird jeweils auf Ende des Kalenderjahres erstellt. Dabei werden folgende Risikobereiche berücksichtigt:

- Finanzielle und wirtschaftliche Risiken
- Rechtliche Risiken
- Sach-, technische und Elementarrisiken
- Personenbezogene und organisatorische Risiken
- Technologische und naturwissenschaftliche Risiken
- Gesellschaftliche und politische Risiken.

Instrumente und Massnahmen des Risikomanagements

Zur Überwachung und Steuerung von Risiken werden Steuerungs- und Kontrollsysteme eingesetzt. Diese können sowohl organisatorischer (z.B. Vier-Augen-Prinzip), personeller (z.B. Weiterbildung) oder technischer (z.B. Brandschutz) Natur sein. Die Wirksamkeit der Steuerungs- und Kontrollsysteme wird ständig überprüft und laufend weiterentwickelt. Sie sind integrale Bestandteile der Geschäftsprozesse. Dazu gehört unter anderem ein auf Stufe Konsolidierungseinheit einheitlicher Planungs-, Budgetierungs- und Controllingprozess.

Erkannte Risiken werden erfasst und analysiert. Grosse Einzelrisiken werden individuell überwacht. Zur Verminderung der Risiken werden zudem rechtliche Anpassungen sowie vertragliche Vereinbarungen geprüft und umgesetzt.

Die einzelnen konsolidierten Einheiten treffen die notwendigen Massnahmen, um das Vermögen des Bundes zu schützen, die rechtmässige Verwendung der Mittel sicherzustellen, Fehler und Unregelmässigkeiten zu verhindern beziehungsweise aufzudecken sowie eine ordnungsgemässe Rechnungsführung und eine verlässliche Berichterstattung zu gewährleisten.

Der Bund (Stammhaus) tritt im Unterschied zu den übrigen konsolidierten Einheiten als «Eigenversicherer» auf. Mögliche Schadenfälle und Haftungsrisiken werden nur in Ausnahmefällen durch Drittversicherungen gedeckt.

Zur Unterstützung des Risikomanagements dient auch das Interne Kontrollsystems IKS. Im Gegensatz zum Risikomanagement befasst sich das IKS nur mit operativen und nicht mit strategischen Risiken, wobei die beiden Themen Schnittstellen aufweisen.

Offenlegung der Risiken

Die Offenlegung der Risiken in der finanziellen Berichterstattung erfolgt je nach ihrem Charakter unterschiedlich. Anhand der Eintretenswahrscheinlichkeit des Risikos können zwei Stufen unterschieden werden:

- Bereits eingetretene Risiken, die auf Ereignissen in der Vergangenheit basieren, und bei denen ein Mittelabfluss in den nachfolgenden Rechnungsperioden wahrscheinlich ist, werden in der Bilanz der konsolidierten Jahresrechnung als Verbindlichkeit oder Rückstellung berücksichtigt.

- Sachverhalte, für deren Eintritt ein erhebliches, quantifizierbares Risiko besteht, werden im Anhang der konsolidierten Jahresrechnung unter den Eventualverbindlichkeiten ausgewiesen.

Verwaltungsinterne Prozesse stellen sicher, dass die vorgenannten Tatbestände vollständig in der Jahresrechnung erfasst werden.

42 Erläuterungen zur konsolidierten Jahresrechnung

1 Fiskalertrag

Mio. CHF	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Differenz zu R2008 absolut	%
Fiskalertrag	**58 587**	**57 298**	**-1 289**	**-2,2**
Direkte Bundessteuer	17 513	17 877	364	2,1
Verrechnungssteuer	5 760	5 280	-480	-8,3
Stempelabgaben	2 975	2 806	-169	-5,7
Mehrwertsteuer	20 512	19 830	-682	-3,3
Übrige Verbrauchssteuern	7 807	7 570	-237	-3,0
Verschiedener Fiskalertrag	4 020	3 935	-85	-2,1

Direkte Bundessteuer

Die Einnahmen der direkten Bundessteuer belaufen sich auf insgesamt 17,9 Milliarden. Dies sind 364 Millionen oder 2,1 Prozent mehr als in der Rechnung 2008. Dabei haben sich die Steuern auf dem Einkommen der Haushalte und jene auf den Unternehmensgewinnen gegensätzlich entwickelt. Am Total der Einnahmen partizipieren die Kantone mit einem Anteil von 17 Prozent. Der Kantonsanteil berechnet sich vor Abzug der pauschalen Steueranrechnung.

Die *Steuern auf dem Reinertrag juristischer Personen* verfehlen das Rekordergebnis aus dem Vorjahr um 351 Millionen. Mit Einnahmen von 8,2 Milliarden erzielen die Unternehmensgewinnsteuern dennoch den zweithöchsten Wert in ihrer Geschichte und zeugen damit von der insgesamt guten Verfassung der Schweizer Wirtschaft im Jahr 2008.

Der Rückgang bei den Unternehmensgewinnsteuern wird durch die *Steuern auf dem Einkommen der natürlichen Personen* (9,9 Mrd.) mehr als kompensiert. Der starke Zuwachs von 780 Millionen ist teilweise auf den vermehrten ratenweisen Vorausbezug der direkten Bundessteuer in einigen Kantonen zurückzuführen. Gedämpft wurde das Einnahmenwachstum hingegen durch die Auswirkungen der Sofortmassnahmen im Bereich der Ehepaarbesteuerung, welche im Rechnungsjahr 2009 erstmal zum Tragen kommen. Die beiden beschriebenen Sonderfaktoren dürften sich in etwa aufwiegen.

Der Bundesanteil an der *pauschalen Steueranrechnung* für ausländische Quellensteuern wirkt sich ertragsmindernd aus. Er belief sich im Rechnungsjahr auf 157 Millionen.

Verrechnungssteuer

Der Ertrag der Verrechnungssteuer ergibt sich aus der Differenz zwischen den Steuereingängen und den Rückerstattungen. Er unterliegt seit Jahren starken Schwankungen. 2009 erreichten die Einnahmen aus der Verrechnungssteuer zum fünften Jahr in Folge ein hohes Niveau, obschon sie gegenüber dem Vorjahr stark rückläufig waren.

Im Vergleich zu 2008 nahmen die Eingänge deutlich ab, namentlich wegen der Unterbrechung der umfangreichen Aktienrückkaufprogramme, während die Rückerstattungen einen geringeren Rückgang aufwiesen. Die Verringerung dieses Steuerertrags erklärt sich vermutlich zu einem grossen Teil durch die zeitliche Verzögerung, mit der die Rückerstattungsgesuche eingereicht werden können. Im vorliegenden Fall betrafen die Gesuche noch einen Teil der sehr hohen Eingänge des Jahres 2008. Für *mit Sicherheit erwartete oder bereits eingetroffene*, aber noch nicht berücksichtigte Rückerstattungen bestehen zeitliche Abgrenzungen in Höhe von insgesamt 2,1 Milliarden. Diese konnten im Vergleich zum Vorjahr um 102 Millionen reduziert werden.

Die Rückerstattungen in Prozent der Eingänge betragen bei den eingereichten Rückerstattungsgesuchen 81,5 gegenüber 78,5 Prozent im Jahre 2008. Deswegen und gestützt auf eine Schätzung der Anzahl Rückerstattungsgesuche, die sich auf die Eingänge 2009 beziehen und die *mutmasslich noch eingereicht* werden dürften, wurde die zu diesem Zweck gebildete Rückstellung um 900 Millionen auf 8,9 Milliarden verkleinert.

Stempelabgaben

2009 ging der Ertrag aus den Stempelabgaben spürbar zurück. Die Stempelabgaben sind stark von der weltweiten Entwicklung der Börsen abhängig, denn über die Hälfte des Ertrags aus den Stempelabgaben entfällt auf die *Umsatzabgabe* (1472 Mio.), die vorwiegend auf dem Wertschriftenhandel an der Börse erhoben wird. Seit dem Frühjahr 2009 kam der Kurseinbruch an den internationalen Börsen zum Erliegen, um einer allmählichen Erholung Platz zu machen. Doch die ungewissen Aussichten an den Börsen führten im Rechnungsjahr 2009 zu einer Abnahme des Gesamtvolumens der abgabepflichtigen Geschäfte. Der Ertrag aus der Umsatzabgabe fiel demzufolge gegenüber dem Vorjahr um 255 Millionen geringer aus; davon sind 233 Millionen auf das rückläufige Geschäft mit ausländischen Wertpapieren zurückzuführen.

Der *Ertrag aus den Emissionen* (672 Mio.) nahm hingegen, insbesondere wegen dem hohen Refinanzierungsbedarf zahlreicher

Unternehmen, deutlich zu (+88 Mio.), so dass der Ertragsausfall bei der Umsatzabgabe teilweise ausgeglichen wurde. Die Einnahmen aus dem *Prämienquittungsstempel* bewegen sich mit 662 Millionen auf dem Vorjahresniveau.

Mehrwertsteuer

Die Mehrwertsteuereinnahmen liegen mit 19,8 Milliarden um 682 Millionen oder 3,3 Prozent tiefer als in der Vorjahresrechnung. Ein Teil der Veränderung ist auf einen Sondereffekt zurückzuführen: Der Bundesanteil an den Zinsen und Bussen aus der Mehrwertsteuer wurde erstmals in den Kontengruppen Finanzertrag bzw. übriger Ertrag verbucht. Ohne diesen Sonderfaktor (59 Mio.) beträgt der Rückgang gegenüber dem Vorjahr noch 3,0 Prozent. Die Einnahmen sind somit stärker eingebrochen als das nominale Bruttoinlandprodukt im Jahr 2009 (-1,2 %). Diese Diskrepanz ist im Wesentlichen auf den überaus deutlichen Rückgang bei der Einfuhrsteuer zurückzuführen sowie den Umstand, dass sich der damit verbundene dämpfende Effekt auf den Vorsteuerabzug erst um Monate verzögert einstellt.

Vom Total der Mehrwertsteuereinnahmen sind insgesamt 3765 Millionen *zweckgebunden* für die Krankenversicherung (849 Mio.), das MWST-Prozent für die AHV (2167 Mio.), den Bundesanteil am AHV-Prozent (444 Mio.) und den Fonds für Eisenbahngrossprojekte (305 Mio.).

Die Einnahmen werden nach dem Forderungsprinzip ausgewiesen. Dies bedeutet, dass die bereits ausgestellten Rechnungen dem Rechnungsjahr als Einnahmen angerechnet werden. Erfahrungsgemäss wird nicht der gesamte Bestand der offenen Debitoren vereinnahmt. Aus diesem Grund ergeben sich auch *Debitorenverluste*, welche als Aufwandsposition separat ausgewiesen werden. Im Rechnungsjahr beliefen sie sich auf 174 Millionen.

Übrige Verbrauchssteuern

Die Einnahmen aus den übrigen Verbrauchssteuern verzeichneten gegenüber dem Vorjahr einen Rückgang. Diese Entwicklung ist in erster Linie auf die vorübergehenden Auswirkungen der Entsteuerung der Zigaretten-Lagerbestände (Tabaksteuer) und in zweiter Linie auf die wirtschaftliche Rezession (Mineralölsteuer) zurückzuführen. Nachfolgende Positionen haben zum Ertrag der übrigen Verbrauchssteuern beigetragen.

Die *Mineralölsteuer und der Mineralsteuerzuschlag auf Treibstoffen* (5159 Mio.) brachten etwas weniger ein als 2008 (-41 Mio.). Der Hauptgrund dafür liegt in der geschrumpften Wirtschaftstätigkeit, welche auch der Grund für die Abnahme des Treibstoffabsatzes war. Die Einnahmen aus der *Mineralölsteuer auf Brennstoffen* (24 Mio.) erreichten in etwa das Niveau des Vorjahres.

Der Ertrag aus der *Tabaksteuer* (1987 Mio.) war deutlich rückläufig. Das Minus von 199 Millionen ist mit den vorübergehenden Auswirkungen einer per 1.1.2010 geltenden Gesetzesänderung bei der Tabakbesteuerung zu erklären. Ab diesem Datum wurde die Schaffung von Lagern für die Lagerung von Tabakfabrikaten unter Steueraussetzung zugelassen. Die daraus resultierende Entsteuerung der Lagerbestände der Hersteller per 31. Dezember 2009 löste Steuerrückerstattungen in Höhe von rund 340 Millionen aus. Ohne Berücksichtigung der Rückerstattungen liegen die Steuereinnahmen allerdings trotz Verkaufsrückgang bei den Zigaretten über dem Vorjahresniveau. Die Mehreinnahmen sind grösstenteils auf die Anhebung des Steuersatzes per 1.12.2008 (mit finanzieller Auswirkung per 1.3.2009) und auf eine von der Tabakindustrie beschlossene etappenweise Preiserhöhung um 10 Rappen pro Päckli zurückzuführen.

Der Ertrag der *Alkoholsteuer* (291 Mio.) und der *Biersteuer* (110 Mio.) bewegen sich im Rahmen des Vorjahres.

Verschiedener Fiskalertrag

Der verschiedene Fiskalertrag verfehlte insgesamt das Vorjahresniveau nur knapp. Er war von gegenläufigen Entwicklungen geprägt. Namentlich der Ertrag der Automobilsteuer und der Spielbankenabgabe haben spürbar abgenommen, während die Einfuhrzölle weiter stiegen. Der verschiedene Fiskalertrag enthält die nachstehenden Erträge.

Der Rückgang der *Verkehrsabgaben* (-23 Mio.) ist einzig auf die Automobilsteuer zurückzuführen (-51 Mio.), welche die Auswirkungen der Rezession voll zu spüren bekam. Die Einnahmen betrugen 2009 noch 312 Millionen. Die Anzahl der importierten Personenwagen sank unter die Grenze von 280 000 Fahrzeugen und fiel damit auf das tiefste Niveau seit 1997. Wertmässig verlor die Einfuhr von Personenwagen 13,5 Prozent. Der Ertrag der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe LSVA (1452 Mio.) dagegen nahm geringfügig zu (+10 Mio.). Grund für diese Mehreinnahmen war die Abklassierung der EURO 3 Fahrzeuge per 1.1.2009; dadurch konnte der Einnahmenausfall kompensiert werden, der aus der schlechten Wirtschaftslage, der Erneuerung des Fahrzeugparks und der Rücknahme der Tariferhöhung im November 2009 resultierte. Auch der Ertrag der Nationalstrassenabgabe (351 Mio.) verzeichnet ein kleines Plus von 18 Millionen, vor allem durch den Verkauf von Vignetten an europäische Touristen.

Obwohl in Zeiten der Rezession das Gegenteil erwartet würde, verzeichneten die *Einfuhrzölle* eine leichte Zunahme (+16 Mio.). Die Einnahmen im Industriebereich waren zwar leicht rückläufig, wurden durch Mehreinnahmen im Agrarbereich jedoch mehr als kompensiert. Insgesamt waren Einnahmen in Höhe von 1033 Millionen zu verzeichnen.

Die *Spielbankenabgabe* (415 Mio.) wird auf dem Bruttospielertrag der Spielbanken erhoben (Abgabesatz 40-80 %). Die Erträge werden als zweckgebundene Einnahmen zu Gunsten des Ausgleichsfonds der AHV verbucht. Gegenüber dem Vorjahresniveau fielen die Einnahmen tiefer aus (-40 Mio.). Der Rückgang des Bruttospielertrages und folglich der Steuereinnahmen ist zur Hauptsache auf die derzeitige Wirtschaftslage und das Rauchverbot in den öffentlichen Einrichtungen mehrerer Kantone zurückzuführen. In den Kantonen Tessin und Basel übte zusätzlich auch die verstärkte Konkurrenz ausländischer Casinos ihren Einfluss aus.

Die Erträge der *Lenkungsabgaben* verringerten sich gegenüber dem Vorjahr um 40 Millionen. Vom Total der Einnahmen von 368 Millionen entfielen 217 Millionen auf die CO_2-Abgabe auf Brennstoffen, 124 Millionen auf die Abgabe auf flüchtige organische Verbindungen VOC und 27 Millionen auf die Altlastenabgabe.

2 Dienstleistungsertrag

Mio. CHF	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Differenz zu R2008 absolut	%
Dienstleistungsertrag	**2 204**	**2 141**	**-63**	**-2,9**
Wehrpflichtersatz	140	148	8	5,7
Gebühren für Amtshandlungen	366	324	-42	-11,5
Benützungsgebühren, Dienstleistungen	162	152	-10	-6,2
Verkäufe	250	210	-40	-16,0
Rückerstattungen	234	193	-41	-17,5
EU Zinsbesteuerung	147	166	19	12,9
Versicherungsertrag (SERV)	90	70	-20	-22,2
Zweit- und Drittmittel (ETH-Bereich)	370	357	-13	-3,5
Übriger Dienstleistungsertrag	445	521	76	17,1

Im Vergleich zum Vorjahr hat der Dienstleistungsertrag leicht abgenommen. Innerhalb der einzelnen Positionen sind unterschiedliche Tendenzen feststellbar.

Die *Wehrpflichtersatzabgabe* basiert auf dem Reineinkommen der Ersatzpflichtigen für das Jahr 2008. Die Eidg. Steuerverwaltung hat bei der Beschaffung der notwendigen Steuerdaten für die kantonalen Veranlagungs- und Bezugsbehörden gezielter Einfluss genommen. Durch diesen Effekt konnte im Vergleich zum Vorjahr ein Mehrertrag erzielt werden.

Der Rückgang bei den *Gebühren* begründet sich in einer darstellungsmässigen Umgliederung der Aufsichtsabgabe der Finanzmarktaufsichtsbehörde FINMA von 82 Millionen zum *übrigen Dienstleistungsertrag* im Abschluss 2009. Ohne diese Umklassierung hätten die Gebühren um 40 Millionen zugenommen.

Die Erträge aus *Verkäufen* sinken im Vergleich zum Vorjahr einerseits aufgrund von Mindererträgen bei der Verteidigung. Die Mindererträge entstanden durch tiefere Treibstoffpreise sowie durch geringere Verkäufe von nicht mehr benötigtem Armeematerial. Andererseits hat der Verkauf von Ethanol um 5 Millionen auf 51 Millionen abgenommen.

Der Ertrag aus *Rückerstattungen* ist im Vergleich zum Vorjahr rückläufig. Die armasuisse Beschaffung verzeichnet Mindererträge (31 Mio.) aus Rückerstattungen von Geschäften mit der Amerikanischen Regierung. Die Auszahlungen dieser Rückerstattungen können auf Jahre zurück erfolgen. Sie schwanken stark und sind daher schwer planbar.

Die *EU-Zinsbesteuerung* wird auf den Zinserträgen der natürlichen Personen mit Wohnsitz in einem EU-Mitgliedstaat erhoben. Diese im Rahmen der Bilateralen II getroffene Massnahme trat am 1.7.2005 in Kraft. Der Steuerabzug erfolgt auf Grund der bis Ende Juni hinterlegten Zinsmeldungen und beruht auf den Vorjahreseinnahmen in Form von Zinsen. Die in der Rechnung 2009 verbuchten Einnahmen betreffen demnach das Steuerjahr 2008. Sie verzeichneten eine substanzielle Zunahme. Der Grund für diese Entwicklung liegt in der Anhebung des Steuersatzes von 15 auf 20 Prozent per 1.7.2008. Der Ertrag wird zu 75 Prozent an die Empfängerstaaten der EU ausbezahlt; der Restsaldo (25 %) fällt zur Deckung der Erhebungskosten an die Schweiz. Die Kantone sind zu zehn Prozent am Schweizer Anteil beteiligt.

Der *Versicherungsertrag (SERV)* enthält die Positionen «Verdiente Prämien» von 48 Millionen und «Zinserträge aus Umschuldungsabkommen» von 22 Millionen. Gesamthaft hat der Versicherungsertrag um 20 Millionen abgenommen. Das Ergebnis ist auf den Rückgang der Erlöse aus Prämien infolge des schwierigen wirtschaftlichen Umfeldes zurückzuführen. Zudem sind die Zinserträge aus Umschuldungsabkommen gesunken, was auf Grund des gegenüber dem Vorjahr um 91 Millionen tieferen Bestandes an Guthaben aus Umschuldungsabkommen zu erwarten war.

Die Erträge aus *Zweit- und Drittmittel (ETH-Bereich)* stammen aus zugeflossenen Mitteln, welche in der Regel zur Finanzierung von Vorhaben der angewandten Forschung eingesetzt werden und somit zweckgebunden sind. Eine massive Abnahme bei den Schenkungen und Legaten hat insgesamt zum Ertragsrückgang beigetragen.

3 Übriger Ertrag

Mio. CHF	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Differenz zu R2008 absolut	%
Übriger Ertrag	**1 358**	**2 565**	**1 207**	**88,9**
Liegenschaftenertrag	131	84	-47	-35,9
Gewinne aus Veräusserungen	20	41	21	105,0
Aktivierung Eigenleistungen	41	55	14	34,1
Übriger verschiedener Ertrag	114	1 242	1 128	989,5
Ablieferung SNB	833	833	–	–
Übrige Erträge aus Regalien und Konzessionen	215	271	56	26,0
Entnahmen aus zweckgebundenen Fonds im FK	4	39	35	875,0

Der *Übrige Ertrag* hat im Berichtsjahr um 1207 Millionen auf 2565 Millionen zugenommen.

Der Zuwachs im *Übrigen verschiedenen Ertrag* ist in erster Linie das Ergebnis der Aktivierung von Kantonsanteilen der in Betrieb genommenen Nationalstrassen (1024 Mio.) sowie von Nachaktivierungen bei den übrigen Sachanlagen. Ins Gewicht fällt beim zweiten Punkt die Übernahme von Kabelanlagen für die Übermittlung durch den Bund als Folge der Entflechtung VBS - Swisscom in Höhe von 99 Millionen. Unter dem übrigen verschiedenen Ertrag werden weiter Einnahmen aus Bussen (u.a. MWST), der Ertrag aus weiterverrechneten Informatikdienstleistungen und Verkaufsgebühren der Swissmedic ausgewiesen.

Bei der *Gewinnablieferung der SNB* handelt es sich um den Anteil des Bundes am laufenden Gewinn der Nationalbank aus dem Geschäftsjahr 2008; dieser Anteil liegt gemäss der im März 2008 abgeschlossenen Vereinbarung unverändert bei 833 Millionen.

Die *Übrigen Erträge aus Regalien und Konzessionen* setzen sich vor allem aus Kontingentsversteigerungen (182 Mio.) und der Zunahme des Münzumlaufs in Folge Mehrbedarf (53 Mio.) zusammen. Deutliche Mehreinnahmen sind bei der Versteigerung der landwirtschaftlichen Kontingente zu verzeichnen (+34 Mio.). Der Grund liegt in der Freigabe zusätzlicher Fleischkontingente, den grösseren im November und Dezember freigegebenen Kontingenten sowie in einer Steigerung der Zuschlagspreise.

4 Personalaufwand

Mio. CHF	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Differenz zu R2008 absolut	%
Personalaufwand	**7 163**	**6 766**	**-397**	**-5,5**
Personalbezüge	5 205	5 565	360	6,9
Arbeitgeberbeiträge (Sozialversicherungen)	1 795	1 045	-750	-41,8
Arbeitgeberleistungen	73	49	-24	-32,9
Temporäres Personal	19	23	4	21,1
Veränderungen Rückstellungen	-21	-7	14	-66,7
Übriger Personalaufwand	92	91	-1	-1,1

Im Vergleich zur Rechnung 2008 nahm der Personalaufwand insgesamt um 397 Millionen (-5,5 %) ab. Im Vorjahr war jedoch unter der Position Arbeitgeberbeiträge (Sozialversicherungen) ein Betrag von 954 Millionen (Einmaleinlage in die PUBLICA) verbucht worden. Ohne diesen Sondereffekt stiegen die Arbeitgeberbeiträge um 204 Millionen (24,3 %) und der Personalaufwand insgesamt um 557 Millionen (+9,0 %) an. Die folgenden Faktoren begründen zur Hauptsache den Mehraufwand.

Die *Anzahl der Mitarbeitenden* in Vollzeitstellen (FTE) hat insgesamt um 2284 auf 48 833 zugenommen. Das entspricht einer Zunahme von 4,9 Prozent. Am meisten neue Stellen wurden bei den zwei grössten Arbeitgebern im Konsolidierungskreis - Stammhaus und ETH-Bereich - geschaffen:

- Im Stammhaus (+658 Stellen; +2,0 %) geschah die Mehrzahl der Aufstockungen in den folgenden Bereichen: Verstärkung im konsularischen Ausssennetz beim EDA (+65 FTE), Umsetzung der Abkommen Schengen/Dublin und Asylbereich beim BFM (+80 FTE), Eurostat im BFS (+33 FTE), Aufgabenintensivierung beim BIT (+162 FTE), neue Aufgaben bei der ZAS (+36 FTE), temporärer Überbestand bei der EZV aufgrund ungünstiger Altersstruktur (+74 FTE), neue Freihandelsabkommen sowie Konjunkturprogramme beim Seco (+15 FTE), Übernahme der Nationalstrassen NFA durch das Astra (+45 FTE), Strommarktliberalisierung beim BFE/Elcom (+28 FTE).

- Im ETH-Bereich (+1105 Stellen; +8,3 %) nahm unter anderem die Zahl der Professuren (+37 FTE) und der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (+771 FTE) zu. Die grössere Zahl von Forschungsvorhaben führte zu Neuanstellungen von wissenschaftlichem Personal. Mit den zusätzlichen Professuren sollen die Betreuungsverhältnisse der beiden ETH optimiert werden. Die Anzahl Studierende pro Professur betrug 2008-2009 rund 36:1 (2002-2007: 33:1). Die zusätzlichen Stellen wurden zu 43 Prozent über den Finanzierungsbeitrag des Stammhauses finanziert; der Rest über Zweit- und Drittmittel. Im Jahr 2009 wurden insgesamt 29 Prozent des Personalbestandes über Zweit- und Drittmittel finanziert (2008: 27 %).

Lohnmassnahmen 2009:

- Im Stammhaus Bund führten die Lohnmassnahmen zu einer Erhöhung der Lohnsumme um 2,7 Prozent. Nebst dem Teuerungsausgleich von 1,1 Prozent wurde allen Mitarbeitenden des Stammhauses Bund eine nach Lohnklassen abgestufte Reallohnerhöhung gewährt. Die Lohnklassen 1-23 erhielten eine Reallohnerhöhung von 1,1 Prozent, das mittlere Kader (Lohnklassen 24-29) 2,5 Prozent und das obere Kader (Lohnklasse 30-38) 5,0 Prozent.

- Im ETH-Bereich wurde per 1.1.2009 die Jahresteuerung von 1,1 Prozent ausgeglichen sowie eine reale Lohnerhöhung in gleicher Höhe gewährt. Zur Steuerung des Lohnsystems wurden zudem 1,2 Prozent der Lohnsumme für leistungsabhängige Lohnmassnahmen eingesetzt.

- Die anderen Konsolidierungseinheiten haben per 1.1.2009 unterschiedliche Lohnmassnahmen umgesetzt.

Halbjahreseffekt 2008: Dem Bundespersonal wurden per 1.7.2008 Lohnmassnahmen gewährt, die sich in der Rechnung 2008 nur hälftig ausgewirkt haben, in der Rechnung 2009 jedoch für ein ganzes Jahr. Dies gilt auch für die Mehrkosten, die sich aus der Totalrevision des PUBLICA-Gesetzes ergeben haben. Von der Zunahme des Personalaufwands gehen 90 Millionen auf diesen Effekt zurück.

Mit dem 2009 in Kraft gesetzten *Familienzulagengesetz* (FamZG; SR 836.2) wurden schweizweite Mindestsätze für die Kinder- und die Ausbildungszulage festgelegt. Beim Stammhaus und im ETH-Bereich führte dies zu folgenden Anpassungen: Im Stammhaus werden die Zulagen von rund 73 Millionen neu unter den Arbeitgeberbeiträgen verbucht anstatt wie bisher bei den Personalbezügen. Beim ETH-Bereich wirkten sich die Mindestsätze kostentreibend bei den Arbeitgeberbeiträgen aus (rund +11 Mio.).

5 Sachaufwand

Mio. CHF	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Differenz zu R2008 absolut	%
Sachaufwand	**5 786**	**6 021**	**235**	**4,1**
Material- und Warenaufwand	414	413	-1	-0,2
Betriebsaufwand	3 631	3 918	287	7,9
Betrieb und Unterhalt Nationalstrassen	318	366	48	15,1
Rüstungsaufwand	1 212	1 095	-117	-9,7
Einlagen in zweckgebundene Fonds im FK	211	229	18	8,5

Der Sachaufwand steigt gegenüber dem Vorjahr um 235 Millionen beziehungsweise 4,1 Prozent an. Knapp 110 Millionen dieses Zuwachses sind auf drei Sondereffekte zurückzuführen: Erstens schlägt der im Zusammenhang mit der Pandemie beschaffte Impfstoff im Rechnungsjahr mit 44 Millionen zu Buche. Zweitens führt im Nationalstrassenbereich die genauere Ausscheidung zwischen Investitionen und nicht aktivierbarem Aufwand zu einem Zuwachs des Aufwands von ebenfalls 44 Millionen. Drittens wurden schliesslich zur Stützung des Baugewerbes die Mittel im Liegenschaftsbereich um 20 Millionen aufgestockt (1. Stufe Konjunkturstabilisierungsprogramm). Ohne diese Sondereffekte beträgt die Wachstumsrate im Vorjahresvergleich 2,2 Prozent. Im Einzelnen entwickeln sich dabei die Komponenten des Sachaufwands wie folgt:

Der *Material- und Warenaufwand* bleibt gegenüber dem Vorjahr unverändert: Der starke Rückgang der Mittel für die Materialbeschaffung in der Verteidigung aufgrund der markant tieferen Preise für Brenn- und Treibstoffe (-46 Mio.) wird kompensiert durch die höhere Zahl von Lehr- und Forschungsprojekten des ETH-Bereichs (+25 Mio.), durch die deutlich höheren Prägeprogramme für Umlaufmünzen bei der Swissmint (+11 Mio.) sowie verschiedener kleinere Positionen (+10 Mio.).

Der Zuwachs des *Betriebsaufwands* ist im Wesentlichen auf folgende Faktoren zurückzuführen:

- Bei den Liegenschaften (+108 Mio.) ist insbesondere der Mehraufwand für die Instandsetzung von Liegenschaften im militärischen und zivilen Bereich für den Anstieg verantwortlich, wobei auch die eingangs erwähnten Massnahmen zur Konjunkturstabilisierung zum Zuwachs beitrugen.

- In der Informatik (+54 Mio.) begründen vor allem höhere Aufwendungen beim BIT für Betrieb und Wartung sowie Mehrbedarf im Verteidigungsbereich, u.a. für Ersatzbeschaffungen und die Migration von Einsatzsystemen, den Zuwachs.

- Höhere Debitorenverluste bei der Steuer- und der Zollverwaltung (insbesondere bei Verrechnungssteuer, Mehrwertsteuer, LSVA und Stempel) erklären die Zunahme bei den Abschreibungen auf Forderungen (+35 Mio.).

- Ohne die eingangs erwähnten Mittel für die Pandemiebekämpfung beträgt der Zuwachs beim übrigen Betriebsaufwand 70 Millionen. Gut 20 Millionen sind auf höheren Bedarf der Armee bei Betrieb und Infrastruktur zurückzuführen, weitere rund 20 Millionen erklären sich durch Verschiebungen vom Transferaufwand zu den externen Dienstleistungen bei der Zivilen Konfliktbearbeitung sowie dem Aufwand für Weltausstellungen und für Präsenz Schweiz. Der verbleibende Zuwachs teilt sich auf kleinere Posten auf; finanziert werden beispielsweise zusätzliche Datenerhebungen im BAFU in Zusammenhang mit dem Beitritt zur Europäischen Umweltagentur oder Vollzugsmassnahmen in der Gesundheit.

- Leicht rückläufig entwickelt sich demgegenüber der Beratungsaufwand (-11 Mio.), während die übrigen Posten im Vorjahresvergleich praktisch stabil bleiben.

Der Anstieg beim *Betrieb und Unterhalt Nationalstrassen* (+48 Mio.) ist im Wesentlichen auf die eingangs erwähnte Verschiebung von aktivierbaren Investitionen zu nicht aktivierbarem Aufwand zurückzuführen.

Der *Rüstungsaufwand* setzt sich aus dem Rüstungsmaterial (683 Mio.), dem Ausrüstungs- und Erneuerungsbedarf (292 Mio.) und dem Projektierungs-, Erprobungs- und Beschaffungsaufwand (120 Mio.) zusammen.

Die *Einlagen in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital* resultieren insbesondere aus den Einnahmen der CO_2-Abgabe auf Brennstoffen (217 Mio.) und der Verzinsung der Fondsmittel (5 Mio.). Daneben wurden Einlagen für den Altlastenfonds (4 Mio.) und den Fonds für die Medienforschung, Rundfunktechnologie und Programmarchivierung (2 Mio.) getätigt.

6 Transferaufwand

Mio. CHF	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Differenz zu R2008 absolut	%
Transferaufwand	**38 932**	**40 066**	**1 134**	**2,9**
Anteile Dritter an Bundeserträgen	7 414	7 116	-298	-4,0
Entschädigungen an Gemeinwesen	785	778	-7	-0,9
Beiträge an eigene Institutionen	1 238	1 250	12	1,0
Beiträge an Dritte	12 946	13 514	568	4,4
Beiträge an Sozialversicherungen	13 582	14 280	698	5,1
Wertberichtigungen im Transferaufwand	2 967	3 128	161	5,4

Beim Transferaufwand ist der Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 1,1 Milliarden bzw. 2,9 Prozent im Wesentlichen auf zwei Faktoren zurückzuführen: Bei den *Sozialversicherungen* (+698 Mio.) sind insbesondere bei den Beiträgen an die AHV, die Ergänzungsleistungen und an die AlV Mehraufwendungen zu verzeichnen. Bei den *Beiträgen an Dritte* (+568 Mio.) schlagen sich unter anderem die Massnahmen zur Konjunkturstabilisierung in den Bereichen Wirtschaft (Regionalpolitik, Förderung erneuerbarer Energien und Gebäudesanierung) sowie Umweltschutz (Naturschutz, Forstwirtschaft) mit insgesamt rund 350 Millionen nieder. In der Landwirtschaft kommen die vom Parlament beschlossene Mittelaufstockung bei den landwirtschaftlichen Zahlungsrahmen sowie nachschüssige Zahlungen in Zusammenhang mit dem Systemwechsel zu Direktzahlungen in der Marktstützung bei Pflanzenbau und Milchwirtschaft hinzu (insgesamt +90 Mio.).

Rückläufig entwickelten sich die *Anteile Dritter* (-298 Mio.) an der Verrechnungssteuer und – etwas weniger ausgeprägt – an der direkten Bundessteuer. Die Kantonsanteile an der direkten Bundessteuer fielen dabei trotz einem Einnahmenzuwachs von 2,1 Prozent tiefer aus als im Vorjahr.

Anteile Dritter an Bundeserträgen

Diese Kontengruppe umfasst zweckgebundene Anteile an Einnahmen, welche an die Kantone, an die Sozialversicherungen oder – im Falle der Lenkungsabgabe VOC – via Krankenkassenprämien an die Bevölkerung erstattet werden. Im Vergleich zum Vorjahr verringerte sich der Aufwand um 4,0 Prozent.

Kantonsanteile; minus 277 auf 4388 Millionen:
Für die tieferen Ausgaben sind in erster Linie die Kantonsanteile an der Verrechnungssteuer verantwortlich. Diese verzeichneten einen Rückgang um 206 auf 431 Millionen, analog zum Einnahmenrückgang bei dieser Steuer. Mit der Einführung der NFA im Jahr 2008 wurde der Kantonsanteil an der direkten Bundessteuer von 30 auf 17 Prozent gesenkt. Allerdings wurden die Ablieferungen der Kantone in den Monaten Januar und Februar 2008 teilweise noch mit einem Kantonsanteil von 30 Prozent berücksichtigt. Im Rechnungsjahr 2009 wurden hingegen erstmals sämtliche Ablieferungen mit dem tieferen Prozentsatz abgerechnet. Dadurch liegt der Kantonsanteil bei der direkten Bundessteuer mit 3066 Millionen trotz einem Einnahmenzuwachs ebenfalls tiefer als im Vorjahr (-75 Mio.). Die Anteile an der Mineralölsteuer (472 Mio.) sowie der Nationalstrassenabgabe (381 Mio.) von jeweils 10 Prozent werden zu 98 Prozent in Form allgemeiner Strassenbeiträge an alle Kantone und die restlichen zwei Prozent an Kantone ohne Nationalstrassen verteilt.

Anteile der Sozialversicherungen; minus 23 auf 2596 Millionen:
Die Einnahmen aus der Spielbankenabgabe werden mit einer zweijährigen Verzögerung an den Ausgleichsfonds der AHV überwiesen. Die Ausgaben im Jahr 2009 in der Höhe von 449 Millionen entsprechen somit den Einnahmen im Jahr 2007. Der Zuwachs der Spielbankenabgabe (+42 Mio.) konnte die tieferen Einnahmen aus dem Mehrwertsteuerprozent für die AHV (-65 Mio.) nicht kompensieren. Diese nahmen gegenüber der Rechnung 2008 um 2,9 Prozent auf 2148 Millionen ab.

Rückverteilung Lenkungsabgaben; plus 2 auf 132 Millionen:
Die Lenkungsabgabe auf flüchtigen organischen Verbindungen (VOC) in der Höhe von 131 Millionen wird mit zweijähriger Verzögerung an die Bevölkerung rückverteilt. Die Ausgaben für die Rückverteilung der Lenkungsabgabe VOC entsprechen somit den Einnahmen aus dieser Lenkungsabgabe im Rechnungsjahr 2007 inklusive der aufgelaufenen Zinsen. Die Einnahmen aus der CO_2-Abgabe auf Brennstoffen werden erst ab 2010 an die Bevölkerung und die Wirtschaft zurückverteilt. Für ihren einmaligen Vorbereitungsaufwand im Hinblick auf die Rückverteilung an die Wirtschaft wurden die Ausgleichskassen im Rechnungsjahr 2009 mit einem Betrag von einer Million entschädigt.

Entschädigungen an Gemeinwesen

Die Entschädigungen an Gemeinwesen wurden an Kantone und Gemeinden abgegeben, welch eine Aufgabe des Bundes erfüllen (zB. Durchführung Volkszählung). Im Jahr 2009 wurden Entschädigungen in der Höhe von 778 Millionen geleistet.

Beiträge an eigene Institutionen

- Der vom Fonds für Eisenbahnprojekte an die SBB und die AlpTransit Gotthard AG für diverse Bahnprojekte ausbezahlte Betrag von 740 Millionen liegt um 18 Millionen unter dem Vorjahreswert.

- Die Ausgaben im Rahmen der mit der SBB abgeschlossenen Leistungsvereinbarung 2007-2010 beliefen sich für das Jahr 2009 auf total 1,63 Milliarden. Neben den hier aufgeführten Betriebsbeiträgen zur Gewährleistung des betrieblichen Unterhalts handelt es sich dabei um Investitionen im Um-

fang von 1,15 Milliarden. Somit beträgt der über die Erfolgsrechnung gebuchte Aufwand für den Betrieb Infrastruktur 480 Millionen.

- Für die Presseförderung mittels Verbilligung von Zeitungstransporten wurden der Schweizerischen Post wie im Vorjahr 30 Millionen überwiesen.

Beiträge an Dritte

Beiträge an Dritte werden in allen Aufgabenbereichen des Konsolidierungskreises gewährt. Beim Aufwand dieser Kontengruppe ist gegenüber dem Vorjahr eine Erhöhung von 568 Millionen oder 4,4 Prozent festzustellen. Mehraufwendungen sind bei jeder der drei Beitragskategorien zu verzeichnen:

- Finanzausgleich (+83 Mio. auf 2808 Mio.)
- Internationale Organisationen (+14 Mio. auf 1496 Mio.)
- Übrige Beiträge an Dritte (+471 Mio. auf 9210 Mio.)

Die grössten Empfänger bei den *übrigen Beiträgen an Dritte* sind:

- Allgemeine Direktzahlungen Landwirtschaft (+171 Mio. auf 2168 Mio.)
- Regionaler Personenverkehr (+17 Mio. auf 770 Mio.)
- Stiftung Schweizerischer Nationalfonds (+76 Mio. auf 667 Mio.)
- Ökologische Direktzahlungen Landwirtschaft (+26 Mio. auf 574 Mio.)
- Hochschulförderung, Grundbeiträge (+25 Mio. auf 549 Mio.)
- Pauschalbeiträge und Übergangsrecht; Berufsbildung (+52 Mio. auf 533 Mio.)
- Bestimmte Aktionen der Entwicklungszusammenarbeit (+9 Mio. auf 457 Mio.)
- Betriebsbeiträge Fachhochschulen (+5 Mio. auf 374 Mio.)
- Zulagen Milchwirtschaft (-51 Mio. auf 294 Mio.)

Beiträge an Sozialversicherungen

Die Beiträge an Sozialversicherungen beinhalten folgende Unterpositionen:

Sozialversicherungen des Bundes; plus 391 auf 10 915 Millionen:
Der Grossteil der Zunahme innerhalb dieser Position erklärt sich mit dem höheren Beitrag des Bundes an die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV; +364 Mio. auf 6998 Mio.). Da der Bundesbeitrag mit 19,55 Prozent der AHV-Ausgaben definiert ist, trägt der Bund das Ausgabenwachstum der AHV unmittelbar mit. Der Zuwachs von 5,5 Prozent ist zum einen auf die alle zwei Jahre stattfindende Anpassung der Renten an die Teuerung und Lohnentwicklung zurückzuführen (3,2 %-Punkte). Andererseits hat auch die Zunahme der Rentner und Rentnerinnen zum Ausgabenwachtum beigetragen (2,3 %-Punkte).

Die Leistungen des Bundes an die Invalidenversicherung (IV) im Umfang von 3533 Millionen waren im Vergleich zum Vorjahr rückläufig (-89 Mio.). Der Bundesanteil deckt 37,7 Prozent der gesamten Ausgaben der IV. Die Gründe für den Rückgang liegen im tieferen Rentenbestand in Folge der Massnahmen der 4. und 5. IV-Revision. Durch die Fokussierung auf die Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt konnte die Anzahl der Neurenten gesenkt werden. Der Rückgang der Ausgaben um 2,4 Prozent kam zustande, obwohl die Renten- und Hilflosenentschädigungen (rund 70 Prozent der IV-Ausgaben) im Jahr 2009 um 3,2 Prozent an die Lohn- und Preisentwicklung angepasst worden sind.

Zu den höheren Ausgaben für die Sozialversicherungen trägt im Weiteren der Anstieg der Leistungen des Bundes an die Arbeitslosenversicherung bei (+91 Mio. auf 385 Mio.). Da der Bundesbeitrag mit dem Entlastungsprogramm 2004 befristet bis 2008 von 0,15 auf 0,12 Prozent der beitragspflichtigen Lohnsumme gesenkt wurde, steigt der Beitrag aus diesem Grund und wegen des im Jahr 2009 über den Erwartungen liegenden Lohnwachstums überdurchschnittlich stark an (+30,7 %).

Übrige Sozialversicherungen; plus 307 auf 3365 Millionen:
Gut die Hälfte des Wachstums im Bereich der übrigen Sozialversicherungen geht auf die Beiträge des Bundes an die Ergänzungsleistungen (EL) zu den AHV- und IV-Renten zurück (+182 Mio. auf 1277 Mio.). Dieser Zuwachs ist jedoch verzerrt durch Nachzahlungen an die Kantone, welche mit 68 Millionen das Jahr 2008 betreffen. Sie resultieren aus den NFA-Übergangsbestimmungen für das Jahr 2008 (Festlegung des Bundesanteils 2008 auf Basis der Dezemberzahlen 2008). Unter Ausklammerung dieses Übergangseffekts sowie unter Berücksichtigung der im Jahr 2009 verbuchten Rückerstattungen einzelner Kantone für das Jahr 2008 resultiert ein bereinigtes Wachstum gegenüber dem Vorjahr von 5,6 Prozent. Dieses geht im Wesentlichen auf die Zunahme der EL-beziehenden Personen und den höheren durchschnittlichen EL-Betrag (v.a. Erhöhung des allgemeinen Lebensbedarfs) zurück.

Der Beitrag des Bundes an die individuelle Prämienverbilligung in der Höhe von 1816 Millionen verzeichnet gegenüber dem Vorjahr nur einen geringen Anstieg von 36 Millionen. Dies ist auf das unterdurchschnittliche Wachstum der Durchschnittsprämie in der obligatorischen Grundversicherung im Jahr 2009 (+2,6%) und in den Vorjahren zurückzuführen. Die Durchschnittsprämie bestimmt in wesentlichem Ausmass die angenommene Entwicklung der Bruttokosten in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung. Der Beitrag des Bundes beträgt 7,5 Prozent dieser geschätzten Kosten.

Wertberichtigungen im Transferaufwand

Gegenüber dem Vorjahr nahmen die Wertberichtigungen im Transferaufwand um 5,4 Prozent oder 161 Millionen zu.

- Die Wertberichtigungen im Zusammenhang mit dem FEG betragen 584 Millionen (-93 Mio. gegenüber dem Vorjahr). Sowohl bei der Achse Gotthard als auch bei der Achse Lötschberg wurde weniger ausgegeben. Insbesondere konnten bei letzterer noch nicht alle hängigen Rechtsverfahren abgeschlossen werden.

- Die Wertberichtigungen beim Infrastrukturfonds nehmen leicht zu (+15 Mio.) und betragen 519 Millionen. Davon betreffen 470 Millionen den Agglomerationsverkehr und 49 Millionen die Hauptstrassen in Berggebieten und Randregionen.

- Wertberichtigung im Zusammenhang mit der SBB abgeschlossenen Leistungsvereinbarung für getätigte Infrastrukturinvestitionen: Der Betrag hat leicht um 4 Millionen auf 902 Millionen zugenommen.

- Die weiteren Wertberichtigungen (wie Hochwasserschutz, Schutz Naturgefahren, Natur und Landschaft, Energie- und Abwärmenutzung) haben insgesamt um 235 Millionen zugenommen. Gesamthaft betragen sie 1123 Millionen.

7 Finanzertrag

Mio. CHF	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Differenz zu R2008 absolut	%
Finanzertrag	**888**	**1 566**	**678**	**76,4**
Zinsertrag	450	684	234	52,0
Beteiligungsertrag	1	–	-1	-100,0
Übriger Finanzertrag	437	882	445	101,8

Der Finanzertrag nimmt gegenüber dem Vorjahr um 678 Millionen zu (+76,4 %). Dahinter verbergen sich zwei gegenläufige Bewegungen: Einem infolge des sehr tiefen Zinsniveaus rückläufigen Zinsertrag stehen hohe Erträge aus den erfolgreich abgewickelten Finanztransaktionen im Zusammenhang mit der Pflichtwandelanleihe UBS gegenüber.

Die aus der Wandelung der PWA resultierenden 332 225 913 Aktien wurden bei institutionellen Investoren zu 16.50 Franken pro Aktie plaziert, was einen Erlös von 5482 Millionen einbrachte. Gleichzeitig wurde auf den Anspruch zukünftiger Couponzahlungen der PWA gegen eine Barabgeltung von 1784 Millionen verzichtet. Aus der gesamten Abwicklung resultiert ein Gewinn von 1219 Millionen. Davon sind 490 Millionen im Zinsertrag verbucht (Marchzinsen 535 Mio., Auflösung Zinsabgrenzung -45 Mio.) und 701 Millionen im übrigen Finanzertrag.

Der *Zinsertrag* auf Finanzanlagen und Darlehen ist im Vergleich zum Vorjahr generell durch Zinssätze nahe bei null Prozent stark zurückgegangen (Nettoeffekt: -256 Mio.). Dank dem positiven Ergebnis der PWA (siehe oben) resultiert gleichwohl eine Zunahme von 234 Millionen oder 52,0 Prozent.

Der *übrige Finanzertrag* ist ebenfall durch zwei gegenläufige Bewegungen geprägt. Einerseits ist der Ertrag von 701 Millionen aus der PWA hier verbucht. Diese Position enthält den Coupon Receivable (1249 Mio.) sowie die Differenz von -548 Millionen bestehend aus dem Anschaffungswert der PWA (-5928 Mio.) und dem Nettoverkaufserlös der Aktien (5380 Mio.). Andererseits gingen die Kursgewinne auf Fremdwährungen sowie die positiven Bewertungskorrekturen der Zinssatzswaps von 437 Millionen auf 181 Millionen zurück. Gesamthaft hat der übrige Finanzertrag um 445 Millionen oder 101,8 Prozent zugenommen.

8 Finanzaufwand

Mio. CHF	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Differenz zu R2008 absolut	%
Finanzaufwand	**4 225**	**3 469**	**-756**	**-17,9**
Zinsaufwand	3 290	2 997	-293	-8,9
Kapitalbeschaffungsaufwand	134	128	-6	-4,5
Wertberichtigung Finanzanlagen	400	175	-225	-56,3
Übriger Finanzaufwand	401	169	-232	-57,9

Der *Zinsaufwand* betrifft hauptsächlich die Anleihen und Geldmarktbuchforderungen. Bei den Anleihen wurde der Bestand 2009 erheblich abgebaut; dies führte zu einem Rückgang des Zinsaufwands gegenüber dem Vorjahr (-155 Mio.). Die Aufwandminderung infolge der Amortisation von Netto-Agios über sämtliche in den Vorjahren emittierten Anleihen liegt nur geringfügig (1 Mio.) unter dem Vorjahreswert. Dank hohen Tresoreriebeständen war der Finanzierungsbedarf bei den Geldmarktbuchforderungen deutlich tiefer als geplant (-156 Mio.). Zudem konnten die Mittel fast ausschliesslich zu pari aufgenommen werden.

Die *Wertberichtigungen Finanzanlagen* enthalten wertmindernde Korrekturen für Darlehen (173 Mio.) und Beteiligungen (30 Mio.). Dagegen konnte die im letzten Jahr vorgenommene Wertberichtigung auf der Pflichtwandelanleihe UBS von 28 Millionen wieder aufgelöst werden.

Im *übrigen Finanzaufwand* werden die Kursverluste auf Fremdwährungskonten (29 Mio.) verbucht. Diese entstehen durch Fremdwährungskäufe zum Beschaffungskurs, Zahlungsaus- und -eingänge zum Budgetkurs beziehungsweise bei Spezialgeschäften zum vereinbarten Fixkurs sowie der Bewertung per Monatsende zum Marktpreis. Der jeweilige Erfolg wird brutto verbucht. Die Kursverluste sind hauptsächlich auf den durchschnittlich tieferen USD-Wechselkurs zurückzuführen. Der starke Rückgang gegenüber dem Vorjahr (-60 Mio.) liegt in der tieferen Wechselkursvolatilität begründet. Ebenfalls unter dem übrigen Finanzaufwand aufgefürt sind die monatlichen Bewertungskorrekturen der Zinssatzswaps (140 Mio.), die als strategische Positionen gehalten und zu Marktpreisen bewertet werden. Die Zinssatzswaps werden nach dem Vorsichtsprinzip bewertet, das heisst bis maximal zum Anschaffungswert wird die monatliche Bewertungskorrektur in der Erfolgsrechnung nach dem Bruttoprinzip dargestellt. Werte über dem Anschaffungswert fliessen in die Bilanz. Die ebenfalls markante Abnahme der negativen Wertberichtigung der Swapposition (-172 Mio.) ist auf das konstant tiefe Zinsniveau am Geldmarkt zurückzuführen.

9 Flüssige Mittel

Mio. CHF	2008	2009	Differenz zu R2008 absolut	%
Flüssige Mittel	**2 686**	**3 190**	**504**	**18,8**
Kasse	3	7	4	133,3
Post	359	368	9	2,5
Bank	1 642	2 814	1 172	71,4
Kurzfristige Geldanlagen	682	1	-681	-99,9

Die Position *Bank* setzt sich aus Schweizerfranken- und Fremdwährungskonten zusammen. Der starke Anstieg begründet sich vor allem dadurch, dass per Jahresultimo nicht mehr alle Mittel am Markt platziert werden konnten und deshalb auf dem Girokonto bei der Schweizerischen Nationalbank blieben.

Die *kurzfristigen Geldanlagen* beinhalten Festgeldanlagen mit einer Gesamtlaufzeit von unter 90 Tagen. Der starke Rückgang ist darauf zurückzuführen, dass die Mittel in kurz- und langfristige Finanzanlagen investiert wurden.

10 Forderungen

Mio. CHF	2008	2009	Differenz zu R2008 absolut	%
Forderungen	**6 856**	**6 072**	**-784**	**-11,4**
Steuer- und Zollforderungen	4 874	4 098	-776	-15,9
Kontokorrente	775	944	169	21,8
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	335	244	-91	-27,2
Übrige Forderungen	872	786	-86	-9,9

Die *Steuer- und Zollforderungen* bestehen zu einem grossen Teil aus Mehrwertsteuerforderungen gegenüber Steuerpflichtigen in der Höhe von 2621 Millionen, wovon 1587 Millionen auf Mehrwertsteuereinnahmen aus Importen entfallen. Die Mehrwertsteuerforderungen haben sich gegenüber dem Vorjahr um 173 Millionen verringert, was auf die verminderte Wirtschaftsaktivität im 2009 zurückzuführen ist. Weiter enthalten die Steuer- und Zollforderungen folgende Positionen:

- Forderungen aus Zollabgaben im Umfang von 1091 Millionen: Sie beinhalten Forderungen aus der LSVA und aus der Mineralöl- und Tabaksteuer. Die Reduktion gegenüber dem Vorjahr im Umfang von 804 Millionen erklärt sich zum Einen durch den Rückgang der Forderungen bei der Tabaksteuer im Zuge der Lager-Entsteuerung bei den Tabak-Fabrikanten auf Ende 2009 (340 Mio.); zum Anderen widerspiegelt sie den Verlauf der konjunkturellen Entwicklung. Ausserdem enthielt der Debitorenbestand per Ende 2008 noch MWST-Forderungen im Umfang von rund 200 Millionen.

- Forderungen aus Verrechnungssteuer und Stempelabgaben in der Höhe von 803 Millionen: Die Erhöhung gegenüber dem Vorjahr in der Höhe von 217 Millionen ist im Wesentlichen auf den späteren Eingang der Abrechnungsformulare gegenüber dem Vorjahr zurückzuführen.

- Forderungen aus der Alkoholsteuer in der Höhe von 26 Millionen: Gegenüber dem Vorjahr verzeichnet diese Position einen Zuwachs von 4 Millionen.

- Delkredere auf den offenen Steuer- und Zollforderungen im Umfang von 444 Millionen. Die Erhöhung der Wertberichtigungen um 10 Millionen ist auf die Erhöhung des Delkredere bei den Forderungen aus der LSVA und der Zollfahndung zurückzuführen. In diesem Bereich ist aufgrund der wirtschaftlich schwierigen Situation der Transportbranche mit wesentlich höheren Debitorenausfällen zu rechnen.

Die Zunahme der Forderungen aus *Kontokorrenten* um 169 Millionen ist zum grössten Teil (118 Mio.) auf den korrigierten Ausweis der Forderungen gegenüber den Kantonen im Zusammenhang mit der Wehrpflichtersatzabgabe zurückzuführen, welche im Vorjahr unter den übrigen Forderungen ausgewiesen wurden.

Die *Forderungen aus Lieferungen und Leistungen* setzen sich aus vielen kleinen Positionen zusammen. Die grössten Beträge entfallen auf:

- Forderungen aus Kontingentversteigerungen des Bundesamtes für Landwirtschaft in der Höhe von 39 Millionen (-5 Mio.).

- Beim ETH-Bereich bestehen offene Forderung in der Höhe von 34 Millionen (-3 Mio.). Davon entfallen auf inländische Schuldner 22 Millionen und auf ausländische 12 Millionen.

- Forderung aus Kreditkartenabrechnungen von 27 Millionen. Die Forderung entstand durch die veränderte Buchführung in diesem Bereich; ihr steht eine Verbindlichkeit in gleicher Höhe gegenüber.

Auf den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen bestehen Wertberichtigungen im Umfang von 65 Millionen.

In den *übrigen Forderungen* sind vorwiegend die Guthaben aus Umschuldungsabkommen (725 Mio.) sowie Forderungen aus Schäden und Restrukturierungen (19 Mio.) der Schweizerischen Exportrisikoversicherung ausgewiesen. Des Weitern beinhaltet diese Position vorausbezahlte Mieten an Skyguide von 26 Millionen.

11 Finanzanlagen

Kurzfristige und langfristige Finanzanlagen

	2008			2009		
Mio. CHF	Bilanzwert	Marktwert	Ø-Verzinsung %	Bilanzwert	Marktwert	Ø-Verzinsung %
Kurzfristige Finanzanlagen	**7 747**			**4 260**		
Bis Endverfall gehalten	**7 747**			**4 260**		
Festgelder	7 530	7 552	2,0	4 100	4 100	0,3
Darlehen	162	163	1,8	80	80	1,1
Positive Wiederbeschaffungswerte	49	n.a.	n.a.	26	n.a.	n.a.
Übrige kurzfristige Finanzanlagen	6	n.a.	n.a.	54	n.a.	n.a.
Zur Veräusserung verfügbar	**–**			**–**		
Handelsbestand	**–**			**–**		
Langfristige Finanzanlagen	**229**			**78**		
Bis Endverfall gehalten	**229**			**78**		
Festverzinsliche Wertpapiere	204	211	4,7	50	52	2,5
Übrige langfristige Finanzanlagen	25	n.a.	n.a.	28	n.a.	n.a.
Zur Veräusserung verfügbar	**–**			**–**		

n.a.: nicht ausgewiesen

Aufgrund der Rechnungslegungsvorschriften RRV-EBK können Finanzanlagen in den drei Kategorien *bis Endverfall gehalten*, *zur Veräusserung verfügbar* oder als *Handelsbestand* gehalten werden. Zurzeit hält der Bund ausschliesslich Finanzlangen bis Endverfall. Der Bilanzwert dieser Finanzpositionen entspricht dem Nominalbetrag. Der Marktwert wird als Zusatzinformation ausgewiesen und stellt den effektiven Wert der Finanzanlagen per Stichtag dar. Die durchschnittliche Verzinsung entspricht den realisierten Zinssätzen sämtlicher Finanzpositionen des Berichtsjahres.

Derivative Finanzinstrumente

	Nominalwert		Marktwert		Positiver Wiederbeschaffungswert		Negativer Wiederbeschaffungswert	
Mio. CHF	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009
Derivative Finanzinstrumente	**7 653**	**7 707**	**-384**	**-371**	**49**	**26**	**-433**	**-397**
Zinsinstrumente	**4 100**	**3 560**	**-264**	**-261**	**10**	**10**	**-274**	**-271**
Zinsswaps	4 100	3 560	-264	-261	10	10	-274	-271
Optionen	–	–	–	–	–	–	–	–
Devisen	**3 553**	**4 147**	**-120**	**-110**	**39**	**16**	**-159**	**-126**
Terminkontrakte	3 553	4 147	-120	-110	39	16	-159	-126
Optionen	–	–	–	–	–	–	–	–

In der Berichtsperiode wurden keine neuen *Zinsswaps* abgeschlossen. Dem Nominalwert der netto Payer-Zinsswap-Position liegt ein negativer Marktwert von 261 Millionen zugrunde. Dieser Marktwert setzt sich aus den Einzelpositionen zusammen, die per Stichtag einen positiven oder negativen Marktwert haben. Den *Terminkontrakten* in EURO, US-Dollar und Norwegischen Kronen (NOK) liegt ein nicht bilanzierter Nominalbetrag von 4,1 Milliarden Schweizerfranken zugrunde. Die nominelle Veränderung ist hauptsächlich auf eine Zunahme bei den Absicherungen von USD-Spezialgeschäften zurück zu führen. Der negative Marktwert von 110 Millionen ergibt sich aus der Bewertung der entsprechenden Positionen am Stichtag. Die Euro-Kontrakte haben per Ende Jahr einen Wert von CHF -50 Millionen, die USD-Kontrakte einen Wert von CHF -61 Millionen und die NOK-Kontrakte einen positiven Wert von CHF 1 Million. Das entsprechende Resultat der Bewertung fliesst in die Bilanz.

Absicherungsgeschäfte zukünftiger Transaktionen (Cash flow-Hedge)

2009	Nominalwert			
		Fälligkeiten		
Mio. CHF	Total	< 1 Jahr	1 - 5 Jahre	> 5 Jahre
Absicherungsgeschäfte Euro, US-Dollar und NOK	**4 147**	**1 742**	**2 379**	**26**
Spezialgeschäfte	3 158	753	2 379	26
Budget	989	989	–	–

2008	Nominalwert			
		Fälligkeiten		
Mio. CHF	Total	< 1 Jahr	1 - 5 Jahre	> 5 Jahre
Absicherungsgeschäfte Euro, US-Dollar und NOK	**3 553**	**1 701**	**1 794**	**57**
Spezialgeschäfte	2 355	503	1 794	57
Budget	1 198	1 198	–	–

Die Absicherungen werden jeweils nur für das entsprechende Budgetjahr getätigt. Projekte mit mehrjähriger Verpflichtung in Fremdwährung werden als Spezialgeschäft für die ganze Laufzeit abgesichert.

12 Vorräte

Mio. CHF	2008	2009	Differenz zu R2008 absolut	%
Vorräte	**250**	**321**	**71**	**28,4**
Vorräte aus Kauf	235	310	75	31,9
Vorräte aus Eigenfertigung	15	11	-4	-26,7

Die *Vorräte aus Kauf* beinhalten im Wesentlichen Treibstoffe (178 Mio.), Brennstoffe (36 Mio.), Produktionsmaterial für den neuen Biometrischen Pass (18 Mio.) und für Umlaufmünzen (15 Mio.), Sanitätsmaterial (13 Mio.), Druckerzeugnisse und Publikationen (7 Mio.) sowie das Ethanollager (12 Mio.). Der Anstieg des Buchwertes um 75 Millionen ist vor allem das Resultat von Bestandesveränderungen bei den Brenn- und Treibstoffen. Aufgrund des tieferen Erdölpreises wurden im Jahr 2009 wesentlich mehr Beschaffungen von Diesel, Benzin, Flugtreibstoff und Heizöl getätigt.

Unter den *Vorräten aus Eigenfertigung* sind zum grossen Teil Halb- und Fertigfabrikate für Erzeugnisse der Landestopographie (6 Mio.) sowie Halbfabrikate für Umlaufmünzen (4 Mio.) aktiviert. Die Abnahme des Buchwertes von 4 Millionen erklärt sich insbesondere aus der Abnahme der Bestände an Halbfabrikaten für nicht-biometrische Ausweisschriften.

13 Aktive Rechnungsabgrenzungen

Mio. CHF	2008	2009	Differenz zu R2008 absolut	%
Aktive Rechnungsabgrenzungen	**1 739**	**1 436**	**-303**	**-17,4**
Zinsen	165	49	-116	-70,3
Disagio	497	433	-64	-12,9
Übrige aktive Rechnungsabgrenzungen	1 077	954	-123	-11,4

Die Reduktion der Aktiven Rechnungsabgrenzung für *Zinsen* um 116 Millionen ist im Wesentlichen auf das deutlich tiefere Zinsniveau gegenüber dem Vorjahr zurückzuführen.

Das *Disagio* hat sich aufgrund der jährlichen Amortisation (neue Disagio wurden keine erzielt) gegenüber dem Vorjahr um 64 Millionen vermindert. Das in den jeweiligen Jahren erzielte Disagio wird für die entsprechenden Anleihen aktiviert und periodengerecht über die Restlaufzeit amortisiert.

Der überwiegende Anteil der *übrigen aktiven Rechnungsabgrenzung* besteht aus abgegrenzten Kommissionen für die Anleihensaufnahme (745 Mio.). Die abgegrenzten Kommissionen reduzierten sich aufgrund des verringerten Anleihenvolumens gegenüber dem Vorjahr um 49 Millionen. Des Weiteren setzen sich die übrigen aktiven Rechnungsabgrenzungen aus folgenden wesentlichen Positionen zusammen:

- Die aktive Rechnungsabgrenzung für Sonderabgaben im Asylwesen beträgt 20 Millionen und wurde um 25 Millionen reduziert. Dieser Abbau ist auf die im 2008 erfolgte Systemumstellung aufgrund des revidierten Asylgesetzes (SR *142.31*) zurückzuführen. Aufgrund dieser Systemumstellung wurden die Sonderabgaben im 2008 als Einnahmen erfasst und abgegrenzt. Der abgegrenzte Betrag entspricht den noch erwarteten künftigen Zahlungseingängen aus dem alten System.

- Der Bund überweist der SUVA vorschüssig Akontobeiträge für die Deckung des Aufwandes, der durch die Militärversicherung entsteht (Verwaltungskosten, Renten, Abfindungen und Behandlungskosten). Die von der SUVA per Ende Jahr nicht benötigten Mittel werden entsprechend abgegrenzt. Die Prämieneinnahmen 2009 der Militärversicherung werden dem Bund im Folgejahr von der SUVA überwiesen und deshalb abgegrenzt. Diese beiden Positionen umfassen 6 Millionen und haben sich gegenüber dem Vorjahr um 40 Millionen reduziert, weil die SUVA im 2009 erstmals Akontozahlungen an die Prämieneinnahmen 2009 und Teilrückzahlungen nicht benötigter Mittel geleistet hat.

14 Sachanlagen und immaterielles Anlagevermögen

2009 Mio. CHF	Total Sachanlagen	Mobiles Anlagever-mögen	Immobiles Anlagever-mögen	National-strassen	Total Immaterielles Anlagever-mögen
Anschaffungskosten					
Stand per 1.1.2009	**94 721**	**2 513**	**31 336**	**60 872**	**145**
Zugänge	3 791	396	591	2 804	64
Abgänge	-247	-145	-86	-16	–
Stand per 31.12.2009	**98 265**	**2 764**	**31 841**	**63 660**	**209**
Kumulierte Abschreibungen					
Stand per 1.1.2009	**-45 814**	**-1 574**	**-17 229**	**-27 011**	**-43**
Ordentliche Abschreibungen	-2 096	-251	-455	-1 390	-27
Abgänge	134	130	–	4	1
Wertminderungen (impairments)	-21	–	-21	–	–
Stand per 31.12.2009	**-47 797**	**-1 695**	**-17 705**	**-28 397**	**-69**
Bilanzwert per 31.12.2009	**50 468**	**1 069**	**14 136**	**35 263**	**140**

2008 Mio. CHF	Total Sachanlagen	Mobiles Anlagever-mögen	Immobiles Anlagever-mögen	National-strassen	Total Immaterielles Anlagever-mögen
Anschaffungskosten					
Stand per 1.1.2008	**92 305**	**2 274**	**30 970**	**59 061**	**89**
Zugänge	2 716	371	499	1 846	56
Abgänge	-300	-132	-133	-35	-1
Umgliederungen	–	–	–	–	1
Stand per 31.12.2008	**94 721**	**2 513**	**31 336**	**60 872**	**145**
Kumulierte Abschreibungen					
Stand per 1.1.2008	**-44 006**	**-1 444**	**-16 727**	**-25 835**	**-27**
Ordentliche Abschreibungen	-1 933	-242	-515	-1 176	-17
Abgänge	226	112	114	–	1
Wertminderungen (impairments)	-100	–	-100	–	–
Umgliederungen	-1	–	-1	–	–
Stand per 31.12.2008	**-45 814**	**-1 574**	**-17 229**	**-27 011**	**-43**
Bilanzwert per 31.12.2008	**48 907**	**939**	**14 107**	**33 861**	**102**

Das *mobile Anlagevermögen* (1069 Mio.) beinhaltet folgende Aktiva: Mobiliar, Fahrzeuge, Installationen, Lagereinrichtungen, Maschinen, Apparate, Kommunikationssysteme, Informatik-Hardware. Knapp zwei Drittel des Bestandes entfallen auf technische Anlagen und Maschinen zur Durchführung der Lehr- und Forschungstätigkeit im ETH-Bereich (632 Mio.). Auf den ETH-Bereich geht ebenfalls ein erheblicher Teil der Zugänge zurück (278 Mio.). Die grösste Einzelposition in diesem Zusammenhang ist eine Nachaktivierung für die Beschleunigeranlage beim Paul-Scherrer-Institut PSI (32 Mio.). Per Stichtag befinden sich in dieser Kontengruppe Anlagen im Wert von 158 Millionen im Bau (14,8 %).

Das *immobile Anlagevermögen* (14 136 Mio.) besteht aus Gebäuden, Grundstücken und im Grundbuch eingetragenen Rechten. Insgesamt entfallen 4,7 Milliarden auf den militärischen und 9,4 Milliarden auf den zivilen Bereich. Unter den Zugängen finden sich die folgenden wesentlichen Einzelvorhaben:

- Learning Center, EPFL Lausanne (45 Mio.)
- HIT e-Science Lab, ETH Zürich (27 Mio.)
- Sicherheitslabor Spiez, BABS (26 Mio.)
- Erweiterung / Sanierung Bern, Fellerstrasse 21 (24 Mio.)
- FLORAKO, diverse Etappen, Luftwaffe (22 Mio.)
- Waffenplatz St. Luzisteig und Zeughaus Mels, Heer (22 Mio.)
- Waffenplatz Bure, Heer (13 Mio.)

Ebenfalls in den Zugängen enthalten sind Investitionen in Einzelvorhaben unter 10 Millionen (zusammengefasst zu den wesentlichsten Gruppen):

- Anlagen des Heeres (78 Mio.)
- Anlagen der Führungsunterstützungsbasis (61 Mio.)
- Anlagen der Luftwaffe (46 Mio.)

Auf den Liegenschaften bestehen folgende *Veräusserungsbeschränkungen*:

- Immobilien von Stiftungen, deren Nutzung an einen Stiftungszweck gebunden ist;
- Enteignungen und Schenkungen, die gesetzlich bzw. vertraglich bindenden Zweckbestimmungen unterliegen;
- Anlagen mit auf Betreiber ausgestellten Betriebsbewilligungen (z.B. Atomanlagen, Forschungseinrichtungen).

Der Anteil am immobilen Anlagevermögen, welcher sich per Stichtag noch im Bau befindet, beläuft sich auf 1052 Millionen.

Die bilanzierten *Nationalstrassen* (35 263 Mio.) umfassen die Nationalstrassen in Betrieb (23 880 Mio.), die Anlagen im Bau (7174 Mio.) und die Grundstücke (4209 Mio.) Die Zugänge bei den Nationalstrassen (2804 Mio.) betreffen im Wesentlichen die Netzvollendung sowie den Ausbau und Unterhalt des bestehenden Netzes. Zudem wurden im Berichtsjahr Kantonsanteile in der Höhe von 1024 Millionen für in Betrieb genommene Nationalstrassen aktiviert. Mit der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabentrennung zwischen Bund und Kantonen (NFA) wird das beschlossene Nationalstrassennetz als Verbundaufgabe gemeinsam fertig gestellt. Der Anteil, den die Kantone an den vom Bund übernommenen Teilstücken finanziert haben, wurde ertragswirksam aktiviert.

Von den Nationalstrassen befinden sich per Stichtag 7174 Millionen im Bau (20,3 %). Im Berichtsjahr konnten folgende wesentlichen Nationalstrassenabschnitte in Betrieb genommen werden:

- Westumfahrung Zürich und die Strecke Knonaueramt, Kantone Zürich und Zug (2128 Mio.)
- Kirchenwaldtunnel, Kantone Nidwalden und Obwalden (330 Mio.)
- Zubringer Neufeld, Bern (53 Mio.)

Immaterielle Anlagen (140 Mio.) sind identifizierbare, nicht monetäre Vermögenswerte ohne physische Substanz, welche für die Herstellung von Produkten, die Erbringung von Dienstleistungen, die Vermietung an Dritte oder die Erfüllung öffentlicher Aufgaben genutzt werden. Darunter fallen insbesondere Software, Lizenzen, Patente oder Rechte.

Die Zunahme der bilanzierten Anschaffungskosten von 64 Millionen ist vorwiegend auf nachstehende Zugänge zurückzuführen: Entwicklungskosten in den Bereichen Umsetzung Schengen/Dublin (16 Mio.), biometrischer Pass (11 Mio.), Softwareanwendungen für den Nationalstrassenbau (9 Mio.), Projekt FIRE III in der Eidgenössischen Zollverwaltung (4 Mio.) diversen Fachanwendungen beim Bundesamt für Polizei für Personen- und Sachfahndung und für Fingerabdrücke (5 Mio.) sowie mehrjährige Softwarelizenzen für SAP und Mail File Archivierung (2 Mio.).

15 Darlehen

Mio. CHF	2008	2009	Differenz zu R2008 absolut	Differenz zu R2008 %
Stand per 1.1.	**8 165**	**14 047**	**5 882**	**72,0**
Zugänge	7 263	2 427	-4 836	-66,6
Abgänge	-839	-6 108	-5 269	628,0
Übrige Transaktionen	-542	-818	-276	50,9
Stand per 31.12.	**14 047**	**9 548**	**-4 499**	**-32,0**
Darlehen zur Aufgabenerfüllung gehalten	9 545	3 476	-6 069	-63,6
Darlehen bis Endverfall gehalten	4 502	6 072	1 570	34,9

Sämtliche Darlehen haben zum Zeitpunkt ihrer Gewährleistung langfristigen Charakter. Darlehen zur Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe werden zu Anschaffungskosten abzüglich der notwendigern Wertberichtigungen bilanziert. Die übrigen Darlehen sind als «bis Endverfall gehalten» klassifiziert und zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Die *Zugänge* von insgesamt 2427 Millionen sind im Wesentlichen auf folgende Sachverhalte zurückzuführen: Aufstockung des Darlehens für die Arbeitslosenversicherung um 1500 Millionen, neu gewährte Darlehen an die SBB und an konzessionierte Transportunternehmen im Umfang von 720 Millionen, Darlehen an Kantone in Form von Investitionskrediten und Betriebshilfen im Bereich der Landwirtschaft in der Höhe von 50 Millionen und Aufstockung des Darlehens an FIPOI im Umfang von 13 Millionen.

Die *Abgänge* von insgesamt 6108 Millionen stammen zum grössten Teil aus der Veräusserung der Pflichtwandelanleihe UBS in der Höhe von 5380 Millionen sowie aus der Umwandlung des Darlehens an die BLS AG in eine Beteiligung der BLS Netz AG im Umfang von 406 Millionen.

In den *übrigen Transaktionen* sind Geschäftsvorfälle mit teils gegenläufigen Auswirkungen enthalten. Die wichtigsten Bewegungen betreffen:

- Auf dem in eine Beteiligung gewandelten Darlehen an die BLS Netz AG ist die Wertberichtigung im Umfang von 336 Millionen aufgelöst worden.
- Neu ausgegebene Darlehen, welche nicht oder nur bedingt rückzahlbar sind, wurden insgesamt mit 609 Millionen wertberichtigt.
- Aus dem Verkauf der Pflichtwandelanleihe UBS resultiert per Saldo eine Bestandeskorrektur von minus 548 Millionen. Sie ergibt sich aus dem Anschaffungswert der Pflichtwandelanleihe (5928 Mio.) abzüglich dem Verkaufserlös der Aktien (5482 Mio.) und zuzüglich den Kommissionen, Abgaben und Honoraren (102 Mio.).

Pflichtwandelanleihe UBS

Am 16.10.2008 hatten der Bundesrat, die Schweizerische Nationalbank und die Eidg. Bankenkommission (heute FINMA) ein Massnahmenpaket zur Stabilisierung des Schweizer Finanzsystems und zur Stärkung des Vertrauens in den Schweizer Finanzmarkt beschlossen. Der Bund stärkte dabei die Eigenmittelbasis der UBS mit der Zeichnung einer Pflichtwandelanleihe im Betrag von 6 Milliarden. Diese wurde in der Bilanz per 31.12.2008 mit 5,9 Milliarden bewertet.

Mit der am 25.6.2009 erfolgten Kapitalerhöhung der UBS und der am 19.8.2009 kommunizierten aussergerichtlichen Beilegung des US-Zivilverfahrens gegen die UBS AG sind weitere Schritte zur nachhaltigen Stärkung des Vertrauens in die UBS erfolgt. Der Bundesrat hat deshalb am 19.8.2009 den Ausstieg aus dem UBS-Engagement beschlossen.

Die aus der Wandlung der Pflichtwandelanleihe resultierenden 332 225 913 Aktien wurden bei institutionellen Investoren zu 16.50 Franken pro Aktie platziert, was einen Erlös von 5482 Millionen einbrachte. Gleichzeitig wurde auf den Anspruch auf zukünftige Couponzahlungen der Pflichtwandelanleihe gegen eine Barabgeltung von 1784 Millionen verzichtet. Damit kann der Bund seine ursprüngliche Investition in die UBS vollumfänglich zurückführen und zusätzlich einen substanziellen Gewinn verbuchen.

Der Erlös aus dem Verkauf der Aktien wurde als Desinvestition erfasst, derjenige aus dem Verkauf des Coupon als Finanzertrag. Im Detail ergibt sich folgendes Ergebnis (in Mio.):

Erlös aus Verkauf Aktien	5 482
Erlös aus Verkauf Coupon	1 784
Bruttoeinnahmen	**7 266**
Kommissionen, Abgaben, Honorare	-102
Nettoeinnahmen	**7 164**
Anschaffungswert Pflichtwandelanleihe	-5 928
Auflösung Wertberichtigung Pflichtwandelanleihe	28
Auflösung Zinsabgrenzung 2008	-45
Ergebnis in Erfolgsrechnung (Gewinn)	**1 219**

Von den Gesamteinnahmen aus dem Coupon ist ein Teil dem Marchzins anzurechnen (Zinsertrag vom Emissionszeitpunkt bis Verkauf der Pflichtwandelanleihe) und ein Teil dem Coupon Receivable, der dem Anspruch des Bundes am Zinsertrag ab dem Verkaufsdatum bis Endverfall entspricht (in Mio.):

Marchzins (9.12.08 - 25.8.09)	535
Coupon Receivable (26.8.09 bis Endverfall)	1 249

Wichtigste Darlehenspositionen

	2008			2009		
Mio. CHF	Anschaffungswert	Wertberichtigung	Bilanzwert	Anschaffungswert	Wertberichtigung	Bilanzwert
Darlehen	**23 935**	**-9 888**	**14 047**	**19 465**	**-9 917**	**9 548**
Pflichtwandelanleihe UBS	5 928	-28	5 900	–	–	–
Arbeitslosenversicherung	4 100	–	4 100	5 600	–	5 600
Darlehen an Kantone in Form von Investitionskrediten und Betriebshilfe	2 408	-2 408	–	2 458	-2 458	–
SBB AG	2 617	-2 617	–	2 879	-2 878	1
Gemeinnütziger Wohnungsbau	1 805	-201	1 604	1 689	-165	1 524
Diverse Konzessionierte Transportunternehmen	1 668	-1 154	514	1 783	-1 291	492
Swiss	1 169	-1 169	–	1 169	-1 169	–
BLS Netz AG	–	–	–	444	-444	–
BLS AG	1 150	-1 064	86	293	-214	79
Regionalentwicklung	954	-170	784	898	-158	740
Rhätische Bahn	911	-766	145	976	-831	145
Immobilienstiftung für internationale Organisationen	349	-132	217	362	-137	225
Eurofima	330	–	330	330	–	330
Hotelerneuerung	136	-136	–	136	-136	–
Übrige Darlehen	410	-43	367	448	-36	412

16 Beteiligungen

Mio. CHF	2008	2009	Differenz zu R2008 absolut	%
Stand per 1.1.	**15 297**	**16 189**	**892**	**5,8**
Zugänge	31	365	334	1 077,4
Abgänge	-4	-8	-4	100,0
Erhaltene Dividenden aus namhaften Beteiligungen	-605	-571	34	-5,6
Erhaltene Gewinnablieferungen aus namhaften Beteiligungen	-300	-201	99	-33,0
Zunahme Equitywert	1 807	2 179	372	20,6
Abnahme Equitywert	-7	-5	2	-28,6
Übrige erfolgswirksame Wertveränderung	-30	-30	–	–
Stand per 31.12.	**16 189**	**17 918**	**1 729**	**10,7**

Die Zunahme der Beteiligungen um insgesamt 1729 Millionen ist im Wesentlichen auf die neue Beteiligung in der Höhe von 336 Millionen an der BLS Netz AG mit einer Beteiligungsquote von 50,05 Prozent und auf die Höherbewertung der *namhaften Beteiligungen* infolge guter Ergebniszahlen im Umfang von 1402 Millionen (Veränderung Equitywert abzüglich Gewinnausschüttungen; Vorjahr +895 Mio.) zurückzuführen.

Die namhaften Beteiligungen werden nach der Equitymethode mit dem Wert des anteiligen Eigenkapitals an der Gesellschaft bewertet. Für die Berechnung werden die Zahlen aus den Abschlüssen per 30.9.2009 verwendet. Veränderungen widerspiegeln deshalb die Periode 01.10. des Vorjahres bis 30.09. des laufenden Geschäftsjahres. Die *übrigen Beteiligungen* sind zu Anschaffungswerten abzüglich allfälliger Wertberichtigungen bilanziert.

Der Bund hält per 31.12.2009 sieben namhafte Beteiligungen. Die Kriterien für den Ausweis als namhafte Beteiligung sind ein Equitywert von mindestens 100 Millionen und gleichzeitig eine Beteiligungsquote von mindestens 20 Prozent. Der Equitywert wird jährlich um die Veränderung des anteiligen Eigenkapitals erfolgswirksam korrigiert. Dabei führen Gewinne der Unternehmen zu einer Erhöhung, Gewinnausschüttungen und Verluste hingegen zu einer Verminderung des Equitywertes. Gewinnablieferungen an den Bund werden erfolgsmässig neutralisiert und daher direkt in der Bilanz erfasst.

Der Equitywertbestand an den namhaften Beteiligungen beträgt 17,9 Milliarden. Die Zunahme gegenüber dem Vorjahr um 1738 Millionen setzt sich im Wesentlichen aus folgenden Bewegungen zusammen:

- *Neuzugang* der Beteiligung an der neu gegründeten BLS Netz AG in der Höhe von 336 Millionen. Die Aktienzeichnung erfolgte durch die Umwandlung eines infrastrukturbezogenen Darlehens in der Höhe von 406 Millionen, wovon ein Agio von 70 Millionen zu entrichten war. Der Bund hält 50,05 Prozent an der neu gegründeten BLS Netz AG.

- *Anteile am Reingewinn* der Gesellschaften von insgesamt 2371 Millionen (+520 Mio.) abzüglich Gewinnausschüttungen von insgesamt 770 Millionen (-135 Mio.). Von folgenden bundeseigenen Unternehmen waren 2009 Dividenden und Gewinnablieferungen aus den Ergebnissen 2008 zu verzeichnen: Swisscom (560 Mio.), Post (200 Mio.), RUAG (10 Mio.).

- Die *anderen Eigenkapitalbewegungen* vermindern den Equitywert insgesamt um 197 Millionen (+109 Mio.) und entfallen grösstenteils auf von der Swisscom im Eigenkapital erfassten Verlusten aus der Währungsumrechnung ausländischer Konzerngesellschaften.

Bei den übrigen Beteiligungen betreffen die wichtigsten Veränderungen Zugänge durch neu erworbene Beteiligungen im Bereich der Entwicklungshilfe (+28 Mio.) sowie die Aufstockung der Beteiligung an der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung EBRD (+1 Mio.). Die in Fremdwährung gehaltenen Beteiligungen (Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung IBRD, Afrikanische Entwicklungsbank AfDB, Internationale Finanz Corporation IFC, übrige Beteiligungen im Bereich Entwicklung und Zusammenarbeit) wurden per 31.12.2009 zum aktuellen Wechselkurs bewertet, was zu einer Anpassung sowohl der Anschaffungswerte wie auch der entsprechenden kumulierten Werberichtigungen führte. Die übrigen Beteiligungen sind weitestgehend zu 100 Prozent wertberichtigt. Die nicht vollständig wertberichtigten Positionen setzen sich im Wesentlichen aus folgenden Positionen zusammen: Logis Suisse Holding 17 Millionen (-7 Mio.), Logement Social Romand SA 4 Millionen (-1 Mio.) und Alloggi Ticino SA 5 Millionen (unverändert).

Wesentliche Beteiligungen und sonstige Konzerngesellschaften per 31.12.2009

Mio. CHF	Beteiligungs-quote in %	Grundkapital	Konsolidierungs-/ Bewertungs-methode	Anschaffungs-wert	Equitywert / Bilanzwert
Wesentliche Beteiligungen und sonstige Konzerngesellschaften				**12 428**	**17 918**
Beherrschte Einheiten ohne Grundkapital					**–**
Bereich der Eidg. Technischen Hochschulen	n.a.	n.a.	Vollkonsolidierung	n.a.	n.a.
Rat der Eidg. Technischen Hochschulen	n.a.	n.a.	Vollkonsolidierung	n.a.	n.a.
Eidg. Technische Hochschule, Zürich	n.a.	n.a.	Vollkonsolidierung	n.a.	n.a.
Eidg. Technische Hochschule, Lausanne	n.a.	n.a.	Vollkonsolidierung	n.a.	n.a.
Paul Scherrer Institut, Würenlingen / Villigen	n.a.	n.a.	Vollkonsolidierung	n.a.	n.a.
Eidg. Forschunsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft, Birmendsdorf	n.a.	n.a.	Vollkonsolidierung	n.a.	n.a.
Eidg. Materialprüfungs- und Forschungsanstalt, Dübendorf und St.Gallen	n.a.	n.a.	Vollkonsolidierung	n.a.	n.a.
Eidg. Anstalt für Wasserversorgung, Abwasserreinigung und Gewässerschutz, Dübendorf	n.a.	n.a.	Vollkonsolidierung	n.a.	n.a.
Eidg. Alkoholverwaltung	n.a.	n.a.	Vollkonsolidierung	n.a.	n.a.
Fonds für die Eisenbahngrossprojekte	n.a.	n.a.	Vollkonsolidierung	n.a.	n.a.
Infrastrukturfonds für den Agglomerationsverkehr und das Nationalstrassennetz	n.a.	n.a.	Vollkonsolidierung	n.a.	n.a.
Eidg. Finanzmarktaufsicht	n.a.	n.a.	Vollkonsolidierung	n.a.	n.a.
Eidg. Hochschulinstitut für Berufsbildung	n.a.	n.a.	Vollkonsolidierung	n.a.	n.a.
Eidg. Nuklear-Sicherheitsinspektorat	n.a.	n.a.	Vollkonsolidierung	n.a.	n.a.
Institut für Geistiges Eigentum	n.a.	n.a.	Vollkonsolidierung	n.a.	n.a.
Revisionsaufsichtsbehörde	n.a.	n.a.	Vollkonsolidierung	n.a.	n.a.
Schweiz. Exportrisikoversicherung	n.a.	n.a.	Vollkonsolidierung	n.a.	n.a.
Beherrschte Einheiten mit Grundkapital				**11 369**	**17 889**
Die Post	100,0	1 300	Equity	1 300	3 332
SBB	100,0	9 000	Equity	9 000	9 512
Swisscom	56,9	52	Equity	29	3 455
Ruag	100,0	340	Equity	340	792
BLS Netz AG	50,1	388	Equity	336	335
Skyguide	99,9	140	Equity	140	284
SAPOMP Wohnbau AG	100,0	171	Equity	171	179
Swissmedic	65,5	14,5	Vollkonsolidierung	n.a.	n.a.
Hotel Bellevue Palace	99,7	6	AW abzügl. WB	6	–
Swiss Technology Venture Capital Fund und Vorzugsaktien	100,0	30	AW abzügl. WB	30	–
Schweizerische Gesellschaft für Hotelkredit, Anteilsscheine	50,0	6	AW abzügl. WB	6	–
Matterhorn Gotthard Infrastruktur AG	76,7	15	AW abzügl. WB	11	–
Wesentliche übrige Beteiligungen				**1 059**	**29**
Entwicklungsbank Europarat	1,6	4 754	AW abzügl. WB	16	–
Internationale Bank für Wiederaufbau + Entwicklung	1,7	202 632	AW abzügl. WB	206	–
Afrikanische Entwicklungsbank	1,3	29 430	AW abzügl. WB	40	–
Internationale Finanz-Corporation	1,8	2 529	AW abzügl. WB	43	–
Asiatische Entwicklungsbank	1,0	58 600	AW abzügl. WB	23	–
Interamerikanische Entwicklungsbank	0,4	93 668	AW abzügl. WB	21	–
Euorpäischer Fonds Südost-Europa	6,5	n.a.	AW abzügl. WB	13	–
Interamerikanische Investitionsgesellschaft	1,6	656	AW abzügl. WB	11	–
Europäsiche Bank für Wiederaufbau + Entwicklung	2,8	29 407	AW abzügl. WB	195	–
China Investment Fund	21,1	79	AW abzügl. WB	20	–
Sino-Swiss Partnership Fund	70,2	58	AW abzügl. WB	19	–
Indien, Infrastructure Development Finance Co.	4,6	15	AW abzügl. WB	15	–
African Infrastructur Fund	2,5	423	AW abzügl. WB	15	–
Aureos East Africa Fund	17,5	42	AW abzügl. WB	10	–
Swiss Development Finance Corporation	49,0	30	AW abzügl. WB	10	–
Rhätische Bahn	43,1	58	AW abzügl. WB	25	–
Zentralbahn	16,1	120	AW abzügl. WB	19	–
Logis Suisse AG	45,4	36	AW abzügl. WB	17	17
BLS AG	21,7	79	AW abzügl. WB	17	–
Übrige Beteiligungen	n.a.	n.a.	AW abzügl. WB	324	12

n.a.: nicht ausgewiesen

17 Laufende Verbindlichkeiten

Mio. CHF	2008	2009	Differenz zu R2008 absolut	%
Laufende Verbindlichkeiten	**13 674**	**12 218**	**-1 456**	**-10,6**
Kontokorrente	9 865	8 896	-969	-9,8
Lieferungen und Leistungen	2 209	1 465	-744	-33,7
Verwaltete Stiftungen	96	95	-1	-1,0
Zweckgebundene Mittel aus Zuwendungen Dritter	542	704	162	29,9
Übrige laufende Verbindlichkeiten	962	1 058	96	10,0

Der Bilanzwert der *Kontokorrente* von 8896 Millionen (-969 Mio.) setzt sich im Wesentlichen aus folgenden Positionen zusammen:

- Guthaben der Steuerpflichtigen aus der Verrechnungs- und Stempelsteuer im Umfang von 2169 Millionen. Der Rückgang dieser Steuerverbindlichkeiten um 782 Millionen ist auf verminderte finanzwirtschaftliche Aktivitäten und auf das tiefere Zinsniveau im 2009 gegenüber dem Vorjahr zurückzuführen.

- Kantonskontokorrente in der Höhe von 2004 Millionen. Die Zunahme um 50 Millionen ist auf den höheren Ressourcen- und Lastenausgleich an die Kantone zurückzuführen. Der Bund führt das Inkasso der Anteile der ressourcenstarken Kantonen am Ressourcen- und Härteausgleich durch und leitet diese Gelder zuzüglich der eigenen Beiträge für den Ressourcen- und Lastenausgleich zweimal jährlich an die jeweiligen Bezügerkantone weiter. Die zweite Tranche war per Jahresende fällig und wurde anfangs 2010 ausbezahlt. Den Kantonsverbindlichkeiten stehen Guthaben gegenüber den Kantonen in der Höhe von 450 Millionen entgegen.

- Guthaben der Steuerpflichtigen aus der Mehrwertsteuer im Umfang von 1366 Millionen. Die Abnahme gegenüber dem Vorjahr von 646 Millionen ist auf die rückläufige Wirtschaftstätigkeit im 2009 zurückzuführen.

- Anlagekonten internationaler Organisationen im Umfang von 1346 Millionen (-43 Mio.).

- Kantonsanteile aus der Verrechnungssteuer von 431 Millionen (-221 Mio.).

- Kontokorrent des Schweizerischen Nationalfonds in der Höhe von 344 Millionen (+86 Mio.).

- Kontokorrent gegenüber der PUBLICA für treuhänderisch verwaltete Darlehen an Wohnbaugenossenschaften im Umfang von 191 Millionen (-4 Mio.). Dieser Position stehen Darlehen in selber Höhe gegenüber.

- Kantonsanteile aus der LSVA im Umfang von 140 Millionen (-20 Mio.).

Bei den *Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen* handelt es sich um verbuchte Kreditorenrechnungen, welche erst im 2010 beglichen werden konnten. Die Verringerung gegenüber dem Vorjahr in der Höhe von 744 Millionen ist im Wesentlichen auf folgende, teilweise gegenläufigen Gründe zurückzuführen: Im Rahmen der Stabilisierungsmassnahmen zur Finanz- und Wirtschaftskrise hat der Bund seine Lieferantenrechnungen ohne Ausnutzung der vereinbarten Zahlungsfristen unmittelbar nach Abschluss der Rechnungsprüfung beglichen, was zu einer Verminderung des Kreditorenbestandes geführt hat. Zudem werden die Steuerverbindlichkeiten in diesem Jahr einheitlich unter den Kontokorrenten ausgewiesen und werden deshalb nicht mehr unter den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen geführt. Die Schlusszahlungen aus der Ergänzungsleistung der AHV fielen hingegen infolge der neuen Berechnungsgrundlage des NFA um 11 Millionen höher aus als im Vorjahr und die Verbindlichkeiten für Subventionszahlungen an die Kantone im Asyl- und Flüchtlingsbereich erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 58 Millionen. Die pendenten Zahlungen an die Kantone für allgemeine Strassenbeiträge und für polizeiliche Kontrollen des Schwerverkehrs erhöhten sich um 32 Millionen.

Die *zweckgebundenen Mitteln aus Zuwendungen Dritter* wurden grösstenteils durch die Institutionen des ETH-Bereichs kompetitiv erworben. Die Mittel sind für vordefinierte Forschungsprojekte reserviert und werden entsprechend dem Projektfortschritt ertragswirksam vereinnahmt.

Die *übrigen Verbindlichkeiten* beinhalten im Wesentlichen Depotkonten im Umfang von 842 Millionen (+32 Mio.) sowie Barhinterlagen von 187 Millionen (+50 Mio.). Unter die Depotkonten fallen namentlich der Nuklearschadenfonds (422 Mio.) sowie der SIFEM-Fonds (88 Mio.).

Der Anteil der Verbindlichkeiten, welcher auf nahestehende (juristische) Personen und Organisationen entfällt, ist unter der Ziffer 43/6 ausgewiesen.

18 Finanzverbindlichkeiten

	2008		2009	
Mio. CHF	Bilanzwert	Marktwert	Bilanzwert	Marktwert
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	**14 200**	**n.a.**	**10 330**	**n.a.**
Banken	3	n.a.	–	n.a.
Geldmarkt*	10 670	10 659	6 947	6 944
Bundeseigene Unternehmen	150	n.a.	–	–
Sparkasse Bundespersonal*	2 739	n.a.	2 955	n.a.
Negative Wiederbeschaffungswerte	432	n.a.	397	n.a.
Übrige kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	206	n.a.	31	n.a.
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	**92 504**	**n.a.**	**86 194**	**n.a.**
Bundeseigene Unternehmen	47	n.a.	50	n.a.
Anleihen	92 435	102 582	86 119	96 989
Übrige langfristige Finanzverbindlichkeiten	22	n.a.	25	n.a.

n.a.: nicht ausgewiesen
*Durchschnittliche Verzinsung:
- Geldmarkt 2009: 0,77% (2008: 1,66%)
- Sparkasse Bundespersonal 2009: 1,87% (2008: 2,8%)

Die Finanzverbindlichkeiten sind zum Nominalwert bewertet. Der Marktwert stellt den effektiven Wert der Finanzverbindlichkeiten per Stichtag dar. Die durchschnittliche Verzinsung (Zinssatz) bezieht sich auf sämtliche Finanzpositionen des Berichtsjahres.

Da die Geldzuflüsse deutlich höher als erwartet ausfielen, verringerte sich die Mittelbeschaffung erheblich. Der Bestand der *Geldmarktbuchforderungen* sank um 3,7 Milliarden und jener der *Anleihen* um 6,3 Milliarden. Durch die tiefen Zinsen am Jahresende erhöhte sich der Marktwert bei den Eidg. Anleihen.

Bei den Emissionen von Eidg. Anleihen kann sich der Bund so genannte freie Eigenquoten reservieren. Je nach Marktlage können diese später am Markt platziert werden. Ab diesem Zeitpunkt erhöht sich die Verschuldung des Bundes. Die freie Eigenquote beläuft sich per Stichtag auf 3235 Millionen.

Fälligkeitsstruktur von Geldmarktbuchforderungen und Anleihen

	Nominalwert					Bilanzwert
	Fälligkeiten					Total
2009 Mio. CHF	< 1 Monat	1–3 Monate	3 Monate – 1 Jahr	1–5 Jahre	> 5 Jahre	
Kurzfristig: Geldmarktbuchforderungen	1 891	3 387	1 669	–	–	6 947
Langfristig: Anleihen	–	–	8 702	29 432	47 985	86 119

	Nominalwert					Bilanzwert
	Fälligkeiten					Total
2008 Mio. CHF	< 1 Monat	1–3 Monate	3 Monate – 1 Jahr	1–5 Jahre	> 5 Jahre	
Kurzfristig: Geldmarktbuchforderungen	3 047	6 337	1 286	–	–	10 670
Langfristig: Anleihen	–	8 523	1 656	31 835	50 421	92 435

19 Passive Rechnungsabgrenzungen

Mio. CHF	2008	2009	Differenz zu R2008 absolut	%
Passive Rechnungsabgrenzungen	**6 442**	**6 156**	**-286**	**-4,4**
Zinsen	2 179	2 013	-166	-7,6
Agio	1 569	1 556	-13	-0,8
Übrige passive Rechnungsabgrenzungen	2 694	2 587	-107	-4,0

Die passive Rechnungsabgrenzung für *Zinsen* verminderte sich gegenüber dem Vorjahr infolge tieferem Zinsniveau und aufgrund der Nettorückzahlung von Eidg. Anleihen um 166 Millionen.

Das *Agio* hat sich um 13 Millionen verringert, da der zu amortisierende Anteil des Agio grösser ist als das im 2009 neu erzielte Agio. Das in den jeweiligen Jahren erzielte Agio wird für die entsprechenden Anleihen passiviert und periodengerecht über die Restlaufzeit verteilt.

Die Abnahme der *übrigen passiven Rechnungsabgrenzungen* erklärt sich zu einem erheblichen Teil mit dem Rückgang der Rückforderungsanträge für die Verrechnungssteuer, die während den ersten zehn Kalendertagen des Folgejahres eingegangen bzw. aufgrund von Einzelanalysen sicher zu erwarten sind (-102 Mio.). Die Abgrenzung für die Verrechnungssteuer beträgt 2123 Millionen (Vorjahr: 2225 Mio.). Die restlichen Bestände verringerten sich gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig und setzen sich aus folgenden wesentlichen Einzelpositionen zusammen:

- Rechnungsabgrenzung für individuelle Massnahmen der Invalidenversicherung (IV) von 138 Millionen.
- Abgrenzung von im Voraus erhaltenen Einnahmen aus Fleischkontingentversteigerungen für das Jahr 2010 von 53 Millionen.
- Abgrenzung im Subventionsbereich für Direktzahlungen, Milchwirtschaft und Absatzförderung im Umfang von 48 Millionen.
- Abgeltung für den regionalen Personenverkehr für die Fahrplanperiode 2010 von 44 Millionen.
- Abgrenzungen für den Ausbau, Betrieb und Unterhalt der Nationalstrassen im Umfang von 25 Millionen.
- Abgrenzungen im Liegenschaftsbereich von 25 Millionen für aufgelaufene Kosten aus Bauvorhaben.
- Abgrenzung für nachschüssige Zahlungen an die Kantone für den Ausgleichsanteil an Nothilfepauschalen im Umfang von 14 Millionen.

20 Rückstellungen

2009 Mio. CHF	Total	Verrechnungs-steuer	Militärver-sicherung	Münzumlauf	Übrige
Stand per 1.1.	**14 695**	**9 800**	**1 652**	**1 897**	**1 346**
Bildung (inkl. Erhöhung)	190	–	23	63	104
Auflösung	-941	-900	–	–	-41
Verwendung	-100	–	-48	-10	-42
Stand per 31.12.	**13 844**	**8 900**	**1 627**	**1 950**	**1 367**
davon kurzfristig	491	–	–	–	491

2008 Mio. CHF	Total	Verrechnungs-steuer	Militärver-sicherung	Münzumlauf	Übrige
Stand per 1.1.	**15 875**	**9 100**	**1 760**	**1 855**	**3 160**
Bildung (inkl. Erhöhung)	947	700	120	48	79
Auflösung	-181	–	–	–	-181
Verwendung	-1 946	–	-228	-6	-1 712
Stand per 31.12.	**14 695**	**9 800**	**1 652**	**1 897**	**1 346**
davon kurzfristig	515	–	–	–	515

Im Vergleich zum Vorjahr hat der Rückstellungsbestand um 851 Millionen abgenommen. Für die einzelnen Rückstellungen ergibt sich folgendes Bild.

Verrechnungssteuer

Die Rückstellung umfasst die in einem späteren Zeitpunkt zu erwartenden Rückerstattungsforderungen aus der Verrechnungssteuer, für welche bereits ein Ertrag aufgrund einer Erhebungsdeklaration gebucht wurde. Im Berichtsjahr wurde das Schätzverfahren zur Ermittlung des Rückstellungsbedarfs angepasst und bestehende systematische Schwachstellen weitgehend eliminiert. Gemäss neuem Berechnungsmodell wird von den erfassten Bruttoeinnahmen (Erhebungsdeklarationen) jener Anteil abgezogen, welcher mutmasslich bereits im Berichtsjahr im Form von Rückerstattungen wieder abgeflossen oder transitorisch erfasst worden ist. Ebenfalls zum Abzug gelangt ein Erfahrungswert für den als Reinertrag beim Bund verbleibenden Anteil. Der Saldo entspricht dem Rückstellungsbedarf, der jenen Teil der Einnahmen widerspiegelt, welcher in den Folgejahren voraussichtlich in Form von Rückerstattungen geltend gemacht wird. Aufgrund der aktuell zur Verfügung stehenden Informationen können nur die Rückerstattungsausstände aus den Einnahmen des aktuellen Jahres ermittelt werden. Allfällige Ausstände aus den Einnahmen der Vorjahre bleiben bei der Bemessung der Rückstellung unberücksichtigt.

Die Reduktion des Rückstellungsbedarfs um 900 Millionen im Vergleich zum Vorjahr ist vorwiegend auf die tieferen Bruttoeinnahmen zurückzuführen.

Militärversicherung

Die SUVA führt im Auftrag des Bundes die Militärversicherung (MV) als eigene Sozialversicherung. Bei Eintritt eines Schadenfalls, welcher den Versicherungsnehmer zu einer Rente der Militärversicherung berechtigt, sind die voraussichtlichen Rentenverpflichtungen zurückzustellen. Für die Berechnung des Rückstellungsbedarfs werden versicherungsmathematische Verfahren herangezogen. Dabei wird jede laufende Rente unter Berücksichtigung der massgebenden Parameter kapitalisiert (z.B. Mortalität, Rentenbetrag, Teuerungsannahmen etc.). Die Höhe der Rückstellung wird jährlich neu berechnet. Aufgrund der abnehmenden Anzahl Rentner reduzierte sich der Rückstellungsbedarf im Vergleich zum Vorjahr um 25 Millionen.

Münzumlauf

Für die sich im Umlauf befindlichen Münzen wird eine Rückstellung geführt. Die Höhe der Rückstellungsbildung ergibt sich aus dem Nominalwert der neu geprägten und an die SNB abgelieferten Münzen. Umgekehrt wurden Münzen in der Höhe von 10 Millionen zurückgenommen und vernichtet. Diese Rücknahmen sind unter Verwendung der Rückstellung ausgewiesen.

Übrige Rückstellungen

Die wichtigsten Positionen bei den übrigen Rückstellungen entfallen auf:

Ferien und Überzeit; 323 Millionen:
Die Ferien- und Zeitguthaben des Personals haben sich gegenüber dem Vorjahr nicht verändert. Insgesamt belaufen sie sich per Ende 2009 auf rund 323 Millionen Franken. Das durchschnittliche Guthaben je Mitarbeitender liegt bei unter 3 Wochen und ist damit vergleichbar mit Arbeitgebern derselben Grössenordnung.

Ruhegehälter für Magistratspersonen; 250 Millionen:
Die Magistratspersonen (Mitglieder des Bundesrates, ordentliche Richterinnen und Richter des Bundesgerichts sowie Bundeskanzler bzw. Bundeskanzlerin) sind nicht bei der PUBLICA versichert. Ihre berufliche Vorsorge besteht aus einem Ruhegehalt nach dem Ausscheiden aus dem Amt sowie Hinterlassenenrenten. Die entsprechenden Rechtsgrundlagen finden sich im Bundesgesetz über Besoldung und berufliche Vorsorge der Magistratspersonen vom 6.10.1989 (SR *172.121*) und in der Verordnung der Bundesversammlung über Besoldung und berufliche Vorsorge der Magistratspersonen vom 6.10.1989 (SR *172.121.1*). Die Finanzierung der Ruhegehaltsordnung erfolgt durch den Bund. Das nach versicherungsmathematischen Grundsätzen berechnete, theoretische Deckungskapital beläuft sich auf rund 250 Millionen. Der Rückstellungsbetrag blieb im 2009 unverändert.

Militärische Bundesliegenschaften; 192 Millionen:
Rückstellungen für bauliche Anpassungen auf Grund gesetzlicher Auflagen für Altlastensanierungen, Entwässerungen und Erdbebensicherheit. Möglicher Eintretenszeitpunkt: 2010 bis 2012. Die Rückstellung musste für den Bereich Entwässerungsinfrastruktur um 36 Millionen erhöht werden.

Unverdiente Versicherungsprämien; 152 Millionen:
Die Rückstellung beinhaltet Prämien der Schweizerischen Exportrisikoversicherung, welche im Berichtsjahr und den Vorjahren eingenommen wurden, aber erst während der Deckungszeit verdient werden. Bei der Verbuchung des Prämienertrages werden 20 Prozent der Prämien als administrativer Anteil sofort im laufenden Geschäftsjahr vereinnahmt. Die restlichen 80 Prozent werden gemäss Risikoverteilung über die Vertragslaufzeit der einzelnen Geschäfte als Ertrag verbucht. Im Falle eines Schadeneintritts wird der noch nicht beanspruchte Teil der Prämie sofort realisiert. Insgesamt 40 Millionen des Rückstellungsbestandes entfallen auf zu erwartende Prämeinrückzahlungen aus dem abgetretenen Geschäft «Ilisu». Die davon betroffenen Prämien wurden zu 100 Prozent zurückgestellt. Gegenüber dem Vorjahr hat die Rückstellung für unverdiente Prämien um 12 Millionen zugenommen. Mitverantwortlich dafür ist das Geschäft «Mosanergo», welches im Berichtsjahr abgeschlossen werden konnte.

Zivile Bundesliegenschaften; 127 Millionen:
Die Rückstellungen umfassen zur Hauptsache den Rückbau und die Entsorgung der im Zeitpunkt der Ausserbetriebnahme anfallenden Kosten von Kernanlagen (74 Mio.). Weitere wesentliche Rückstellungen bestehen auf Grund von gesetzlichen Auflagen für bauliche Anpassungen an Erfordernisse des Brandschutzes, der Erdbebensicherheit und der Beseitigung von Asbest. Im 2009 wurden in dieser Position insbesondere für Asbestrisiken und Erdbebensicherheit 17 Millionen neue Rückstellungen gebildet. Insgesamt 6 Millionen wurden aufgelöst, davon entfällt der grösste Teil auf den Brandschutz. Vom Gesamtbestand von 127 Millionen sind 12 Millionen als kurzfristige Rückstellung ausgewiesen.

Sozialplankosten im Bereich Verteidigung; 120 Millionen:
Die Rückstellung für die in den kommenden Jahren vorgesehenen vorzeitigen Pensionierungen hat infolge geleisteter Sozialplanzahlungen um 7 Millionen abgenommen. Die Verwendung der zurückgestellten Gelder verzögert sich wegen der Sistierung des Personalabbaus bei der Logistikbasis der Armee (LBA).

Rückbau Beschleunigeranlage; 70 Millionen:
Für die Zwischenlagerung radioaktiver Abfälle aus dem Betrieb und Rückbau von Kernanlagen und dem radioaktiven Abfall aus Medizin, Industrie und Forschung betreibt das Paul Scherrer Institut das Bundeszwischenlager (BZL). Beschleunigerabfälle, die beim Einsatz von einzelnen Komponenten durch verbesserte Bauteile anfallen, werden im Beton-Containern eingeschlossen und ebenfalls im BZL gelagert. Bei der Ausserbetriebnahme dieser Anlagen fallen radioaktive Komponenten an, die zu entsorgen sind. Im Vergleich zum Vorjahr ist diese Position unverändert.

Radioaktive Abfälle; 50 Millionen:
Die Entsorgung der radioaktiven Abfälle aus den Bereichen Medizin, Industrie und Forschung (MIF-Abfälle) fällt in den Verantwortungsbereich des Bundes (Art. 33 Abs. 1 Kernenergeigesetz KEG vom 21.3.2003). Die radioaktiven Abfälle werden unter Federführung des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) in der Regel jährlich eingesammelt. Sammelstelle des Bundes ist das PSI, welches für die Konditionierung und Zwischenlagerung radioaktiver Abfälle zuständig ist. Die Rückstellung dient den voraussichtlichen Kosten für die Zwischenlagerung und der späteren Endlagerung. Der Rückstellungsbestand blieb im Berichtsjahr unverändert.

Kern- und Dispositionsbestand armasuisse; 22 Millionen:
Die Rückstellungen beinhalten Kosten aus der Verschiebung der von der Armee nicht mehr benötigten Objekte vom Kern- in den Dispositionsbestand. Der Kernbestand umfasst Bauten, die für die Aufgabenerfüllung der Armee notwendig sind, der Dispostionsbestand dagegen solche, die für den Verkauf, den Rückbau oder das Halten ausgeschieden werden. Die Rückstellung beinhaltet Kosten für ausserplanmässige Abschreibungen von Restbuchwerten, für die Stilllegung (z.B. das Entfernen von Materialien, die bei Nichtgebrauch die Umwelt belasten könnten) sowie für den Rückbau von Objekten, der aus Gründen der Eigentümerhaftung zwingend notwendig ist (z.B. Sprengobjekte). Aufgrund einer im Berichtsjahr vorgenommenen ausserplanmässigen Abschreibung reduzierte sich die Rückstellung im Vergleich zum Vorjahr um die Hälfte (ausgewiesen unter *Verwendung*). Möglicher Eintretenszeitpunkt: 2010-2011.

21 Übrige Verbindlichkeiten

Mio. CHF	2008	2009	Differenz zu R2008 absolut	%
Übrige Verbindlichkeiten	**1 602**	**1 727**	**125**	**7,8**
Verbindlichkeiten gegenüber zweckgebundenen Fonds im FK	1 602	1 727	125	7,8

Die übrigen Verbindlichkeiten umfassen die Spezialfinanzierungen gemäss Artikel 53 des Finanzhaushaltgesetzes. Sie werden nach ihrem Charakter dem Fremd- oder Eigenkapital zugeordnet: Gewährt das Gesetz für die Art oder den Zeitpunkt der Verwendung ausdrücklich einen Handlungsspielraum, werden sie den zweckgebundenen Fonds im Eigenkapital, in den übrigen Fällen den zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital zugewiesen. Mit anderen Worten bringt die Zuweisung ins Fremd- oder Eigenkapital zum Ausdruck, in welchem Ausmass der Mitteleinsatz determiniert ist. Überschreiten (unterschreiten) die zweckgebundenen Einnahmen in der Berichtsperiode die entsprechenden Ausgaben, ist die Differenz buchmässig dem Fonds gutzuschreiben (zu belasten). Bei den zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital erfolgt diese Buchung über die Erfolgsrechnung (Einlage: Sachaufwand; Entnahme: übriger Ertrag). Die Veränderungen bei den zweckgebundenen Fonds im Eigenkapital werden nicht über die Erfolgsrechnung, sondern direkt in der Bilanz, zugunsten oder zulasten des Bilanzfehlbetrags, gebucht (vgl. Ziff. 34, Eigenkapitalnachweis).

Die wichtigsten Bestände und Veränderungen der zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital entfallen auf:

- Der *Lenkungsabgabe VOC/HEL* unterliegen flüchtige organische Verbindungen (Verordnung vom 12.11.1997 zum Umweltschutzgesetz VOCV; SR *814.018*). Die zweckgebundenen Einnahmen fielen um 3 Millionen tiefer aus als die Rückverteilungen, was zu einer Entnahme aus dem Fonds führte. Der Bestand per Stichtag beläuft sich auf 269 Millionen.

- Die *CO2-Abgabe auf Brennstoffen* ist eine Lenkungsabgabe auf fossilen Energieträgern (Bundesgesetz über die Reduktion der CO2-Emissionen; SR *641.71* und Verordnung über die CO2-Abgabe; SR *641.712*). Ihre Rückverteilung an Bevölkerung und Wirtschaft setzt erst 2010 ein, weshalb im Berichtsjahr nur Einnahmen zu verzeichnen sind. Sie bestehen aus den Erträgen aus der Lenkungsabgabe (217 Mio.) und der Verzinsung der Fondsmittel (5 Mio.). Das Fondsvermögen beträgt 443 Millionen.

- Die Einnahmen aus der *Spielbankenabgabe* (Spielbankenverordnung vom 24.9.2004 VSBG; SR *935.521,* Art. 94) zu Gunsten der AHV werden mit zweijähriger Verzögerung überwiesen. Der Rückgang der Einnahmen aufgrund der schlechten Wirtschaftslage bewirkt deshalb einen Ausgabenüberschuss von 34 Millionen und einer entsprechenden Entnahme aus dem Fonds. Der Saldo zu Gunsten der AHV beläuft sich auf 870 Millionen.

- Die Altlastenabgabe wird auf der Ablagerung von Abfällen erhoben. Der Abgabeertrag ist für die Altlastenentsorgung zweckgebunden (Verordnung vom 5.4.2000 über die Abgabe zur Sanierung von Altlasten, VASA; SR *814.681*). Die für Sanierungsprojekte vorgesehenen Mittel konnten wegen Ressourcenproblemen bei den Kantonen sowie wegen einer Sanierungspause bei der ehemaligen Sonderabfalldeponie nicht vollumfänglich eingesetzt werden. Unter dem Strich resultiert eine Einlage in den Fonds von 4 Millionen auf 107 Millionen.

43 Weitere Erläuterungen

1 Segmentberichterstattung

2009 Mio. CHF	Soziale Wohlfahrt	Finanzen und Steuern	Verkehr	Bildung und Forschung	Landesverteidigung	Landwirtschaft und Ernährung	Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit	Übrige Aufgabengebiete	Total
Ergebnis aus operativer Tätigkeit									**7 007**
Operativer Ertrag	**239**	**58 111**	**1 065**	**502**	**268**	**238**	**20**	**1 561**	**62 004**
Operativer Aufwand	**18 092**	**6 960**	**7 628**	**5 953**	**4 213**	**3 705**	**2 601**	**5 845**	**54 997**
Personalaufwand	264	84	156	1 893	1 411	81	534	2 343	6 766
Sachaufwand	209	268	512	594	2 509	50	234	1 645	6 021
Abschreibungen	14	5	1 350	328	129	2	2	314	2 144
Transferaufwand	17 605	6 603	5 610	3 138	164	3 572	1 831	1 543	40 066
Investitionen	**10**	**5**	**2 773**	**413**	**268**	**5**	**3**	**378**	**3 855**
In Sachanlagen	–	5	2 764	412	267	2	3	338	3 791
In immaterielle Anlagen	10	–	9	1	1	3	–	40	64
Mitarbeitende in Vollzeitstellen (FTE)									48 833

2008 Mio. CHF	Soziale Wohlfahrt	Finanzen und Steuern	Verkehr	Bildung und Forschung	Landesverteidigung	Landwirtschaft und Ernährung	Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit	Übrige Aufgabengebiete	Total
Ergebnis aus operativer Tätigkeit									**8 218**
Operativer Ertrag	**251**	**59 577**	**55**	**582**	**286**	**181**	**13**	**1 204**	**62 149**
Operativer Aufwand	**17 432**	**7 243**	**7 484**	**5 589**	**4 520**	**3 572**	**2 438**	**5 653**	**53 931**
Personalaufwand	233	20	138	1 726	1 368	75	490	3 113	7 163
Sachaufwand	203	216	420	655	2 624	52	192	1 424	5 786
Abschreibungen	9	3	1 142	323	327	2	2	242	2 050
Transferaufwand	16 987	7 004	5 784	2 885	201	3 443	1 754	874	38 932
Investitionen	**4**	**2**	**1 783**	**401**	**254**	**3**	**4**	**321**	**2 772**
In Sachanlagen	–	2	1 772	399	253	2	4	284	2 716
In immaterielle Anlagen	4	–	11	2	1	1	–	37	56
Mitarbeitende in Vollzeitstellen (FTE)									46 549

Die Segmentberichterstattung zeigt den operativen Ertrag und Aufwand sowie die Investitionen aufgeteilt nach Aufgabengebieten. Im Unterschied zur Staatsrechnung, wo die Einnahmen und Ausgaben im Vordergrund stehen, wird die nachfolgende Segmentberichterstattung in der Erfolgssicht dargestellt. Als hauptsächliche Abweichung werden somit an Stelle der Investitionsausgaben die Abschreibungen im operativen Ergebnis belastet. Die getätigten Investitionen werden der Vollständigkeit halber ebenfalls gezeigt. Durch die in der konsolidierten Rechnung einbezogenen Einheiten – namentlich den Infrastrukturfonds, den Fonds für Eisenbahngrossprojekte und dem ETH-Bereich – resultiert eine andere Sichtweise auf die einzelnen Aufgabengebiete. Die obenstehende Tabelle zeigt deutlich die Transferlastigkeit des Haushalts, welche sich in fast allen Aufgabengebieten niederschlägt.

Soziale Wohlfahrt

Gut die Hälfte des Zuwachses im *Transferaufwand* (349 Mio. von 618 Mio.) entfällt auf die Altersversicherung, wo sich neben der Zunahme des Rentenbestandes aufgrund der Alterung der Bevölkerung auch die Anpassung der Renten und Hilflosenentschädigung an die Lohn- und Preisentwicklung für die Mehrausgaben auswirkt. Zudem lief 2009 die im Rahmen des Entlastungsprogramms 2004 (EP 04) beschlossene befristete Senkung des Beitrags des Bundes an die Arbeitslosenversicherung aus (+75 Mio.). Die im Rahmen des EP 04 sistierte Förderung des sozialen Wohnbaus wurde ebenfalls wieder aufgenommen (+5 Mio.). Des Weitern wurden im Bereich der Ergänzungsleistungen in Zusammenhang mit den Übergangsbestimmungen zur NFA Nachzahlungen an die Kantone fällig (+68 Mio.). Trotz Rentenanpassung entwickelten sich dagegen die Ausgaben der Invalidenversicherung rückläufig (-74 Mio.), da aufgrund der Massnahmen der 4. und 5. IV-Revision die Anzahl der Neurenten gesenkt werden konnte.

Finanzen und Steuern

In der Segmentberichterstattung wird den Aufgabengebieten lediglich das operative Ergebnis zugeordnet. Finanzaufwand und -ertrag bleiben daher – im Gegensatz zum Ausweis in der Staatsrechnung – unberücksichtigt. Der Rückgang im *operativen Ertrag* um 1,5 Milliarden ist grösstenteils auf konjunkturbedingte Ausfälle bei den Fiskalerträgen zurückzuführen (siehe Ziffer 42/1). Aus dem gleichen Grund sinkt ebenfalls der *Transferaufwand*. Insbesondere die Anteile Dritter an der Verrechnungssteuer und – etwas weniger ausgeprägt – an der direkten Bundessteuer sind zurückgegangen (-300 Mio.).

Verkehr

Die Nationalstrassen sind unter den Sachanlagen aktiviert. Aktivierbare Ausgaben im Zusammenhang mit den Nationalstrassen sind deshalb als *Investitionen* ausgewiesen. Demgegenüber sind die Ausgaben für die Eisenbahninfrastruktur unter dem *Transferaufwand* enthalten, weil die Infrastruktur bei den jeweiligen Betreibern und nicht beim Bund aktiviert ist. Gegenüber dem Vorjahr sind die Abschreibungen auf den Nationalstrassen um 208 Millionen angestiegen. Aufgrund der in den letzten Jahren getätigten Investitionen, wird diese Position in Zukunft weiter ansteigen. Im Berichtsjahr entfällt ein grosser Teil der Investitionen (2773 Mio.) auf die Aktivierung der Kantonsanteile für die in Betrieb genommenen Nationalstrassen (1024 Mio.). Die Abnahme beim Transferaufwand im Vergleich zum Vorjahr (-174 Mio.) ist insbesondere auf rückläufige Ausgaben im Zusammenhang mit den NEAT-Achsen Lötschberg und Gotthard zurückzuführen (-177 Mio.).

Bildung und Forschung

Die Hälfte des Zuwachses beim *operativen Aufwand* entfällt auf den ETH-Bereich (+182 Mio.). Dazu beigetragen haben in erster Linie die Massnahmen zur Konjunkturstabilisierung. Aber auch die durch Zweit- und Drittmittel finanzierten Projekte hatten Mehraufwand zur Folge. Die restlichen Mehrkosten teilen sich auf folgende wesentlichen Positionen auf:

- Zuwachs der Pauschalbeiträge (+36 Mio.) sowie Innovations- und Projektbeiträge (+14 Mio.) zugunsten der Berufsbildung.
- Höhere Zahlungen an kantonale Universitäten für Grundbeiträge (+25 Mio.) sowie für projektgebundene Beiträge (+31 Mio.).
- Zuwachs der Beiträge an den Schweiz. Nationalfonds (+76 Mio.) im Rahmen der Grundlagenforschung. Davon entfallen 37 Millionen auf die Einführung der Overheadabgeltung.

Die *Investitionen* betreffen hauptsächlich die Immobilien sowie die Technischen Anlagen und Maschinen des ETH-Bereichs.

Landesverteidigung

Der Rückgang beim *Sachaufwand* (-115 Mio.) ist grösstenteils auf verminderte nicht aktivierbare Rüstungsinvestitionen von rund 100 Millionen zurückzuführen. Die *Abschreibungen* wurden durch eine einmalige Wertkorrektur beeinflusst und fallen deshalb im Berichtsjahr besonders tief aus (129 Mio.). Unter den *Investitionen* sind primär die Investitionen in militärische Anlagen und Liegenschaften enthalten.

Landwirtschaft und Ernährung

Der Zuwachs im *Transferaufwand* (+129 Mio.) ist einerseits auf den Systemwechsel im Zusammenhang mit dem Übergang zu Direktzahlungen bei der Marktstützung für Pflanzenbau und Milchwirtschaft zurückzuführen (Doppelzahlung von 40 Mio.). Andererseits resultieren aus der Mittelaufstockung bei den landwirtschaftlichen Zahlungen Mehrkosten im Umfang von 50 Millionen. Der Rest des Anstiegs ist auf die zusätzliche Ausweitung der Direktzahlungen zur Kompensation des reduzierten Grenzschutzes sowie auf den über Mehreinnahmen finanzierten Nachtragskredit zu Gunsten des Milchmarktes zurückzuführen.

Beziehungen zum Ausland – Internationale Zusammenarbeit

Die Zunahme des *Personal- und Sachaufwandes* (+86 Mio.) in diesem Aufgabengebiet resultiert teilweise aus einer Umstellung des Rechnungsjahrs bei den Auslandvertretungen. Aufgrund dieser Umstellung enthält das Jahr 2009 15 Monate. Auf die Entwicklungshilfe an Süd- und Ostländer entfallen 81 Millionen Mehrkosten beim *Transferaufwand*. Damit konnte gemäss aktueller Schätzung der Umfang der Entwicklungshilfeausgaben auf 0,47 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) erhöht werden (2008: 0,44 %).

2 Schulden (Brutto- und Nettoverschuldung)

Mio. CHF	2008	2009	Differenz zu R2008 absolut	%
Bruttoverschuldung	**120 378**	**108 742**	**-11 636**	**-9,7**
Laufende Verbindlichkeiten	13 674	12 218	-1 456	-10,6
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	14 200	10 330	-3 870	-27,3
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	92 504	86 194	-6 310	-6,8
Nettoverschuldung	**98 358**	**89 070**	**-9 288**	**-9,4**
Bruttoverschuldung	120 378	108 742	-11 636	-9,7
Abzugsgrössen	*22 020*	*19 672*	*-2 348*	*-10,7*
Flüssige Mittel	2 686	3 190	504	18,8
Forderungen	6 856	6 072	-784	-11,4
Kurzfristige Finanzanlagen	7 747	4 260	-3 487	-45,0
Langfristige Finanzanlagen	229	78	-151	-65,9
Darlehen bis Endverfall gehalten	4 502	6 072	1 570	34,9

Die grossen Geldzuflüsse aus der operativen Tätigkeit von 7,4 Milliarden sowie aus der Investitionstätigkeit von 3,2 Milliarden (vgl. Geldflussrechnung, Ziff. 33) ermöglichten im Berichtsjahr einen massiven Abbau der *Bruttoschulden* um 11,6 Milliarden auf einen neuen Stand von 108,7 Milliarden. Das gute Resultat der Geldflussrechnung wurde wesentlich durch den Verkauf der Pflichtwandelanleihe UBS begünstigt.

Bei den *laufenden Verbindlichkeiten* resultiert der Schuldenabbau von 1,5 Milliarden im Wesentlichen aus dem tieferen Stand der Verpflichtungen für Lieferungen und Leistungen sowie aus geringeren Ansprüchen Dritter (Kantonsanteile an Verrechnungssteuer, Anteil AHV an MWSt). Die Abnahme bei den *kurzfristigen Finanzverbindlichkeiten* erfolgte insbesondere durch die Rückzahlung von Geldmarktbuchforderungen im Umfang von 3,7 Milliarden. Im *langfristigen Bereich* ergibt sich der Schuldenabbau aus dem saldomässigen Rückgang bei den ausstehenden Anleihen um 6,3 Milliarden.

Die *Nettoschulden* setzen sich zusammen aus den Bruttoschulden abzüglich flüssige Mittel, Forderungen, kurz- und langfristige Finanzanlagen sowie den Darlehen, welche nicht zur Aufgabenerfüllung gehalten werden. Die Nettoschulden haben sich mit einem Rückgang um 9,3 Milliarden beinahe im Gleichschritt zu den Bruttoschulden verändert. Diese Entwicklung zeigt deutlich, dass die Schulden nur zu einem kleinen Teil auf Kosten der frei verfügbaren Mittel (-2,3 Mrd.) abgebaut wurden. Die wichtigsten Veränderungen innerhalb der Abzugsgrössen lassen sich wie folgt erklären: Die Abnahme der kurzfristigen Finanzanlagen von 3,5 Milliarden resultiert aus Rückzahlungen von Festgeldern, während die Zunahme der Darlehen bis Endverfall gehalten vor allem auf die Aufstockung des Aktivdarlehens an die Arbeitslosenversicherung im Betrag von 1,5 Milliarden zurückzuführen ist.

3 Eventualverbindlichkeiten

Eine Eventualverbindlichkeit ist

- eine mögliche Verpflichtung aus einem vergangenen Ereignis, deren Existenz erst durch ein zukünftiges Ereignis bestätigt werden muss. Der Eintritt dieses Ereignisses kann nicht beeinflusst werden (z.B. Bürgschaften), oder

- eine gegenwärtige Verbindlichkeit aus einem vergangenen Ereignis, die aufgrund der geringen Wahrscheinlichkeit oder mangels zuverlässiger Messbarkeit nicht bilanziert werden konnte (Kriterien für die Verbuchung einer Rückstellung sind nicht erfüllt, z.B. offener Rechtsstreit mit geringer Verlustwahrscheinlichkeit).

Eventualverbindlichkeiten stammen aus artgleichen Geschäftsvorfällen wie Rückstellungen (fehlende Gegenleistung durch den Dritten), wobei jedoch noch keine gegenwärtige Verpflichtung besteht und die Eintretenswahrscheinlichkeit eines Mittelabflusses unter 50 Prozent liegt.

Vorsorgeverpflichtungen und übrige Leistungen an Arbeitnehmende

Unter Vorsorgeverpflichtungen werden Verpflichtungen aus Vorsorgeplänen verstanden, welche Leistungen für Ruhestand, Todesfall oder Invalidität vorsehen. Gemäss den Grundsätzen des Rechnungsmodells sind die Vorsorgeverpflichtungen nach IPSAS zu bewerten. In Abweichung von IPSAS 25 werden diese Verpflichtungen jedoch nicht als Rückstellungen, sondern als Eventualverbindlichkeiten im Anhang zur konsolidierten Jahresrechnung ausgewiesen.

Sämtliche Mitarbeitende der voll konsolidierten Einheiten sind bei der PUBLICA in separaten Vorsorgewerken der jeweiligen Einheiten versichert. Diese Pläne werden gemäss IPSAS 25 aufgrund der reglementarischen Leistungsversprechen als leistungsorientierte Vorsorgepläne qualifiziert. Zusätzlich zu den Leistungen der Vorsorgewerke wurden die folgenden übrigen langfristigen Arbeitnehmerleistungen im Rahmen der IPSAS 25 Bewertungen berücksichtigt:

- Treueprämien
- Vorruhestandsleistungen für Bedienstete in besonderen Dienstverhältnissen (Stammhaus) gemäss Artikel 33 und 34 BPV
- Leistungen bei vorzeitiger Pensionierung im Rahmen von Umstrukturierungen

Versicherungstechnische Annahmen

	2008	2009
Diskontierungssatz	2,60%	2,60%
Erwartete langfristige Rendite des Vorsorgevermögens	3,50%	3,50%
Erwartete Lohnentwicklung	1,50%	1,50%
Erwartete Rentenanpassungen	0,25%	0,25%

Der Barwert der Vorsorgeverpflichtungen per 31.12.2009 wurde auf der Basis des Versichertenbestandes per 1.7.2008 berechnet und auf Ende 2009 fortgeschrieben. Die versicherungstechnischen Annahmen gemäss obenstehender Tabelle wurden per 31.12.2009 festgelegt. Die Bewertung der Vorsorgeverpflichtungen erfolgte mit der «Projected Unit Credit Method» (PUC) durch externe versicherungsmathematische Experten. Demgemäss entspricht der Wert der Vorsorgeverpflichtung am Bewertungsstichtag dem Barwert des bis zum Stichtag erworbenen Anspruchs. Massgebende Parameter sind unter anderem die Versicherungsdauer, der voraussichtliche Lohn beim Altersrücktritt sowie die periodische Anpassung der laufenden Renten an die Teuerung. Die Äufnung des voraussichtlichen Deckungskapitals auf den Zeitpunkt des Altersrücktritts erfolgt bei der PUC-Methode nicht gestaffelt, sondern gleichmässig über die Anzahl der zu leistenden Dienstjahre.

Das Nuklear-Sicherheitsinspektorat und die Finanzmarktaufsicht verwenden für das Geschäftsjahr 2009 einen Diskontierungssatz von 3 Prozent. Das Institut für Geistiges Eigentum und die Swissmedic legen leicht abweichende versicherungstechnische Annahmen für die Berechnungen zu Grunde.

Vorsorgeverpflichtungen und übrige Leistungen an Arbeitnehmende

Mio. CHF	2008	2009	Differenz zu R2008 absolut	%
Barwert der kapitalgedeckten Vorsorgeverpflichtungen	-28 541	-29 055	-514	1,8
Vorsorgevermögen zu Marktwerten	24 772	26 420	1 648	6,7
Kapitalgedeckte Nettovorsorgeverpflichtungen	**-3 769**	**-2 635**	**1 134**	**-30,1**
Barwert der nicht kapitalgedeckten Vorsorgeverpflichtungen	-728	-701	27	-3,7
Total Nettovorsorgeverpflichtungen	**-4 497**	**-3 336**	**1 161**	**-25,8**

Der Barwert der gesamten *Vorsorgeverpflichtungen* erhöhte sich im Geschäftsjahr 2009 von 29 269 Millionen auf 29 756 Millionen. Davon entfallen 29 055 Millionen auf die PUBLICA Vorsorgewerke (*kapitalgedeckte Vorsorgeverpflichtungen*) und 701 Millionen auf die übrigen langfristigen Arbeitnehmerleistungen (*nicht kapitalgedeckte Vorsorgeverpflichtungen*).

Das *Vorsorgevermögen* ist zu Marktwerten bewertet. Zur Verfügung standen die Vermögenswerte per 30.11.2009, weshalb der Wert per Ende 2009 aufgrund der geschätzten Anlagerendite der PUBLICA sowie der erwarteten Kapitalzu- und -abflüsse für den Monat Dezember berechnet wurde. Dank der guten Rendite im Jahr 2009 von über 10 Prozent konnte ein Teil der Anlageverluste aus dem Jahr 2008 wieder ausgeglichen werden. Das Vorsorgevermögen erhöhte sich von 24 772 Millionen auf 26 420 Millionen.

Aus der Gegenüberstellung der gesamten Vorsorgeverpflichtungen und des Vorsorgevermögens zu Marktwerten resultiert per 31.12.2009 eine Unterdeckung von 3336 Millionen. Werden lediglich die kapitalgedeckten Vorsorgeverpflichtungen dem Vermögen zu Marktpreisen gegenübergestellt, so beläuft sich die Unterdeckung gemäss IPSAS 25 auf 2635 Millionen (siehe Tabelle «Vorsorgeverpflichtungen und übrige Leistungen an Arbeitnehmende»). Das Total der Nettovorsorgeverpflichtungen setzt sich wie folgt zusammen: Stammhaus Bund 2918 Millionen, ETH-Bereich 352 Millionen, ENSI 6 Millionen, FINMA 19 Millionen, IGE 16 Millionen und Swissmedic 25 Millionen.

Nettovorsorgeaufwand/-gewinn

Mio. CHF	2008	2009	Differenz zu R2008 absolut	%
Laufender Dienstzeitaufwand des Arbeitgebers (netto)	489	487	-2	-0,4
Zinsaufwand	905	744	-161	-17,8
Erwartete Rendite auf Vermögen	-1 014	-856	158	-15,6
Erfasster Nettogewinn der langfristigen Mitarbeiterleistungen	-27	–	27	n.a.
Regulärer Nettovorsorgeaufwand	**353**	**375**	**22**	**6,2**
Ausserordentlicher Nettovorsorgeaufwand/-gewinn (Curtailment)	-1 126	–	1 126	n.a.
Nettovorsorgeaufwand/-gewinn	**-773**	**375**	**1 148**	**n.a.**

n.a.: nicht ausgewiesen.

Der reguläre *Nettovorsorgeaufwand* entspricht der Differenz zwischen dem so genannten *Dienstzeitaufwand* (Barwert der Verpflichtung, welche auf die vom Arbeitnehmenden in der Berichtsperiode erbrachte Arbeitsleistung entfällt) und dem *Zinsaufwand* für die akkumulierten Vorsorgeverpflichtungen einerseits und der erwarteten *Rendite* der Vermögensanlage anderseits. Basierend auf den Bestimmungen von IPSAS 25 resultierte ein Nettovorsorgeaufwand von 375 Millionen.

Entwicklung der Verpflichtungen

Mio. CHF	2008	2009	Differenz zu R2008 absolut	%
Stand 1.1.	**-4 905**	**-4 497**	**408**	**-8,3**
Nettovorsorgeaufwand / -gewinn	773	-375	-1 148	-148,5
Sofort zu erfassender Betrag	-1 577	828	2 405	-152,5
Arbeitgeberbeiträge	1 212	708	-504	-41,6
Stand 31.12.	**-4 497**	**-3 336**	**1 161**	**-25,8**

Die gesamthafte Veränderung der Verpflichtungen von 1161 Millionen (siehe Tabelle «Entwicklung der Verpflichtungen») setzt sich zusammen aus dem Nettovorsorgeaufwand, den sofort zu erfassenden versicherungsmathematischen Gewinnen und Verlusten und den Leistungen des Arbeitgebers.

Die bezahlten Arbeitgeberbeiträge betragen im Geschäftsjahr 2009 insgesamt 708 Millionen. Sie entsprechen der Summe der reglementarisch festgelegten Spar- und Risikobeitragszahlungen für die aktiven Versicherten, welche aufgrund der Beitragsstaffelung der Vorsorgewerke mit zunehmendem Alter des Versicherten in Prozent des versicherten Lohnes stark ansteigen. Diese ordentlichen Beiträge von 708 Millionen sind nach IPSAS dem durch die Arbeitsleistung der Mitarbeitenden im 2009 entstandenen, nach der PUC-Methode ermittelten laufenden Dienstzeitaufwand von 487 Millionen gegenüberzustellen. Die Differenz ist in der Hauptsache auf die gleichmässige Verteilung des Vorsorgeaufwandes über die gesamte Beschäftigungsdauer der einzelnen Mitarbeitenden bei der PUC-Methode und das relativ hohe Durchschnittsalter der Mitarbeitenden zurückzuführen. Im Weiteren basiert die PUC-Methode auf anderen versicherungsmathematischen Annahmen, wie erwartete Austritte, künftige Verzinsungen der Altersspargutaben oder Salärerhöhungen.

Die versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste werden gemäss IPSAS 25, Artikel 107 sofort und vollumfänglich in der Periode, in der sie entstehen, erfasst.

Weitere Eventualverbindlichkeiten

Mio. CHF	2008	2009	Differenz zu R2008 absolut	%
Weitere Eventualverbindlichkeiten	**10 045**	**10 469**	**424**	**4,2**
Bürgschaften	3 897	3 667	-230	-5,9
Garantieverpflichtungen	5 452	5 407	-45	-0,8
Rechtsfälle	13	142	129	992,3
Übrige Eventualverbindlichkeiten	683	1 254	571	83,6

Zu den weiteren Eventualverpflichtungen zählen Bürgschaften, Garantieverpflichtungen, offene Rechtsfälle und übrige Eventualverpflichtungen.

Bei den *Bürgschaften* entfällt der grösste Teil auf den Bereich des sozialen Wohnungsbaus. Der Bund hat öffentlich-rechtlichen Körperschaften sowie Trägern und Organisationen des Wohnungsbaus Darlehen zur Erschliessung von Land für den Wohnungsbau nach Artikel 12 des Wohnbau- und Eigentumsförderungsgesetzes (WEG, SR *843*) im Umfang von 2626 Millionen verbürgt. Im Bereich der wirtschaftlichen Landesversorgung besteht ein Bürgschaftskredit über 549 Millionen für die Sicherung eines ausreichenden Bestandes an Hochseeschiffen unter Schweizer Flagge (BBl *1992* III 1004) sowie Garantien von Bankdarlehen in der Höhe von 323 Millionen zur erleichterten Finanzierung der Pflichtlagerhaltung gemäss Artikel 11 des Bundesgesetzes über die wirtschaftliche Landesversorgung (LVG, SR *531*). Die Abnahme der Bürgschaften begründet sich im Wesentlichen mit Annulationen und Tilgungen von verbürgten Darlehen im sozialen Wohnungsbau (-164 Mio.) sowie bei den Bürgschaften der Hochseeschifffahrt (-25 Mio.). Bei den Garantien für Pflichtlagerhaltungen reduzierte sich der Bestand infolge Abbau der freiwilligen Pflichtlagerhaltung (-53 Mio.).

In den *Garantieverpflichtungen* sind enthalten:

- *Garantiekapitalien* von insgesamt 4890 Millionen bestehen bei folgenden Entwicklungsbanken und Organisationen: Asiatische, Interamerikanische und Afrikanische Entwicklungsbank, Multilaterale Investitions-Garantieagentur, Internationale Bank für Wiederaufbau- und Entwicklung, Kreditgarantie Media Development Loan Fund, Europäische Bank für Wiederaufbau- und Entwicklung, Entwicklungsbank des Europarates.

- *Kreditgarantien* von 347 Millionen gegenüber der Schweizerischen Nationalbank (SNB) für Darlehen, welche sie im Rahmen der Erweiterten Strukturanpassungsfazilität dem Internationalen Währungsfonds (IWF) gewährt hat sowie eine Garantie für Kredite von insgesamt 169 Millionen, welche die «Gemeinsame Einrichtung» für den Vollzug der internationalen Leistungsaushilfe im Bereich der Krankenversicherung aufgenommen hat.

Die Abnahme bei den Garantieverpflichtungen von 45 Millionen ist eine Folge gegenläufiger Entwicklungen. Einerseits sind die Garantiekapitalien infolge des gesunkenen Dollarkurses um 97 Millionen tiefer bewertet. Andererseits wurden infolge EU-Erweiterung von der Kreditgarantie zu Gunsten der «Gemeinsamen Einrichtung» weitere 51 Millionen beansprucht.

Unter der Position *Rechtsfälle* sind 140 Millionen für allfällige Rückerstattungen im Bereich der LSVA enthalten. Mit Urteil vom 21. Oktober 2009 hat das Bundesverwaltungsgericht festgehalten, dass aus den Einnahmen der LSVA nach der Tariferhöhung per 1. Januar 2008 eine unrechtmässige Kostenüberdeckung des Schwerverkehrs resultiert. Dies habe zur Folge, dass die in der Verordnung über die leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (SR *641.811*) per 1. Januar 2008 erhöhten LSVA-Ansätze nicht angewendet werden dürfen und die seit 1. Januar 2005 gültig gewesenen Ansätze für die Berechnung der LSVA massgebend sind. Dieses Urteil wurde vom EFD ans Bundesgericht weiter gezogen. Am 4. Dezember 2009 hat der Bundesrat u.a. davon Kenntnis genommen, dass das EFD (EZV) im Sinne einer Sofortmassnahme die LSVA ab 4. November 2009 auf der Basis des Tarifes 2005-2007 erhebt. Sollte das Bundesgericht den Entscheid des Bundesverwaltungsgerichtes stützen, würde das EFD (EZV) allfällig zuviel erhobene Schwerverkehrsabgaben auf Antrag sämtlichen Betroffenen rückerstatten und nicht nur denjenigen Fahrzeughaltern, die Beschwerde erhoben haben. Das Bundesgericht hat inzwischen für diese Rückerstattung die aufschiebende Wirkung zugestanden. Sollte das Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes vollumfänglich bestätigt werden, sind Rückerstattungen in der Höhe von 140 Millionen an die Fahrzeughalter vorzunehmen.

Zudem ist eine weitere Beschwerde im Bereich LSVA gegen die ab 1. Januar 2009 angewendete Abklassierung der EURO-3 Fahrzeuge vor dem Bundesverwaltungsgericht hängig. Der Bundesrat hat die EURO-3 Fahrzeuge von der untersten in die mittlere Tarifstruktur abklassiert.

Die *übrigen Eventualverbindlichkeiten* beinhalten mögliche Geldabflüsse im Liegenschaftsbereich. Die wichtigsten Positionen entfallen auf Umweltkosten für Altlasten und Asbest (614 Mio.), Herstellung der Gesetzeskonformität in den Bereichen Entwässerungsinfrastruktur, Wasserversorgung, Erdbebensicherheit (567 Mio.) sowie auf Stilllegungs- und Rückbaukosten (73 Mio.). Die Zunahme im Vergleich zum Vorjahr ist insbesondere auf Massnahmen aus einem integralen Schutzkonzept im VBS sowie auf Kostenschätzungen für weitere Altlasten aus schweizweiten Untersuchungen der Schiessplätze zurückzuführen.

4 Verpflichtungsrahmen SERV

Der Bundesrat bestimmt den maximalen Umfang der Versicherungsverpflichtungen für die Schweizerische Exportrisikoversicherung (SERV). Dieser beträgt derzeit 12 Milliarden. Der Verpflichtungsrahmen legt die Obergrenze des Gesamtengagements fest, das heisst, das Gesamtvolumen der versicherten Leistungen der SERV gegenüber ihren Versicherungsnehmerinnen. Der Verpflichtungsrahmen wird periodisch überprüft und bei Bedarf angepasst.

Ende 2009 betrug die Summe der Versicherungsverpflichtungen 8,7 Milliarden, womit der Verpflichtungsrahmen zu 72 Prozent ausgeschöpft war. Im Berichtsjahr wurde keine Erhöhung des Verpflichtungsrahmens beantragt.

5 Eventualforderungen

Mio. CHF	2008	2009	Differenz zu R2008 absolut	%
Eventualforderungen	**18 679**	**17 867**	**-812**	**-4,3**
Nicht bilanzierte Forderungen aus der direkten Bundessteuer	18 600	17 800	-800	-4,3
Übrige Eventualforderungen	79	67	-12	-15,2

Eine Eventualforderung ist eine mögliche Vermögensposition aus einem vergangenen Ereignis, deren Existenz erst durch ein zukünftiges Ereignis bestätigt werden muss. Der Eintritt dieses Ereignisses kann nicht beeinflusst werden. Neben den Eventualforderungen werden auch nicht bilanzierte Guthaben unter dieser Position ausgewiesen.

Nicht bilanzierte Forderungen aus der direkten Bundessteuer (netto ohne Kantonsanteile von 17 %)*:* Die direkte Bundessteuer wird ex post erhoben und erst im auf das Steuerjahr folgenden Jahr fällig. Die Verbuchung der Einnahmen erfolgt zum Zeitpunkt der Ablieferung der Bundesanteile durch die Kantone (Kassaprinzip). Würde die direkte Bundessteuer auf Ende 2009 aufgehoben, wäre in den Folgejahren noch mit schätzungsweise 17,8 Milliarden Einnahmen zu rechnen. Diese Guthaben sind per Gesetz geschuldet. Eine Bilanzierung sämtlicher Forderungen bis und mit Steuerjahr 2009 ist allerdings nicht möglich, weil diese zum Stichtag noch nicht vorliegen. Aus diesem Grund werden die geschätzten ausstehenden Guthaben als Eventualforderung ausserhalb der Bilanz ausgewiesen. Ihre Höhe entspricht den noch zu erwartenden Eingängen für das Steuerjahr 2009. Die Schätzung berücksichtigt, dass die Eingänge aus der direkten Bundessteuer für ein bestimmtes Steuerjahr über mehrere Jahre hinweg stattfinden. Der Hauptteil (rund 75 %) wird im auf das Steuerjahr folgenden «Hauptfälligkeitsjahr» vereinnahmt. In den darauf folgenden Jahren werden immer geringere Beträge für das betreffende Steuerjahr eingenommen. Per 31. Dezember 2009 sind somit Forderungen offen, welche aus mehreren Steuerjahren (2009 und frühere Jahre) stammen. Diese Guthaben entsprechen zu einem grossen Teil den für das Kalenderjahr 2010 veranschlagten Einnahmen von 13,7 Milliarden (netto ohne Kantonsanteile von 17 %). In den darauf folgenden Jahren sind für die Steuerjahre 2007 bis 2009 noch weitere Eingänge zu erwarten.

In den *übrigen Eventualforderungen* ist vorwiegend die Umwandlung des gewährten Darlehens von 63 Millionen an die Immobilienstiftung für internationale Organisationen (FIPOI) zum Bau des Internationalen Konferenzzentrums von Genf (CICG) in eine Subvention gemäss Beschluss des Parlaments vom 28. Mai 1980 enthalten. Im Falle einer Liquidation der FIPOI würde dieser Betrag wieder dem Bund zufallen.

Der Rückgang in den übrigen Eventualforderungen lässt sich mit der Auflösung des Vertrages mit der Zürich International Life zur Versicherung des Auslandpersonals gegen Alter und Invalidität begründen. Fortan werden diese Risiken eigenversichert. Das bis anhin als Eventualforderung ausgewiesene einbezahlte Versicherungskapital ist neu bei der Bundestresorerie angelegt. Im Umfang der vorhandenen Deckungslücke von 3 Millionen wurde zudem eine Rückstellung gebildet.

6 Nahestehende Personen

Mio. CHF	Beiträge Bund / Anteile an Erträgen 2008	2009	Bezüge von Waren und Dienstleistungen / Zinsaufwände 2008	2009	Verkäufe von Waren und Dienstleistungen / Zinserträge 2008	2009	Forderungen und Darlehen 2008	2009	Verbindlichkeiten 2008	2009
Nahestehende Personen	**15 978**	**15 527**	**815**	**847**	**91**	**74**	**16 456**	**21 775**	**142**	**72**
Swisscom	–	–	165	123	28	15	4	10	12	11
SBB	1 654	1 671	26	22	–	–	12 132	13 171	–	–
Post	174	180	53	70	62	58	219	187	3	6
Ruag	–	–	571	624	1	1	1	1	127	54
BLS Netz AG	–	164	–	8	–	–	–	2 806	–	1
AHV-Ausgleichsfonds (AHV, IV)	13 855	13 127	–	–	–	–	–	–	–	–
AlV-Fonds	295	385	–	–	–	–	4 100	5 600	–	–

IPSAS 20 schreibt die Offenlegung der Beziehungen zu nahestehenden Personen und Organisationen vor. Nahestehende (juristische) Personen und Organisationen umfassen bei der Konsolidierten Rechnung Bund namhafte Beteiligungen (vgl. Ziff. 42/16) sowie den AHV-Ausgleichsfonds und den AlV-Fonds.

Mit Ausnahme der durch den Bund ausgerichteten Subventionsbeiträge, der Anteile Dritter an den Bundeserträgen sowie der unverzinslichen Darlehen an die SBB erfolgen alle Transaktionen zwischen dem Bund und den nahestehenden Personen zu Marktkonditionen.

Folgende Transaktionen führte der Bund mit nahestehenden Organisationen durch:

- Die Beiträge an die SBB beinhalten zur Hauptsache Ausgaben im Rahmen der mit den SBB abgeschlossenen Leistungsvereinbarung 2007-2010 (1,63 Mrd.).

- Die Forderungen gegenüber der SBB bestehen fast ausschliesslich aus unverzinslichen Darlehen. Darunter sind auch Darlehen des Fonds für Eisenbahngrossprojekte (FEG) an die 100 % Tochtergesellschaft Alp Transit Gotthard AG in der Höhe von 4,1 Milliarden enthalten (Vorjahr 3,5 Mrd.). Die Alp Transit Gotthard AG wird zu Equitywerten in die Konzernrechnung der SBB einbezogen, weshalb diese Darlehen im Konzernabschluss der SBB nicht erscheinen.

- In den Forderungen gegenüber der Post sind die Guthaben auf den Postkonti ausgewiesen. Im Vorjahr war in der gleichen Position zusätzlich ein verzinsliches Darlehen von 82 Millionen enthalten, welches die Post im Berichtsjahr zurückbezahlt hat.

- Die Forderungen gegenüber der BLS Netz AG beinhalten Darlehen, welche ursprünglich an die BLS Alp Transit AG ausbezahlt wurden. Im Zuge der Umfirmierung wurden diese Darlehen auf die BLS Netz AG überschrieben. Der Bestand setzt sich aus Darlehen des FEG (2,3 Mrd.) und Darlehen des Bundes (0,5 Mrd.) zusammen.

- Der Rückgang des Bundesbeitrages an den AHV-Ausgleichsfonds gegenüber dem Vorjahr ist auf zwei gegenläufige Effekte zurückzuführen. Im 2008 wurde ein ausserordentlicher Beitrag an die Invalidenversicherung im Umfang von 981 Millionen geleistet. Die ordentlichen Beiträge des Bundes nahmen dagegen infolge Rentenerhöhungen um 253 Millionen zu.

- Das verzinsliche Darlehen gegenüber dem *AlV-Fonds* wurde im Berichtsjahr um 1500 Millionen erhöht.

Entschädigungen an Schlüsselpersonen

Als nahestehende natürliche Personen gelten – im Sinne von Schlüsselpersonen – Mitglieder des Bundesrates. Die Entlöhnung und Entschädigung der Mitglieder des Bundesrates sind im Bundesgesetz über Besoldung und berufliche Vorsorge der Magistratspersonen (SR *172.121*) sowie in der Verordnung der Bundesversammlung über Besoldung und berufliche Vorsorge der Magistratspersonen (SR *172.121.1*) geregelt. Diese Informationen sind öffentlich zugänglich.

Sanierung der Pensionskasse SBB
Der Bundesrat hat am 5.3.2010 die Botschaft zur Sanierung der Pensionskasse SBB mit einer Bundeshilfe von 1148 Millionen verabschiedet. Bei dieser Lösung bezahlt der Bund die Unterdeckung der Altersrentner per Ende 2006 sowie die Kosten für die Senkung des technischen Zinssatzes von 4 auf 3,5 Prozent. Davon werden die von der Pensionskasse erlittenen Verluste aus nicht finanzierten Leistungen (wie z.B. aus freiwilligen vorzeitigen Pensionierungen) abgezogen. Mit diesem Bundesbeitrag allein kann die PK SBB mit grosser Wahrscheinlichkeit nicht saniert werden. Der Stiftungsrat der PK SBB und der Verwaltungsrat der SBB haben deshalb im Sommer 2009 weitere Sanierungsmassnahmen beschlossen, bei welchen sich die SBB und ihre Mitarbeitenden nach dem per 1.1.2007 umgesetzten ersten grösseren Sanierungsschritt nochmals substantiell beteiligen. Den Hauptteil der Sanierung tragen damit nicht die Steuerpflichtigen, sondern das Unternehmen SBB und sein Personal.

Gestützt auf Artikel 16 Absatz 4 erster Satz SBBG ist der Bund seinen Verpflichtungen im Rahmen der Ausfinanzierung der PK SBB anlässlich ihrer Verselbständigung vollumfänglich nachgekommen. Dennoch haben die SBB und die PK SBB am 16.5.2008 gegenüber dem Bund Ausfinanzierungsbegehren in Höhe von 3,2 Milliarden bzw. von 2,7 Milliarden gestellt. Die nun vorgesehene Bundeshilfe wird nur dann geleistet, wenn die SBB und die PK SBB auf diese Forderungen gegenüber dem Bund als Träger und Leistungsgarant der ehemaligen Pensions- und Hilfskasse definitiv verzichten und die PK SBB auch einen entsprechenden Verzicht gegenüber der SBB erklärt. Die Ausfinanzierungsbegehren würden damit gegenstandslos.

7 Umrechnungskurse

	Stichtagskurse per	
Einheit	31.12.2008	31.12.2009
1 Euro (EUR)	1,4857	1,4966
1 US-Dollar (USD)	1,0676	1,0446
1 Britisches Pfund (GBP)	1,5621	1,6739
1 Norwegische Krone (NOK)		0,1789

8 Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Offenlegungspflichtige Ereignisse nach dem Bilanzstichtag sind wesentliche Ereignisse, die dazu verpflichten, die im Abschluss erfassten Beträge anzupassen bzw. Sachverhalte zu erfassen, die bislang nicht berücksichtigt worden sind. Die konsolidierte Jahresrechnung 2009 wurde vom Bundesrat am 28.4.2010 genehmigt. Zwischen dem Bilanzstichtag und der Genehmigung durch den Bundesrat ist das nachstehende offenlegungspflichtige Ereignis eingetreten:

Im Februar 2010 haben die italienischen Behörden *Ermittlungen gegen die italienische Swisscom-Tochtergesellchaft Fastweb* wegen Mehrwertsteuerbetrugs und Geldwäscherei aufgenommen. Zur Abwendung einer behördlichen Aufsicht hat der Fastweb-Verwaltungsrat verschiedene Massnahmen beschlossen. Die Staatsanwaltschaft hat gestützt darauf ihren Antrag auf die Einsetzung eines Kommissariats zurückgezogen. In der Bilanz der Fastweb wurde im Jahresabschluss 2009 eine Rückstellung von 70 Millionen Euro gebildet. Diese Rückstellung wird durch die Einschätzung unabhängiger Experten gestützt und ist keine Schuldanerkennung. Die Höhe basiert auf der Schätzung von finanziellen Risiken für Mehrwertsteuer-Guthaben, mögliche Bussen und Verfahrenskosten. Als Folge davon wird das Betriebsergebnis (EBITDA) von Swisscom im 2010 mit rund 100 Millionen belastet. Auf Grund dieser Situation ist der Equitywert der Beteiligung Swisscom des Bundes (56,94%) in der Bilanz der konsolidierten Rechnung zu hoch ausgewiesen.

05 VERHÄLTNIS ZUM STAMMHAUS

Aufgrund des gewählten Konsolidierungskreises dominiert das Stammhaus die Zahlen der konsolidierten Rechnung. Im Folgenden wird ein zahlenmässiger Vergleich für den Transferaufwand und die Schulden vorgenommen sowie der Konsolidierungskreis tabellarisch dargestellt.

Im Transferaufwand unterscheiden sich Stammhaus und konsolidierte Rechnung bei den Beiträgen an eigene Institutionen und an Dritte sowie der Wertberichtigungen.

51 Transferaufwand

2009 Mio. CHF	Stammhaus Bund	Konsolidierte Rechnung Bund	Differenz
Transferaufwand	**42 444**	**40 066**	**-2 378**
Anteile Dritter an Bundeserträgen	7 116	7 116	–
Entschädigungen an Gemeinwesen	778	778	–
Beiträge an eigene Institutionen	2 723	1 250	-1 473
Beiträge an Dritte	13 279	13 514	235
Beiträge an Sozialversicherungen	14 280	14 280	–
Wertberichtigungen Investitionsbeiträge	4 065	3 128	-937
Wertberichtigungen Darlehen und Beteiligungen	203		-203

Beiträge an eigene Institutionen: Der tiefere Aufwand der konsolidierten Rechnung resultiert aus zwei gegenläufigen Transaktionen:

- Als Intercompany-Beziehungen werden die Beiträge des Stammhauses Bund an den ETH-Bereich (-2181 Mio. Finanzierungsbeitrag und Beitrag an Unterbringung) und an das Eidg. Hochschulinstitut für Berufsbildung (-32 Mio. Finanzierungsbeitrag und Beitrag an Unterbringung) neutralisiert.

- Die aus dem Fonds für Eisenbahngrossprojekte (FEG) ausbezahlten Beiträge für Projekte an die SBB und AlpTransit Gotthard von +740 Millionen (*) werden bei der Konsolidierung zusätzlich berücksichtigt.

Beiträge an Dritte werden zusätzlich durch den FEG (196 Mio.*), den ETH-Bereich (56 Mio.) und die Eidg. Alkoholverwaltung (2 Mio., Alkoholprävention) ausgerichtet. Weiter sind Intercompany-Beziehungen von -19 Millionen zu eliminieren.

Wertberichtigungen Investitionsbeiträge: Die Differenz von -937 Millionen setzt sich aus vier Transaktionen zusammen, welche im Rahmen der Konsolidierung eliminiert wurden:

- Der an den FEG weitergeleitete Anteil an den Bundeserträgen von -1548 Millionen wurde neutralisiert (Intercompany-Elimination).

- Der an den Infrastrukturfonds weitergeleitete Anteil an Infrastrukturvorhaben in den Agglomerationen sowie die Pauschalbeiträge an die Hautpstrassen in den Berggebieten und Randregionen von -494 Millionen (Investitionsbeiträge) wurden neutralisiert (Intercompany-Elimination). Etwa 80 Prozent flossen 2009 in den Schienenverkehr und 20 Prozent in den Strassenverkehr.

- Wertberichtigungen des FEG von 584 Millionen (*).

- Wertberichtigungen des Infrastrukturfonds von 519 Millionen (Agglomerationsverkehr 470 Mio. und Hauptstrassen 49 Mio.).

Wertberichtigungen Darlehen und Beteiligungen: In der konsolidierten Rechnung werden die entsprechenden Wertberichtigungen für Darlehen (-173 Mio.) und Beteiligungen (-30 Mio.) im Finanzaufwand (siehe Ziffer 42/8) unter der Position Wertberichtigung Finanzanlagen ausgewiesen.

(*) Gemäss der Sonderrechnung FEG 2009 (Staatsrechnung, Band 4) beträgt die Mittelentnahme für Projekte insgesamt 1520 Millionen. Dieser Betrag setzt sich zusammen aus:

- *Beiträge an eigene Institutionen: 740 Millionen*
- *Beiträge an Dritte: 196 Millionen*
- *Wertberichtigungen Investitionsbeiträge: 584 Millionen*

52 Schulden

2009 Mio. CHF	Stammhaus Bund	Konsolidierte Rechnung Bund	Differenz
Bruttoverschuldung	**110 924**	**108 742**	**-2 182**
Laufende Verbindlichkeiten	12 659	12 218	-441
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	10 310	10 330	20
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	87 955	86 194	-1 761
Nettoverschuldung	**84 944**	**89 070**	**4 126**
Bruttoverschuldung	110 924	108 742	
Abzugsgrössen	*25 980*	*19 672*	*-6 308*
Flüssige Mittel	2 949	3 190	241
Forderungen	5 246	6 072	826
Kurzfristige Finanzanlagen	4 212	4 260	48
Langfristige Finanzanlagen	13 573	78	-13 495
Darlehen bis Endverfall gehalten	–	6 072	6 072

Im Vergleich zum Stammhaus Bund fällt die *Bruttoverschuldung* auf konsolidierter Ebene um 2,2 Milliarden tiefer aus. Folgende Faktoren sind für diese Abweichung verantwortlich:

- *Laufende Verbindlichkeiten; -441 Millionen*: Insgesamt eliminieren sich in der konsolidierten Betrachtung die Verbindlichkeiten des Stammhauses um 1255 Millionen. Es handelt sich dabei um Verbindlichkeiten aus Depotkonten gegenüber dem ETH-Bereich (900 Mio.) und dem IGE (71 Mio.) sowie um eine Kontokorrentschuld gegenüber der EAV (284 Mio.). Gemildert wird dieser Effekt um Verbindlichkeiten, welche der ETH-Bereich gegenüber Dritten hat (797 Mio.). Die verbleibende Differenz von 17 Millionen verteilt sich auf die übrigen Konzerngesellschaften.

- *Langfristige Finanzverbindlichkeiten; -1761 Millionen:* Das Stammhaus weist im Einzelabschluss Festgeldschulden in der Höhe von 1690 Millionen gegenüber der SERV aus, welche in der konsolidierten Rechnung als Intercompany-Beziehung neutralisiert sind. Ebenfalls neutralisiert sind die Verpflichtungen des Stammhauses gegenüber dem ETH-Bereich (95 Mio.) im Zusammenhang mit den durch den ETH-Bereich akquirierten Drittmitteln zur Teilfinanzierung von Liegenschaften im Eigentum des Bundes. Umgekehrt weisen der ETH-Bereich (15 Mio.) sowie die Swissmedic (10 Mio.) eigene Finanzverbindlichkeiten aus.

Im Gegensatz zur tieferen Bruttoverschuldung resultiert in der konsolidierten Rechnung eine um 4,1 Milliarden höhere *Nettoschuld*. Diese Abweichung ist das Resultat gegenläufiger Effekte. Die *Forderungen* in der konsolidierten Rechnung beinhalten nebst den Forderungen des Stammhauses namentlich auch die Forderungen der SERV (748 Mio.), des ETH-Bereichs (45 Mio.) sowie der Swissmedic (17 Mio.). Die verbleibende Differenz (16 Millionen) teilt sich auf die übrigen Konzerngesellschaften auf. Umgekehrt wird das Tresoreriedarlehen des Stammhauses gegenüber dem Fonds für Eisenbahngrossprojekte FEG (7453 Mio.) in der konsolidierten Betrachtung eliminiert, weshalb die bis Endverfall gehaltenen Darlehen (konsolidierte Rechung) entsprechend tiefer ausfallen als die langfristigen Finanzanlagen (Stammhaus). In der Konsolidierten Rechnung werden die Darlehen des Finanzvermögens (6072 Mio.) als *Darlehen bis Endverfall gehalten* – und nicht wie beim Stammhaus als *langfristige Finanzanlagen* – ausgewiesen. Diese Verschiebung innerhalb der Abzugspositionen hat auf die Nettoverschuldung keinen Einfluss.

53 Übersicht der konsolidierten Einheiten

Konsolidierungseinheiten und Konsolidierungsmethoden nach Rechnungen

Einheiten	KRB	BR	FS
Zentrale Bundesverwaltung			
Institutionen und Verwaltungseinheiten, die in der Bundesrechnung erfasst sind	100%	100%	100%
Dezentrale Bundesverwaltung			
Verwaltungseinheiten und Fonds des Bundes, die im Rahmen der Staatsrechnung eine Sonderrechnung unterbreiten	100%	–	100%
Verwaltungseinheiten der dezentralen Bundesverwaltung, die eine eigene Rechnung führen			
– Eidg. Finanzmarktaufsicht (FINMA)	100%	–	–
– Eidg. Hochschulinstitut für Berufsbildung (EHB)	100%	–	100%
– Eidg. Nuklear-Sicherheitsinspektorat (ENSI)	100%	–	–
– Eidg. Institut für Geistiges Eigentum (IGE)	100%	–	–
– Eidg. Revisionsaufsichtsbehörde (RAB)	100%	–	–
– PUBLICA	–	–	–
– Schweiz. Exportrisikoversicherung (SERV)	100%	–	–
– Swissmedic	100%	AW	AW
Namhafte Beteiligungen des Bundes			
BLS Netz AG, Post, SBB, RUAG, Skyguide, SAPOMP Wohnbau AG	Equity	Equity	Equity
Swisscom	Equity	Equity	BW
Weitere Organisationen			
– Schweizerischer Nationalfonds	–	–	100%
– Kulturstiftung Pro Helvetia	–	–	100%

Rechnungen:
KRB = Konsolidierte Rechnung Bund
BR = Bundesrechnung (Staatsrechnung, Band 1)
FS = Finanzstatistik (Teilsektor Bund)

Erfassungsmethode:
100% = Vollkonsolidierung
Equity = anteiliges Eigenkapital
AW = Anschaffungswert
BW = Börsenwert

Grössenordnungen der konsolidierten Einheiten - Detail

2009	Jahresergebnis		Verbindlichkeiten		Eigenkapital		Mitarbeitende	
Einheiten	Mio. CHF	%	Mio. CHF	%	Mio. CHF	%	FTE	%
Zentrale Bundesverwaltung (Stammhaus Bund)	**7 291**	**96,3**	**134 089**	**93,9**	**-33 869**	**98,3**	**33 056**	**67,7**
Dezentrale Bundesverwaltung	**284**	**3,7**	**8 723**	**6,1**	**-587**	**1,7**	**15 777**	**32,3**
Sonderrechnungen								
– Bereich der Eidg. Technischen Hochschulen	48	0,6	1 001	0,7	994	-2,9	14 412	29,5
– Eidg. Alkoholverwaltung	270	3,6	16	0,0	380	-1,1	160	0,3
– Fonds für die Eisenbahngrossprojekte	-149	-2,0	7 453	5,2	-7 388	21,4	–	0,0
– Infrastrukturfonds	29	0,4	11	0,0	2 927	-8,5	–	0,0
Dezentrale VE mit eigener Rechnung								
– Eidg. Finanzmarktaufsicht (FINMA)	8	0,1	22	0,0	8	-0,0	357	0,7
– Eidg. Hochschulinstitut für Berufsbildung (EHB)	-1	-0,0	3	0,0	4	-0,0	151	0,3
– Eidg. Nuklear-Sicherheitsinspektorat (ENSI)	2	0,0	18	0,0	7	-0,0	112	0,2
– Eidg. Institut für Geistiges Eigentum (IGE)	-7	-0,1	21	0,0	91	-0,3	216	0,4
– Eidg. Revisionsaufsichtsbehörde (RAB)	0	0,0	4	0,0	2	-0,0	22	0,0
– Schweiz. Exportrisikoversicherung (SERV)	79	1,0	156	0,1	2 330	-6,8	31	0,1
– Swissmedic	5	0,1	18	0,0	58	-0,2	316	0,6
Subtotal	7 575	100,0	142 812	100,0	-34 456	100,0	48 833	100,0
Konsolidierungsbuchungen	-297		-12 343		-2 582			
Konsolidierte Rechnung Bund	**7 278**		**130 469**		**-37 038**		**48 833**	